

*Themen in der näheren Ferne, die uns auch bewegen*

**01) Marc Bernhard (AfD): „The Great Reset“ oder: Die große Enteignung  
– Video+Transkript  
Von Marc Bernhard, Mitglied des Deutschen Bundestages**

28. 04. 2021



(Transkript der Rede, leicht gekürzt:)

„Ich besitze nichts, habe keine Privatsphäre und das Leben war nie besser.“ Das ist das Motto des sogenannten Great Reset, den ich eher als die große Enteignung bezeichnen würde, denn das ist es, was er tatsächlich ist: die große Enteignung, die hier das Weltwirtschaftsforum plant. Jetzt wird uns ja gesagt, das Weltwirtschaftsforum, was ist das für eine Organisation? Die hat ja überhaupt gar keine Macht. Es ist richtig, das Weltwirtschaftsforum ist eine Nichtregierungsorganisation, die an sich keine Macht hat. Aber es versammeln sich im Weltwirtschaftsforum die wichtigsten Führer der internationalen Wirtschaft, die wichtigsten Führer aller Länder weltweit, die politische und wirtschaftliche sogenannte Elite. Und man muss doch nicht glauben, dass sie sich einfach nur zum Kaffeeklatsch treffen, wenn es nicht auch eine Bedeutung für uns alle hätte, für unsere Zukunft. Also man muss ganz klar und deutlich sagen: das Weltwirtschaftsforum ist kein Country Club. Der Gipfel, der jetzt geplant ist, der Gipfel des Weltwirtschaftsforum in Singapur im August, soll ja diese Great-Reset-Kampagne starten und weltweit auf den Weg bringen. Und das Weltwirtschaftsforum spricht ja auch davon, dass alle wichtigen globalen Führungskräfte aus Politik und Wirtschaft daran teilnehmen sollen. Insbesondere werden mit Sicherheit auch Vertreter der Bundesregierung an diesem Treffen in Singapur im August diesen Jahres teil nehmen. Also kann das kein unwichtiges Treffen sein. Und es wird ja auch unter dem Aspekt gesehen, wenn ich hier zitieren darf: „Dieses Weltwirtschaftsforum wird der erste globale Führungsgipfel sein, der sich mit den Herausforderungen der Erholung von der Pandemie und der Schaffung der Grundlage für eine integrative und nachhaltigere Welt befasst.“

Ja, was hier gemacht werden soll in Singapur, ist ein bisschen auch hier in Klaus Schwabs Buch *Covid-19 Der große Umbruch*. „The Great Reset“ wird hier etwas beschönigend als „großer Umbruch“ bezeichnet. Ein Buch, das er im letzten Herbst herausgebracht hat, wo gerade diese Corona EU-Krise dafür genutzt werden soll, als Brandbeschleuniger, um diese Agenda nach vorne zu treiben. Und er sagt es ja auch ganz offen, die Pandemie sei eine seltene Gelegenheit, ein kleines Fenster und vor allem er sagt ganz klar: Wir können nicht zur alten Normalität zurück. Also ehrlich gesagt, ich möchte gerne zur alten Normalität zurück. Und wahrscheinlich geht es vielen von euch da draußen ganz genauso. Aber man muss sich das einfach mal auf der Zunge zergehen lassen. Wir müssen für unsere Wirtschafts- und Sozialsysteme komplett neue Grundlagen bauen. Jedes Land von der USA bis China muss mitmachen und jede Industrie von Öl und Gas bis zur Tech-Branche muss transferiert werden. Das ist der Plan, der dahinter steckt. Und es wird ja auch von der Politik hier aufgegriffen, dass man solche eine große Transformation machen will. Bundestagspräsident Schäuble hat vor wenigen Tagen gesagt: Ich glaube, die Pandemie wird die Handlungsspielräume der Politik eher vergrößern und vor allem was viel, viel wichtiger ist, was er ja schon letztes Jahr im August gesagt hat: Die Corona Krise ist eine große Chance.

Also ich weiß nicht, wie man eine Krise, an der nach Angaben der Regierung viele Tausende Menschen bereits gestorben sind, als große Chance begreifen kann. Aber Herr Schäuble scheint dies zu tun, denn er sagt, dadurch wird der Widerstand gegen Veränderungen in der Krise geringer und wir können die Wirtschafts- und Finanzprobleme, die wir politisch bisher nicht zustande gebracht haben, jetzt hinbekommen. Also hin zu einer großen Transferunion. Das ist es, was eigentlich hier geplant ist. Wir wissen ja alle, was bisher passiert ist in der Corona-Krise. 750 Milliarden Euro wurden in ganz Europa ausgeschüttet. Deutschland allein wird 133 Milliarden davon bezahlen. Nicht Deutschland, sondern wir Bürger müssen das bezahlen. Und wenn man das pro Kopf umrechnet, dann heißt es: Vom Kleinkind bis zum Greis muss jeder von uns 1650 Euro an die europäischen Nachbarländer überweisen. Das ist das Thema. Und was jetzt geplant ist in diesem Great Reset, ist natürlich, diese Solidarität nicht nur auf Europa zu beschränken, sondern weltweit. Also quasi einen Solidaritätszuschlag für die ganze Welt, die natürlich Länder wie Deutschland dann bezahlen sollen. Ein Transfer auf die ganze Welt. Das ist wirklich ein totaler Wahnsinn. Und jetzt schauen wir uns doch mal an, wie stellt sich denn dieses Weltwirtschaftsforum vor? Also ich erinnere nochmal: Das Weltwirtschaftsforum hat alle politischen wichtigen politischen Führer und alle Wirtschaftsführer der Welt dazu eingeladen, im August nach Singapur zu kommen, um genau diese Agenda zu planen und nach vorne zu bringen.

Und es werden aller Voraussicht nach auch alle kommen. Aber was planen die? Wie stellen die sich denn eigentlich die Welt ab 2030 vor? Ich gebe Ihnen einfach mal ein paar Zitate, beispielsweise aus der Agenda: „Alle Produkte werden zu Dienstleistungen. Ich besitze nichts. Ich besitze kein Auto, ich besitze kein Haus, ich besitze keine Geräte oder Kleidung.“ Und im Kleinen sehen wir jetzt schon, wie das hier in Deutschland anfängt, indem das die Grünen beispielsweise den Bau von Einfamilienhäusern nicht nur verbieten wollen, sondern konkret dort, wo sie an der Regierung sind, wie beispielsweise in Hamburg bereits verboten haben. Also Eigentum soll der Vergangenheit angehören. Man muss sich dann einfach mal überlegen, was bedeutet dies, wenn ich nichts mehr besitze? Wenn ich quasi kein Auto mehr zur Verfügung habe, sondern mir immer ein Auto zuteilen lassen muss? Die Situation bedeutet am Ende dann, dass mir irgendeine Autorität, sei es der Staat oder eine Wirtschaftsautorität sagt: Sie können dann noch zweimal in der Woche jeweils am Montag und am Freitag von 14 bis 16 Uhr ein Auto nutzen. Ich werde komplett kontrolliert. Wenn ich heute privat ein Auto habe, kann ich damit hinfahren, wohin ich möchte, ohne dass jemand weiß, wo ich hinfahre und wann ich dieses Auto nutze. Und ich kann es zu jedem Zeitpunkt machen.

Und da fließt dann wieder der Migrationspakt rein, der ja vom zwar vor 2 Jahren hier im Deutschen Bundestag beschlossen wurde, wo dann Migration der Normalfall sein soll, wo die Entwurzelung von Menschen bunt gemischt ohne Bezug auf Kultur und Herkunft zusammenleben sollen. Und genau das ist ja das Problem, dass die Menschen entwurzelt werden. Wenn Menschen entwurzelt werden von ihrer Kultur, von ihrer Geschichte, kein Eigentum mehr besitzen, sind sie natürlich viel einfacher manipulierbar und sind vor allem nicht so frei. Wenn ich festgefügt in meiner Gesellschaft bin, dort eine eigene Wohnung, ein eigenes Haus, ein eigenes Auto besitze, dann kann ich natürlich viel anders agieren, als wenn ich mir jedes Mal, wenn ich mich in einer Umgebung befinde, wo ich nicht sicher bin, von einer Autorität etwas zuteilen lassen muss, wenn ich etwas möchte.

Und dann finde ich auch noch sehr, sehr bemerkenswert den Satz: Die Werte, die den Westen aufgebaut haben, wurden bis zum Bruch getestet. Was will uns das Weltwirtschaftsforum damit sagen? Eigentlich wollen sie uns doch damit sagen und anders kann man das doch nicht interpretieren, als dass die Werte des Westens, also Freiheit, Gleichberechtigung, Demokratie usw., also mit Selbstverständlichkeiten, Dinge, die für uns selbstverständlich sind, für das Zusammenleben in einer Gesellschaft ausgedient, haben sollen. Auch Privatsphäre usw. Und deshalb müssen wir alle aufhorchen und schauen, dass diese Bewegung nicht weiter vorangetrieben wird. Ich will einfach nochmal das Zitat wiederholen, das ich vorher gesagt habe: Ich besitze nichts, habe keine Privatsphäre und das Leben war nie besser. Man muss sich dieses diesen Satz einfach auf der Zunge zergehen lassen. Er widerspricht allen Grundsätzen einer freien und demokratischen Gesellschaft, weil die Voraussetzung für jede freie Gesellschaft ist, dass die Menschen unabhängig sind, unabhängig von äußeren Zwängen, ihre Entscheidungen treffen können, ihre Meinung äußern können und vor allem ihre Privatsphäre haben, in der sie sich verhalten können, wie sie möchten, wo sie geschützt sind und wo nicht alles überwacht wird.

Und wenn ich dann noch so einen Satz lese: Diejenigen, die sich über das politische System ärgerten und sich gegen es wandten, also die Andersdenkenden, die Menschen, die eine andere politische Auffassung haben als der Mainstream, die müssten also in dieser Utopie, die hier aufgemalt wird, die Stadt verlassen. Doch sicherlich nicht freiwillig, sondern weil sie anderer Meinung waren! Eine lebendige Demokratie lebt doch von der Meinungsvielfalt, lebt doch gerade davon, dass es unterschiedliche Meinungen gibt, dass jeder seine Meinung frei äußern kann und dass am Ende die beste Meinung sich durchsetzt oder von der Bevölkerung gewählt wird. Das ist doch der Wesenskern einer Demokratie. Also ich muss ehrlich gesagt sagen, was hier geäußert wird vom Weltwirtschaftssystem, das hat eigentlich relativ wenig mit einer freiheitlichen Gesellschaft zu tun, wie wir sie kennen. Es erscheint eher wie eine Mischung aus Kapitalismus und Sozialismus. Das ist ja auch so eine Aussage: Kapitalismus und Sozialismus müssen verschmelzen und genauso kommt es mir gerade vor. Quasi der Totalitarismus der Überwachung, der aus dem Sozialismus kommt. Die Zuteilung durch eine Instanz. Sind es dann große internationale Konzerne. Unternehmen, die mir zuteilen, wann ich ein Auto benutzen kann, wann ich meine Wohnung benutzen kann, mit wem ich sie teilen muss usw. die meine Privatsphäre einschränken und all diese Dinge. Das ist die Situation, das ist eigentlich die Agenda, wie sie hier steht.

Wir als AfD-Bundestagsfraktion haben uns jetzt dazu entschlossen, hier aufzuklären und dafür zu sorgen, dass es, bevor dieser große Gipfel in Singapur im August stattfindet, zu einer breiten öffentlichen Debatte kommt, dass die Bundesregierung uns doch einmal klar und deutlich sagt, welchen Standpunkt sie denn beabsichtigt, bei diesen Verhandlungen in Singapur zu vertreten. Und dass vor allem eine breite Diskussion hier in unserem Land, in den Parlamenten stattfindet, welche Positionen die Regierung einnehmen soll. Natürlich muss doch erst mit den Menschen in unserem Land und mit den Abgeordneten gesprochen werden, welche Positionen die Regierung einnehmen soll und nicht quasi klammheimlich

auf diesen Gipfel gehen, irgendwelche Zusagen machen am Parlament und den Menschen vorbei. So ähnlich wie man das ja auch beim Migrationspakt versucht hat, wo die AfD ja das Thema überhaupt erst auf die Tagesordnung gebracht hat. Ich erinnere daran, beim Migrationspakt war es ja so: Wenige Wochen bevor der verabschiedet werden sollte, sagten sogar die Intendanten von ARD und ZDF, dass sie gar nicht wüssten, dass es hier einen Migrationspakt zu verabschieden gäbe. Ist ja ein Wahnsinn: das Staatsfernsehen weiß angeblich nichts davon. Die wichtigsten Medienanstalten in Deutschland wissen nichts davon, dass wenige Wochen später die Regierung Verpflichtungen eines Migrationspaktes auf internationaler Ebene eingehen will. Was für ein Wahnsinn! Offensichtlich wollte man hier an den Menschen im Land vorbei etwas durchschmuggeln. Die AfD hat das verhindert, leider aber den Migrationspakt nicht. Und das darf hier nicht nochmal passieren. Die Regierung muss hier die Hosen runterlassen und muss klar und deutlich sagen, welche Einstellungen sie hat, was sie hier vertreten möchte.

Ich selber habe hier auch schon bereits einen Antrag erstellt, der in den nächsten Wochen hier im Deutschen Bundestag eingebracht wird, der ganz klar und deutlich den Titel trägt: Kein Engagement für den Great Reset, das Weltwirtschaftsforum mit Innovationen, Umwelt und Wohlstand erhalten. Darum muss es doch gehen. Und man könnte noch ergänzen: Die Freiheit erhalten. Die Freiheit der Menschen, die Freiheit der Gesellschaft, das ist unser größtes und wichtigstes Gut. Und zu einer freien Gesellschaft gehört immer eine klare Verwurzelung in dieser Gesellschaft. Das und die Voraussetzung dafür, dass die Menschen frei sind, ist auch, dass sie Zugang zu allen notwendigen Gütern des Lebens haben und nicht auf eine Zuteilung von einer höheren Stelle angewiesen sind, der sie dann womöglich zu Gehorsam verpflichtet sind, sondern dass sie all diese Dinge erhalten können. Und vor allem, dass sie eine ausreichende Privatsphäre haben, dass die Menschen geschützt sind und nicht quasi einer faktischen Totalüberwachung unterliegen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich verspreche Ihnen, wir von der AfD-Bundestagsfraktion, wir werden uns massiv diesem Great Reset, dieser großen Enteignung unserer Bevölkerung entgegenstellen. Wir werden die Regierung in diesem Thema stellen und wir werden eine breite Debatte in diesem Land einfordern, bevor unsere Bundesregierung auf dieses Gipfeltreffen fährt.

Bleiben Sie dran! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir werden weiter berichten. Wir werden weiter dafür kämpfen, dass unser Land eine freie Gesellschaft bleibt. Machen Sie es gut. Bis dann. Ciao.

## **Die große Enteignung - The Great Reset**

<https://www.youtube.com/watch?v=yDjczhieJkc>

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

**02) Francesco Giubilei: Umweltschutz ist nicht nur eine Angelegenheit der Linken**  
Von Dalma Jánosi (Rom)

23. 04. 2021



Francesco Giubilei - Foto: Facebook

*Francesco Giubilei ist ein italienischer Schriftsteller, Verleger und Universitätsprofessor, Präsident von Nazione Futura und der konservativen Stiftung Tattarella, Autor des Buches Preserving Nature.*

**- Warum ist der Umweltschutz ein wichtiges Thema für die italienischen Konservativen?**

- Es scheint oft, dass bestimmte Themen von der Linken oder der Rechten vereinnahmt werden, während jeder Bürger, unabhängig von seiner politischen Ideologie, eine Verantwortung für die Umwelt trägt. Die große Frage der Bewahrung der geschaffenen Welt sollte die wichtigsten politischen Akteure vereinen, nicht spalten. Die Realität ist jedoch, dass eine neue Art von liberaler, globalistischer Linker die Linie von Greta Thunberg oder der „Fridays for Future“-Bewegung eingeschlagen hat, die sich das Thema Umweltschutz aneignet und ihm einen ideologischen Inhalt gibt. Wir sehen es als unsere Pflicht an, unsere Stimme zu erheben, wenn man versucht, Ideologien hinter dem Umweltschutz zu verstecken; wenn wir Bestrebungen sehen wie die Leugnung der Identität und des Existenzrechts von Nationalstaaten oder die Verherrlichung einer multikulturellen Gesellschaft. Angesichts dieser Phänomene ist es wichtig, eine Alternative anzubieten, die auf konservativen Werten basiert. Der grüne Konservatismus, wie er genannt wird, nimmt sich den Schutz der geschaffenen Welt zu Herzen.

**- Wie sollten wir uns den grünen Konservatismus vorstellen?**

- Es ruht auf drei zentralen Pfeilern. Erstens, dass Umweltschutz lokal und nicht nur global erreicht werden kann. In Anlehnung an die Lehren von Roger Scruton über kleine Gemeinschaften impliziert die Erhaltung der Umwelt auch den Schutz der Identität von Völkern. Zweitens berücksichtigt sie die Bedürfnisse der Unternehmen unter Berücksichtigung der lokalen Gegebenheiten. Kein Gebiet sollte einer Form des Umweltschutzes unterworfen werden, die den wirtschaftlichen Interessen einer Region diametral entgegensteht. Drittens muss sie auch die Chancen und Bedürfnisse benachteiligter gesellschaftlicher Gruppen berücksichtigen. Es stimmt, dass der Verkehr revolutioniert werden muss, aber niemand kann von jemandem erwarten, dass er sein 20 Jahre altes Auto durch ein 50- oder 60-tausend Euro teures Elektro- oder Hybridauto ersetzt, wenn er nicht die finanziellen Mittel dazu hat. Es wäre unmöglich, den begonnenen Prozess in unserer Umwelt rückgängig zu machen, indem man die Bedürfnisse der einzelnen Bürger und Gemeinden völlig ignoriert.

**- Ist ein globaler oder lokaler Ansatz für den Umweltschutz effektiver?**

- Beides ist nötig, denn die Krise ist global. Aber eine supranationale Weltorganisation, die ausschließlich von außen gesteuert wird und den einzelnen Staaten ein Regelwerk auferlegt, wie es die Europäische Union tut, ist nicht die Antwort. Italienische Hersteller sind oft im Nachteil. Tunesische Orangen und Olivenöl stehen in italienischen Regalen, während italienische Orangen und Oliven auf den Feldern verderben, weil es mehr kostet, sie zu ernten und zu verkaufen. Wir reden oft über globale Pläne, die keine wirklichen Lösungen auf lokaler Ebene sind. In einer chaotischen Stadt wie Rom würde es einen großen Unterschied machen, den öffentlichen Nahverkehr effizienter zu gestalten, die Müllentsorgung zu lösen und den öffentlichen Raum sauber zu halten.

**- Welche Werte liegen der Ökologie der konservativen Welt zugrunde?**

- Die Werte der klassischen italienischen und europäischen Denker, die sich im Laufe der Jahrhunderte in ihren Werken mit der Natur auseinandergesetzt haben. Wir finden sie in der Antike in Vergils *Bucolica*, wo die Natur im Mittelpunkt steht. Oder auch in der antiken römischen Religionswelt, die dem Naturkult besondere Aufmerksamkeit schenkte, Flüsse und Bäche mit einer Seele ausstattete und Wälder als heilige Orte betrachtete. Das christliche Wertesystem, die von Gott geschaffene Welt, ist der Ausgangspunkt, in dessen Zentrum der Mensch steht. Dies steht im Gegensatz zu der von Greta Thunberg vertretenen Linie, die auf der Ideologie des Neo-Malthusianismus beruht. Thomas Malthus

sah den Menschen als Feind der Natur, als Parasit, und glaubte, dass die Kontrolle des Bevölkerungswachstums die Welt retten würde.

**- Was ist die wirkliche Lösung?**

- Der Wahrheit am nächsten kommt die Familienpolitik, die die ungarische Regierung seit Jahren betreibt, in einem ehrgeizigen Versuch, die Geburtenrate zu erhöhen. Die Regierungen in ganz Europa müssen auch dringend darauf hinarbeiten, Anreize für das Bevölkerungswachstum zu schaffen. Italien leidet seit Jahren unter einem dramatischen Bevölkerungsrückgang.

**- Wie kann dieser Prozess rückgängig gemacht werden?**

- Es würde eine Wiederentdeckung der christlichen Werte erfordern. In der Genesis definiert die Bibel den Menschen als Teil der Natur. Die geschaffene Welt, das Christentum, ist das Herzstück der Werte der konservativen Welt. Im Laufe ihrer zweitausendjährigen Geschichte hat die Kirche die Menschheit mit vielen Lehren geführt. Papst Johannes Paul II., der emeritierte Papst Benedikt XVI. und Papst Franziskus haben wertvolle Enzykliken und apostolische Exhortationen erlassen. Das Problem ist, dass diese Lehren weniger bekannt sind und es keine weltweiten, lautstarken Bewegungen wie die von Thunberg gibt, um sie zu propagieren.

**- Was sind die möglichen Folgen des Bevölkerungsrückgangs?**

- Eine alternde Bevölkerung stellt eine enorme Belastung für die arbeitende Bevölkerung dar, nicht nur um Rentenbeiträge zu generieren, sondern auch um das Gesundheitssystem aufrechtzuerhalten. Um die Älteren zu versorgen und den Zusammenbruch der sozialen Sicherungssysteme zu vermeiden, versucht Europa, die nicht geborenen Generationen durch Einwanderer zu ersetzen. Dies ist eine fehlgeleitete Lösung, da wir die kulturellen und sozialen Probleme sehen, die unkontrollierte Einwanderung schafft. Die einzige Lösung besteht darin, die Bevölkerung der Länder zu erhöhen.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

**03) Schlepper-NGO „Sea Watch“ hisst erneut Antifa-Flagge und will nun gegen „Faschismus“ kämpfen**

25. 04. 2021



[Mehr als berichtet](#) wir bereits über die Schlepper-NGO „Sea Watch“ und ihre provokante Geste, auf den teilweise von der deutschen evangelischen Kirche finanzierten Schiffen bei ihren Fahrten im Mittelmeer die Fahne der linksradikalen antifaschistischen Aktion zu hissen. Nun tat dies der italienische Ableger der Schlepper erneut, ergänzt mit einem Kampfaufruf.

**„Der Kampf hört niemals auf!“**

In geradezu drohenden Worten wurde betont, dass der Kampf der antifaschistischen Aktion „niemals aufhören“ dürfe. Damit dürfte vor allem gemeint sein, dass die Linksradikalen unter dem Schutz der EU und der italienischen Regierung weiterhin illegale Ausländer aus Nordafrika nach Europa bringen werden, ohne jegliche Konsequenz.

Neu ist auch, dass sich die „Seenot-Retter“ nun auch dem Kampf gegen den Faschismus (offenbar ein Phänomen auf hoher See) und für ein „humaneres Europa“ verschrieben haben. Auf Twitter schrieb man unter dem Foto der Antifa-Flagge auf dem Schlepper-Schiff:

*„Glücklicher 25. April! Heute wie jeden Tag lassen wir von [#SeaWatch](#) die Flagge der antifaschistischen Aktion hochhalten, um uns daran zu erinnern, dass der Kampf niemals*



*aufhören darf. Vergessen wir nicht, was Faschismus ist, und kämpfen wir weiter für ein gerechteres, verantwortungsbewussteres und humaneres Europa.*

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

#### **04) 10.000 Anlandungen in Italien: Erdogan steckt hinter der islamischen Invasion aus Libyen**

03. 05. 2021



Draghi & Erdogan - Bildquelle: VoxNews

Erdogan steckt hinter dem jüngsten Anstieg der Anlandungen aus Libyen, nachdem er sich über Draghis unangemessene Worte über den „Diktator“ geärgert hatte. Und es ist nicht ausgeschlossen, dass dieselbe islamische Macht hinter den NGOs steckt, die sich an den libyschen Küsten tummeln. Der türkische Dschihad treibt die Boote in Richtung Italien. Er schickt sie aus der Türkei, aber auch aus Libyen, wo die Veteranen des Syrienkrieges noch immer operieren.

Nach dem Libyen-Besuch von Premierminister Mario Draghi und Minister Luigi Di Maio am 6. April und dem Besuch von Innenministerin Lamorgese am 20. April ist die Zahl der Menschenhändler-Boote sprunghaft angestiegen.

Mittlerweile sind mehr als zehntausend illegale Einwanderer von den Küsten Nordafrikas nach Italien gekommen. Am 30. April waren es 9.013, die letzte offizielle Zahl aus dem Viminale (Innenministerium). Mindestens 1.500 illegale Einwanderer sind in den letzten zwei Tagen gelandet, darunter auch die 500, die die deutsche NGO Sea Watch in Trapani abladen will.

Im Jahr 2019, mit Salvini als Innenminister, waren es im gleichen Zeitraum 775. Am 23. April gab es einen Schiffbruch mit 120 Opfern, verursacht durch die verpasste Verabredung mit dem Schiff einer französischen NGO.

*Die Zahlen des Innenministeriums sind beunruhigend. Sie reichen jedoch nicht aus, um eine genaue Vorstellung von der Zunahme des Migrationsstroms entlang der libyschen Route zu erhalten. Auf der anderen Seite des Mittelmeers nehmen die Abfahrten in Richtung unseres Landes nämlich ständig zu. Zusätzlich zu den in Italien ankommenden Booten müssen auch die in libyschen Gewässern gestoppten Boote gezählt werden. Am 4. Februar berichtete UNHCR, dass mindestens 700 Migranten von den Behörden in Tripolis an die libysche Küste zurückgeschickt wurden. Am 29. März meldete die IOM die Rückkehr von etwa 1.000 Migranten nach Libyen, die von Patrouillenbooten der örtlichen Küstenwache aufgegriffen wurden. Weitere Vorkommnisse dieser Art wurden im April gemeldet. Ein Zeichen dafür, wie der Migrationsdruck immer besorgniserregender wird.*

*Das bestätigt auch Admiral Fabio Agostini, Kommandeur der Operation Irini, der 2020 gestarteten Mission der Europäischen Union zur Überwachung der Einhaltung des Waffenembargos in Libyen. Während des Webinars „The European Common Security and Defence Policy in Libya“, das von der Italienischen Gesellschaft für Internationale Organisation (SIOI) organisiert wurde, sprach Admiral Agostini von eindeutigen Zahlen: „Während des Jahres 2020 haben die Abfahrten von Migranten aus Libyen auf dem Seeweg einen Anstieg von etwa 25 Prozent im Vergleich zum Vorjahr erfahren, ein ähnlicher Trend wie in den ersten drei Monaten des Jahres 2021.“*

*Zu der Frage, warum die libysche Route wieder die besorgniserregendste ist, wurden mehrere Hypothesen aufgestellt. In IIGiornale.it sprach Professor Vittorio Emanuele Parsi am 20. April über die interne Dynamik in dem nordafrikanischen Land: „Es gibt eine neue Regierung in Libyen, die immer noch nicht in der Lage ist, das Territorium zu kontrollieren“. In diplomatischen Kreisen beginnt man auch über externe Dynamiken zu sprechen. Die Augen sind auf die Türkei gerichtet. Ankara ist seit November 2019 der wichtigste militärische Verbündete Tripolis'. Um der damaligen libyschen Regierung von Al Sarraj zu helfen, die Kräfte von General Haftar zu besiegen, hat Ankara Kriegsmittel, Geld und Söldner geschickt: „Die Türkei hat einen starken Einfluss auf viele libysche Milizen – betonte eine diplomatische Quelle gegenüber IIGiornale.it – sogar auf diejenigen, die den Migrantenverkehr organisieren“.*

Zwischen Rom und Ankara gibt es derzeit böses Blut. Mario Draghi hat Präsident Erdogan in den letzten Tagen als „Diktator“ bezeichnet, dieser reagierte, indem er den italienischen Premierminister als unhöflich bezeichnete. Erdogan ist sich sehr wohl bewusst, dass die Einwanderung die italienische Regierung in Schwierigkeiten bringen kann“, so die diplomatische Quelle weiter: „Von Ankara aus könnte ein Anstoß zur Abfahrt der Boote aus Libyen gegeben worden sein. Viele der gesammelten Signale deuten in diese Richtung. Es wäre allerdings nicht das erste Mal: „In der Vergangenheit wurde die Migrationswaffe von der Türkei gegen Europa in Erpressungsabsicht eingesetzt“, so die diplomatische Quelle. Für Italien scheint es daher umso wichtiger zu sein, den Dialog mit der neuen Regierung in Tripolis fortzusetzen.

Eines ist klar: Hinter den Anlandungen von illegalen Migranten in Italien steckt ein Plan, aber vor allem die Unfähigkeit der Italiener, das zu tun, was getan werden müsste: sie abzuwehren.

Quelle: [VoxNews](#)

**05) VOX hat ein Tabu gebrochen: Die wahren Kosten für ausländische „MUFLs“**  
Von Franck Deletraz

03. 05. 2021



Bildquelle: Twitter

Wir wissen es schon lange: Wenn es eine Sache gibt, die die globalistischen Eliten, die in den Staaten Westeuropas die Macht ergriffen und diese in veritable Orwellsche Regime verwandelt haben, über alles verabscheuen, dann ist es, dass einige Leute es wagen, sich gegen die offizielle Ideologie zu stellen und die politisch Korrekten zu verärgern, besonders in der Frage der Einwanderungsinvasion. Das jüngste Beispiel ist bezeichnend für den unglaublichen Ausbruch von Hass, dem die junge spanische nationalistische Partei VOX seit einigen Wochen ausgesetzt ist, weil sie es gewagt hat, ihren Landsleuten die exorbitanten Kosten für die so genannten „minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge“, die sich auf iberischem Boden befinden, aufzuzeigen.

**4.700 Euro pro Monat für einen „MUFL“ („minderjähriger unbegleiteter Flüchtling“)**

In dieser „Affäre“ geht es um ein Wahlplakat, das vor einigen Tagen von VOX-Parteigängern an die Wände eines Vorortbahnhofs in Madrid geklebt wurde, als Teil der Kampagne für die Regionalwahlen am 4. Mai. Das Plakat ist weder rassistisch noch aufhetzerisch, aber es hat in den Augen des sozialistischen Premiers Sánchez und der Einwanderungslobby den Nachteil, dass es die realen Kosten anzeigt, die der spanischen Gesellschaft durch die sogenannten „minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge“ entstehen,

die jedes Jahr zu Zehntausenden auf den Alten Kontinent strömen. Auf diesem Plakat blickt auf der einen Seite eine ältere Frau mit weißen Haaren mit einem traurigen und besorgten Blick nach unten, und auf der anderen Seite schaut ein vermummter „MUFL“ mit einem Schal über dem Mund die alte Frau mit einem sarkastischen und provokanten Blick an. All dies wird begleitet von dem Text: **„Un mena: 4.700 euros al mes, tu abuela: 426 euros de pensión/mes“** („Ein MUFL: 4.700 Euro pro Monat, deine Großmutter: 426 Euro Rente/Monat“).

### **Bevorzugung von Ausländern**

Das sind Zahlen und ein Vergleich, der nicht nur die erschreckenden Kosten der Einwanderungsinvasion für die Gesellschaft offenbart, sondern auch von der realen und unerträglichen Bevorzugung von Ausländern zeugt, die heute in Spanien und anderswo de facto angewandt wird. Es ist daher nicht verwunderlich, dass dieses Plakat sofort einen unglaublichen Ausbruch von Hass seitens linker Parteien, NGOs und anderer Befürworter unkontrollierter Einwanderung provozierte. Selbst die Regierung des Sozialisten Pedro Sánchez, der am 21. April offiziell bekannt gab, dass er bei der Madrider Staatsanwaltschaft eine Anzeige gegen VOX wegen „Aufstachelung zum Hass“ eingereicht hat, hat seitdem nicht gezögert, durch die Stimme seiner Ministerin für soziale Rechte Ione Belarra zu erklären, dass „die Kriminalisierung von Kindern, die allein migrieren, ein direkter Angriff auf die Demokratie ist, den wir nicht tolerieren werden“; die Ministerin fügte – allen Ernstes – hinzu, dass „der Faschismus wieder einmal unsere Gesellschaft bedroht“!

Dieser Beitrag erschien zuerst in der Tageszeitung [Présent](#).

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

**06) Exklusiv-Interview: „Remigration ist die einzige Lösung für das Problem der Masseneinwanderung“, sagt der Sprecher der verbotenen Génération Identitaire**

27. 04. 2021



Unterstützer der Bewegung Génération Identitaire mit einem Banner mit der Aufschrift "Der Mensch löst keine Generation auf" während einer Demonstration am Samstag, 20. Februar 2021 in Paris - Foto: rmx.news / Francois Mori

*Nach dem Verbot durch die französische Regierung spricht der Sprecher von Génération Identitaire, Clément Martin, mit Olivier Bault über den weiteren Verlauf des Kampfes der Organisation gegen staatliche Repressionen*

**Sie waren der Sprecher der Génération Identitaire, doch am 3. März hat die Regierung Ihre Organisation verboten. Was bedeutet das in der Praxis?**

Génération identitaire ist nicht mehr aktiv. Das Verbot wurde im Ministerrat ausgesprochen und wir haben zwei Klagen gegen diese Entscheidung beim Staatsrat, dem höchsten Verwaltungsgericht Frankreichs, eingereicht: Die erste ist ein Antrag auf Aussetzung mit dem Ziel, das Verbot für die Zeit auszusetzen, die der Staatsrat braucht, um über unsere zweite Klage bezüglich der Rechtmäßigkeit des Verbots zu entscheiden. Über den Antrag auf Aussetzung wird am 30. April entschieden, und dann werden wir wissen, ob Génération Identitaire während des Verfahrens, das mindestens sechs Monate bis zu einem Jahr dauern könnte, seine Tätigkeit fortsetzen kann.

**Haben Sie Vertrauen in den Conseil d'Etat (Staatsrat) als höchste Instanz der Verwaltungsgerichtsbarkeit? Viele in Frankreich glauben, dass der Staatsrat nicht völlig unabhängig von der Regierung ist.**

Das ist eine ziemlich schwer zu beantwortende Frage. Wenn das Urteil auf der Grundlage des Gesetzes gefällt wird, sind wir sehr zuversichtlich. Wenn jedoch die Politik Vorrang vor

dem Gesetz hat, dann haben wir allen Grund, uns Sorgen zu machen. Theoretisch soll der Staatsrat seine Urteile auf das Gesetz stützen, und wir werden am 30. April einen ersten Blick darauf werfen können. Die Entscheidung über unseren Antrag auf Aussetzung des Verfahrens wird von drei Richtern kollegial entschieden, was äußerst selten vorkommt, da meistens nur ein Richter eine solche Entscheidung trifft. Das zeigt, dass der Fall sehr ernst genommen wird.



Clément Martin, der zuvor als Sprecher der aufgelösten Génération Identitaire fungierte, sagt, die Organisation habe Macrons Regierung in der Migrationsfrage blamiert, was seiner Meinung nach zu dem drastischen Verbot seiner Organisation beigetragen habe.

**Was ist, wenn das Verbot nicht aufgehoben wird und Sie weiterhin informell als Verein agieren?**

Erstens würden wir jede Chance verlieren, vor dem Staatsrat zu gewinnen. Zweitens würden wir einem neuen Verfahren unterworfen und der Wiederherstellung einer aufgelösten Organisation beschuldigt werden. Das würde zu Geldstrafen und sogar zu Gefängnisstrafen für die Führer der Génération Identitaire führen.

**Können Sie nicht eine neue Vereinigung unter einem neuen Namen, mit denselben Mitgliedern und denselben Zielen gründen?**

Nein, das ist gänzlich verboten, denn es würde auch als Wiedergründung einer aufgelösten Organisation angesehen werden. Es gibt vier Kriterien, um diese Art von Anschuldigung zu beurteilen: der gleiche militante Kern, die gleichen Anführer, ähnliche Ziele der Vereinigung und ähnliche Aktionsmethoden.

Während französische Gerichte immer entschieden haben, dass Ihre Aktionen friedlich und gewaltfrei waren, und die gegen Sie erhobenen Vorwürfe der Aufstachelung zum Hass immer zurückgewiesen haben, will ein demokratisches Mitglied des Repräsentantenhauses der Vereinigten Staaten die Génération Identitaire, auch wenn sie aufgelöst wurde, auf die Liste der terroristischen Organisationen setzen. Können Sie zu dieser Information Stellung nehmen?

Das ist Teil der Veränderung in der amerikanischen Administration mit der Machtergreifung von Joe Biden und seinem Wunsch, den islamistischen Terrorismus nicht ins Visier zu nehmen. Sie erfinden imaginäre Risiken, aber zu verlangen, dass eine aufgelöste Organisation auf die Liste der terroristischen Organisationen gesetzt wird, ist völlig lächerlich. Es macht keinen Sinn. Außerdem war die Génération Identitaire, wie Sie schon sagten, immer eine Bewegung von friedlichen Aktivisten. Wir haben immer behauptet, eine solche zu sein, wir wurden nie wegen Gewalt verurteilt oder wegen irgendwelcher Äußerungen, die wir zum Beispiel durch unsere Sprecher oder in unseren Videos, unseren Artikeln oder unseren Interviews gemacht haben. Das ist natürlich völlig absurd und vor allem völlig politisch.



Génération Identitaire hat eine Reihe von Protestaktionen durchgeführt, um auf das Problem der unkontrollierten Masseneinwanderung nach Frankreich aufmerksam zu machen und sich damit den Zorn der linken Regierung von Emmanuel Macron zugezogen.

**Bezüglich der Gründe für die Auflösung erwähnt der französische Innenminister Gérald Darmanin eine Geldspende an Génération Identitaire durch den Christchurch-Terroristen. Was haben Sie dazu zu sagen?**

Es gab in der Tat eine Spende des Christchurch-Terroristen, aber das war mehrere Jahre vor seinem Anschlag. Wir können nicht für die Handlungen unserer Spender in der Zukunft

verantwortlich gemacht werden. Das liegt absolut nicht in unserer Macht. Was wir jedoch tun konnten, war zu entscheiden, was wir mit dem Geld tun würden, als wir von diesem Ereignis erfuhren. Und wir haben das Geld an einen Verein gegeben, der sich um Kinder kümmert, die Mündel des Staates sind. Diese Spende des Christchurch-Terroristen wurde also nicht zur Finanzierung von Génération Identitaire verwendet.



Obwohl der französische Innenminister Gérald Darmanin behauptete, die Regierung würde gegen illegale Migration vorgehen, zeigte Génération Identitaire, dass die Grenze weiterhin unsicher ist.

**Glauben Sie, dass es in Frankreich immer noch möglich ist, sich friedlich der Nachsicht der Behörden gegenüber der Masseneinwanderung und insbesondere der illegalen Einwanderung zu widersetzen, ohne als „rechtsextrem“, „faschistisch“ oder „neonazistisch“ abgestempelt zu werden und Repressionen zu riskieren, obwohl Ihr Verein alle Gerichtsverfahren gegen ihn gewonnen hat?**

Für unsere Gegner und für die Linke ist es absolut unvorstellbar, dass man gegen die Masseneinwanderung sein kann und dass dies als eine völlig normale, akzeptable politische Position angesehen werden kann. Es besteht der Wunsch, den Gegner zu dämonisieren. Das war schon immer die Technik der Linken, eben um eine inhaltliche Debatte zu vermeiden. Da dies eine Konstante ist, liegt es an uns, uns durch diese Art von völlig falschen Anschuldigungen nicht einschüchtern zu lassen und unsere Standpunkte zu verteidigen, unsere Argumente vorzubringen, und zwar auf kohärente und logische Weise, indem wir die Falschheit ihrer Prämissen aufzeigen.

**Aber kann man in diesem Fall, mit einer solchen Haltung der Linken und der französischen Regierung, noch sagen, dass Frankreich eine rechtsstaatliche**



**Demokratie ist? Ich habe gehört, wie Ihr Anwalt, Gilles-William Goldnadel, gesagt hat: Nein, Frankreich ist nicht wirklich eine Demokratie, die von der Rechtsstaatlichkeit regiert wird.**

Es gibt in der Tat einige sehr beunruhigende Fakten. Man wirft uns zum Beispiel vor, eine Miliz zu sein. Dieser Vorwurf stützt sich insbesondere auf die Aktion, die wir 2018 in den Alpen am Col de l'Échelle durchgeführt haben. Für diese Aktion wurden wir jedoch von den Gerichten freigesprochen, trotz der Bemühungen der Staatsanwaltschaft, uns verurteilen zu lassen. Es ist sehr merkwürdig, ein Verbot, das eine eher seltene und schwerwiegende Entscheidung ist, auf Anklagen zu stützen, die von den Gerichten abgewiesen wurden. Die beiden Anklagen gegen uns, die das Verbot rechtfertigen sollen, sind, dass wir angeblich eine Miliz gebildet haben und dass wir angeblich zum Hass aufgestachelt haben. Dieser zweite Vorwurf stützt sich hauptsächlich auf die Besetzung des Daches der Baustelle der Moschee in Poitiers im Jahr 2012, für die uns die Gerichte ebenfalls nicht verurteilt haben. Es gibt einen klaren politischen Willen, über das juristische Arsenal hinauszugehen, was für die Achtung der Rechtsstaatlichkeit eher beunruhigend ist.

**Vielleicht hängt die Entscheidung, Ihren Verein aufzulösen, der die Laxheit der Behörden gegenüber der illegalen Einwanderung hervorhob, mit dem Wunsch von Emmanuel Macron zusammen, bei den Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr wiedergewählt zu werden?**

Als wir unsere Aktion in den Pyrenäen durchführten, prangerten wir in der Tat vor allem die Doppelzüngigkeit der Behörden an. Es war ein Präfekturdekret erlassen worden, den Portillon-Pass wegen Terrorismus- und Migrationsgefahr zu schließen, und als unsere Aktivisten dorthin gingen, konnten sie sehen, dass dieser Grenzpass nicht bewacht war und ohne Probleme zu Fuß überquert werden konnte. Unsere Aktion hatte ein erhebliches Medienecho, und der Innenminister Gérald Darmanin konnte es nicht ertragen, dass wir aufgezeigt haben, dass hinter den starken Reden die Handlungen des Staates extrem schwach waren und die Grenze, zumindest auf dieser Seite, weiterhin ein Sieb war.

**Sie waren also ein bisschen peinlich im Vorfeld der nächsten Präsidentschaftswahlen?**

Genau, ja.

**Da wir hier über illegale Einwanderung sprechen, die größtenteils aus Muslimen besteht, können Sie uns sagen, was Sie von der Entscheidung des französischen Kassationsgerichts vom 14. April über die fehlende strafrechtliche Verantwortung des muslimischen Mörders der pensionierten Jüdin Sarah Halimi halten? Das antisemitische Motiv wird anerkannt, aber Kobili Traoré, der sein Opfer folterte, bevor er sie tötete, während er „Allah u Akbar“ rief, war ein regelmäßiger Konsument von Cannabis und der Kassationsgerichtshof entschied, dass ihn das für seine Taten unverantwortlich macht...**

Es ist eine Gerichtsentscheidung, die wieder einmal sehr überraschend ist und die Teil der Kultur der Entschuldigung ist, die in französischen Gerichten vorherrscht, insbesondere durch die [linke] Richtergewerkschaft Syndicat de la Magistrature, die dafür bekannt ist. Es scheint ein systematischer Wille zu bestehen, die Opfer zu ignorieren, sondern im Gegenteil immer Entschuldigungen für die Mörder und die Täter zu finden, und leider scheint das Urteil des Obersten Gerichtshofs in diesem konkreten Fall einmal mehr zu demonstrieren, was wir, Génération Identitaire, seit langem anprangern und was andere

auf der Rechten und sogar darüber hinaus anprangern, nämlich die absolute Laxheit der Justiz, die immer lieber die Täter schützt als die Opfer.



Die Aktion der Génération Identitaire in den Pyrenäen war der Auslöser für den letzten Vorstoß der Regierung, die Organisation komplett zu verbieten.

**Die Génération Identitaire prangert den Anti-Weiß-Rassismus an. Glauben Sie auch, dass die Masseneinwanderung zu einem Anstieg des Antisemitismus führt? Der Mord an Frau Halimi, weil sie Jüdin war, ist leider kein Einzelfall in Frankreich...**

Das scheint mir offensichtlich. Es ist ein offenes Geheimnis, dass der Antisemitismus in Frankreich heute im Wesentlichen ein Phänomen ist, das mit der massiven arabisch-afro-muslimischen Einwanderung zusammenhängt. Von dort geht die Gefahr aus. Sehen Sie sich nur das Beispiel des Departements Seine-Saint-Denis an, in den Vororten von Paris, wo es früher viele jüdische Einwohner gab. Heute gibt es kaum noch welche. Warum sind sie weggegangen? Warum gibt es nie eine ernsthafte Berichterstattung oder Untersuchung zu diesem Thema in den Medien? Warum geht man nicht hin und interviewt die Juden, die wegen des extrem starken Antisemitismus in diesen Gegenden geflohen sind? Ein ganzer Teil der Linken, insbesondere die linksextreme Partei France Insoumise, verschließt die Augen vor diesem Thema, um eine bestimmte arabisch-muslimische Wählerschaft und die Islamisten, die sie zu verführen suchen, um ihre Wählerbasis zu erweitern, nicht zu beleidigen.

**In einem aktuellen Interview mit der Wochenzeitung Valeurs Actuelles spricht Philippe de Villiers über „Remigration“. Es handelt sich um ein Konzept, das von der Génération Identitaire lanciert wurde und das durch einen Mann, der allen bekannt ist, seinen Weg in die großen rechten Medien zu finden scheint. Können Sie uns sagen, worin eine Remigration bestehen könnte und ob es möglich ist, dass eine Remigrationspolitik bestimmte Franzosen nicht aufgrund ihrer Herkunft oder vielleicht sogar ihrer Religion oder ihrer Hautfarbe diskriminiert?**

Die Remigration ist in der Tat eine Option, für die wir schon seit einiger Zeit eintreten. Das würde die Rückkehr eines Großteils der Einwanderer in ihr Herkunftsland bedeuten. Wir haben zu diesem Thema ein Buch mit dem Titel „30 Maßnahmen für eine Identitäts- und Remigrationspolitik“ veröffentlicht. Einige Maßnahmen wären Zwangsmaßnahmen: die Ausweisung von Ausländern, die auf der „S“-Liste der Personen stehen, die für den Islamismus eine potenzielle Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellen, die Ausweisung von Ausländern, die ein Verbrechen oder eine Straftat begangen haben, der Verlust der Staatsangehörigkeit für Dschihadisten mit doppelter Staatsangehörigkeit und ihre Abschiebung in ihr Herkunftsland, und einige andere Maßnahmen derselben Art, die durchaus machbar sind und die dringend umgesetzt werden sollten, wie natürlich die Ausweisung aller illegalen Einwanderer. Gleichzeitig sind eine Reihe von Anreizen erforderlich. Es ginge zum Beispiel darum, die Islamisierung entschieden zu bekämpfen, mit einem Moratorium für den Bau von Moscheen, einem Ende der richterlichen Kronzeugenregelung, Zulagen und anderen Vergünstigungen, die Menschen mit französischer Staatsangehörigkeit vorbehalten sind, und so weiter. Wir müssen ein starkes Signal aussenden, dass, wenn bestimmte Menschen Frankreich nicht mögen und sich nicht an seine Gesetze und Sitten halten wollen, sie ermutigt werden, in das Land ihrer Vorfahren zurückzukehren.

Natürlich haben assimilierte Menschen ihren Platz in Frankreich, und es steht uns nicht zu, zu entscheiden, wer bleibt und wer geht, aber die Frage muss diesen Menschen gestellt werden: „Wollt ihr in einem Frankreich bleiben, das wieder stolz auf sich ist, das nicht mehr in Reue verfällt, das seinen Staatsangehörigen Freiräume einräumt, das nicht mehr die Islamisierung fördert und den Bau von Moscheen verhindert, das die Einwanderung stoppt, usw.“



Der ehemalige französische Präsidentschaftskandidat Philippe de Villiers, der die Partei „Bewegung für Frankreich“ gegründet hat, setzt auf eine Politik der Remigration für Frankreich.

**Wenn man den Bau von Moscheen verhindert, bedeutet das aber, dass Muslime nicht wirklich ihren Platz in Frankreich haben, auch wenn sie sich als Franzosen fühlen...**

Es gibt bereits viele Moscheen in Frankreich. Im Departement Seine-Saint-Denis ist das Verhältnis zwischen der Anzahl der Moscheen und der Anzahl der Gläubigen höher als in Istanbul, einer Stadt in einem muslimischen Land, das von einem islamistischen Präsidenten regiert wird, und es ist ein Verhältnis, das in etwa dem von Tunis, der Hauptstadt von Tunesien, entspricht. Schon heute gibt es in Frankreich mehr als genug muslimische Gotteshäuser.

**Die Verteidigung dieser Idee durch einen Mann wie Philippe de Villiers, zugegebenermaßen von der Rechten wie Sie, aber von den Medien akzeptiert, ist ein großer Sieg für Ihre Bewegung, nicht wahr?**

Natürlich ist es das. Wir sind sehr glücklich darüber, dass führende Persönlichkeiten wie Philippe de Villiers die Remigration verteidigen. Das ist offensichtlich etwas, das in die richtige Richtung geht und zeigt, wie weit diese Idee verbreitet ist. Die Remigration ist die einzige Lösung für das unlösbare Problem, das die Masseneinwanderung und der Multikulturalismus darstellen. Wir können heute sehen, dass dieses Gesellschaftsmodell dysfunktional ist. Wir haben es mit Assimilation versucht. Wir haben es mit Integration versucht. All das funktioniert nicht mehr. Der einzige Ausweg aus dem Schlamassel, in dem wir stecken, ist eine kühne und mutige Politik der Remigration.

Quelle: [rnx.news](http://rnx.news)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

**07) Éric Zemmour: Rassenkampf statt Klassenkampf, Feind sind die Weißen**

23. 04. 2021



Éric Zemmour · Foto: Remix News

**Zemmour: „Die Muslime sollen zur neuen revolutionären Basis gemacht werden, um das französische Proletariat zu ersetzen. Früher war der Feind der Bourgeois, heute ist es der Weiße Mann“.**

Der französisch-jüdische Autor, Polemiker und antiliberaler Philosoph Éric Zemmour hat eine Parallele zwischen „Islamischen Linken“ und Kommunisten gezogen und behauptet, dass erstere ihren Erzfeind, die Bourgeois, durch Weiße ersetzt haben – die sie gerne durch das „muslimische Proletariat“ ersetzt sehen würden.

Zemmour, einer der herausragenden Denker der französischen Rechten, behauptet, dass die neue politische Allianz zwischen Islamisten und Linken, die in Frankreich Islamische Linke genannt wird, nichts weniger als die kommunistische Bewegung des 21. Jahrhunderts sei.

Der französische Philosoph Pascal Bruckner hat diese Islamische Links-Bewegung als „die Verschmelzung zwischen der atheistischen extremen Linken und dem religiösen Radikalismus“ beschrieben. Für Bruckner zielen viele in der extremen Linken darauf ab, den Islamismus als „Rammbock“ zu benutzen, um den Kapitalismus zu Fall zu bringen und individuelle Rechte aufzuheben. Auf der anderen Seite behauptet Bruckner, dass Islamisten – rein als taktisches Mittel, um ihr wahres Ziel, die Errichtung einer islamistischen totalitären theokratischen Regierung, zu erreichen – so tun, als ob sie sich in die Reihen der Linken in ihrer Opposition gegen Kapitalismus und Rassismus eingereiht hätten.

Während eines Interview-Segments in der Fernsehsendung *Face à l'Info* erklärte und verteidigte Zemmour unter anderem die Verwendung des Begriffs „Islamische Links-Bewegung“ und beschrieb diese als „die Überzeugung, dass die Muslime, das muslimische Proletariat,

das traditionelle Arbeiterproletariat, die Franzosen, von gestern ersetzt werden und das die neue revolutionäre Basis sein wird“.

„Diese Islamo-Links-Bewegung haben die Methoden der Kommunisten aufgegriffen“, fuhr er fort. „Islam-Links bedeutet, die Muslime zur neuen revolutionären Basis zu machen, um das französische Proletariat zu ersetzen. Früher war der Feind der Bourgeois, heute ist es der Weiße Mann.“

Zemmour nannte dann drei wesentliche Gemeinsamkeiten zwischen den Kommunisten des 20. Jahrhunderts und den Islamo-Linken von heute. Erstens, sagte er, müsse eine Opfergruppe benannt werden. Für die Kommunisten waren es die Arbeiter. Für die heutigen Islamo-Linken hingegen seien die Opfergruppen Immigranten, Muslime und sogar Frauen.

Der nächste Schritt sei, „den Feind zu identifizieren: gestern den Bourgeois, heute den Weißen Mann“ und schließlich „von diesem Feind, gestern der Klasse, heute der Rasse, zu verlangen, dass er sich unterwirft und seine Schuld anerkennt“

„Heute verlangen wir vom Weißen Mann, dass er für die Verbrechen seiner Vorfahren, die ewig und unentschuldigbar sind, auf die Knie geht, genau wie es die Bourgeois oder die Verräter an der kommunistischen Sache tun mussten, um für ihre Verbrechen zu büßen“, sagte Zemmour.

In jüngster Zeit wird der Begriff Islamo-Links-Bewegung in Frankreich nicht nur von rechtsgerichteten Repräsentanten wie Marine Le Pen und Eric Zemmour verwendet, sondern auch von Liberalen und Globalisten wie dem Philosophen Bernard Henri-Lévy und prominenten Ministern in der Regierung von Präsident Emmanuel Macron.

Anfang dieses Jahres, Mitte Februar, warnte die französische Ministerin für Hochschulbildung, Frédérique Vidal, vor der Ausbreitung der Islamo-Links-Bewegung in den akademischen Einrichtungen des Landes und sagte „Ich denke, dass die Islamo-Links-Bewegung unsere Gesellschaft als Ganzes auffrisst; die Universitäten sind nicht immun und sind Teil unserer Gesellschaft.“

Während eines Fernsehbeitrags auf CNews kündigte Vidal an, dass sie das nationale Zentrum für wissenschaftliche Forschung (CNRS) anweisen werde, eine Untersuchung über den Islamo-Links-Bewegung zu eröffnen, um „akademische Forschung von Aktivismus und Meinung zu unterscheiden“.

Für ihre Äußerungen wurde die französische Ministerin von der linksliberalen Presse kritisiert. Einige Tage später schrieb jedoch Bernard Henri-Lévy einen Leitartikel in der französischen politischen Wochenzeitschrift *Le Point*, in dem er Vidals Aussagen verteidigte und davor warnte, dass die Ideologie, die die extreme Linke und den islamistischen Extremismus vereint, die antitotalitären und progressiven Tendenzen, die normalerweise mit der Linken assoziiert werden, durch Ideen ersetzt, die rückständig, antifeministisch und obskurantistisch sind.

Quelle: [Remix News](#)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## 08) Weißer Schuld und Ethnomasochismus Von Andrej Sekulović

24. 04. 2021



Bildquelle: Pixabay

Das 20. Jahrhundert war ein Jahrhundert der großen Veränderungen. Neben den technologischen Innovationen gab es in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg viele gesellschaftliche Veränderungen, die vor allem auf die linke kulturelle Hegemonie zurückzuführen waren, die sich in dieser Zeit in den westlichen Gesellschaften endgültig konsolidierte. Dementsprechend begann die neue Linke, die sich statt auf Arbeiterrechte und Klassenungleichheiten lieber auf die Rechte von Randgruppen, einschließlich verschiedener ethnischer und sexueller Minderheiten, konzentrierte, allgemein akzeptierte Begriffe und Konzepte neu zu definieren und später neue Vokabulare zu erfinden, die ihren ideologischen Bedürfnissen entsprachen.

### **Weißer Schuld als linke Strategie**

So kamen Begriffe wie Fremdenfeindlichkeit und später Islamophobie auf. Diese Begriffe haben eine pejorative Konnotation und werden von der Linken, wenn nötig, im Kulturkampf gegen ihre ideologischen Gegner verwendet. Da die Linke die kulturelle Hegemonie etabliert hat, konnte sie diese Begriffe in den öffentlichen Diskurs einbringen, so dass sie weithin akzeptiert wurden und nun in den Mainstream-Medien, in politischen Reden und an Universitäten verwendet werden. Wer jedoch mit einer dieser „Phobien“ abgestempelt wird, kann dadurch Probleme im beruflichen und öffentlichen Leben bekommen. Das ist der Zweck dieser Begriffe; die Argumente ihrer Gegner zu diskreditieren. Eine Phobie ist eine Art von Störung, die oft unbegründete Angst verursacht. So verwenden moderne Linke diese Begriffe, um zu argumentieren, dass Menschen, die sich gegen offene Grenzen aussprechen, in Wirklichkeit unausgeglichene Menschen sind, die eine unbegründete Angst vor muslimischen Migranten verspüren und einfach Angst vor sozialen Veränderungen haben. Alle ihre Argumente sollten daher auf dieser irrationalen Angst beruhen. Das ist natürlich nicht der Fall, denn diese Argumente werden durch demographische und

Kriminalitätsstatistiken gestützt. Dennoch kontrollieren die Kulturmarxisten heute die Mainstream-Medien und Bildungseinrichtungen, wo sie versuchen, die Menschen davon zu überzeugen, dass dies nur eine irrationale Angst vor Veränderungen ist. Sie nutzen auch ihre Positionen in den Medien und an den Universitäten, um die Idee zu verbreiten, dass weiße Europäer sich für ihre Vergangenheit und die angeblichen Sünden ihrer Vorfahren schämen sollten, die angeblich eine ganze Reihe von Verbrechen gegen andere Völker des Planeten begangen haben sollen. So wie sich in den Reihen der Linken neue Begriffe herausgebildet haben, hat sich in rechten Kreisen der Begriff „weiße Schuld“ eingebürgert, um diese Auferlegung eines kollektiven Schuldgefühls auf alle Weißen zu bezeichnen. Es ist ein Begriff, der das allgemeine weiße Schuldgefühl über Sklaverei, Kolonialismus, Rassendiskriminierung und die verschiedenen Verbrechen, die die Europäer an der restlichen Weltbevölkerung begangen haben sollen, repräsentiert. Der Begriff hat natürlich eine negative Konnotation unter denjenigen, die gegen die politische Korrektheit immun sind, denn neben seiner Definition bezeichnet er eine Strategie, mit der liberale Eliten versuchen, Weiße davon zu überzeugen, dass es unmoralisch ist, sich auf der Grundlage ihrer Rasse, also als weiße Europäer, zu assoziieren und zu vereinigen oder zugunsten ihrer kollektiven rassistischen Interessen zu handeln. Für all das Elend, das sie angeblich verursacht haben, müssen die Weißen heute als Nachkommen von Verbrechern ihr Land friedlich an Migranten abtreten, die angeblich die Nachkommen der Opfer des europäischen Imperialismus sind. Die weiße Schuld begann sich also zunächst gezielt unter den ehemaligen Kolonialvölkern zu verbreiten. Heute umfasst dieser Begriff jedoch alle weißen Völker, einschließlich derer, die nie Kolonien hatten, aber selbst oft mächtigeren Imperien und Staaten unterstellt waren.

### **Die Doppelzüngigkeit der modernen Linken**

Dass es sich dabei um eine Strategie handelt, die darauf abzielt, die Interessen internationaler liberaler Eliten und linker Demagogen zu schützen, zeigt sich vor allem in ihrer einseitigen und irreführenden Interpretation der Geschichte. Alle Ureinwohner in den später von den Weißen eroberten Gebieten sollen in harmonischen Gesellschaften gelebt haben, bis die Europäer kamen und sie erst ausraubten und dann blutig ermordeten. Aber wir hören nie von den blutigen Massakern und Völkermorden, welche die indianischen Stämme gegeneinander verübten, oder von den brutalen Zuständen unter den Maori-Stämmen in Neuseeland, die so unerträglich wurden, dass die Maori größtenteils bereitwillig und friedlich die Herrschaft der Briten im 19. Jahrhundert akzeptierten. Afrikaner haben sich schon lange vor der Ankunft der weißen Kolonialisten gegenseitig abgeschlachtet und versklavt. Sobald die Ära des europäischen Kolonialismus endete, stürzte der schwarze Kontinent wieder in Chaos, Bürgerkriege und ethnische Säuberungen. Im 20. Jahrhundert sollen in Zentralafrika 10 Millionen Menschen bei Völkermorden getötet worden sein; kein einziger von ihnen wurde von einem Weißen getötet. Im ruandischen Völkermord von 1994 wurden in nur 100 Tagen 800 000 Tutsis von den Hutus getötet. Die Linke spricht jedoch nur ungern über diese Dinge, weil sie nicht in ihre Vision einer Welt passen, in der vor allem Europäer zu Massakern und anderen brutalen Taten fähig sind, während andere Völker hauptsächlich als unschuldige Opfer oder Zuschauer agieren. Tatsache ist, dass alle Rassen dieser Welt zu bestimmten Zeiten Sklaverei praktiziert haben, dass alle Völker einen Appetit auf Krieg und Eroberung hatten und dass alle Völker zu blutigen Taten fähig sind. Allerdings verzerren Kulturmarxisten das Bild in dieser Hinsicht, indem sie sich nur auf die Ungerechtigkeiten konzentrieren, die angeblich von Europäern verursacht wurden. Gleichzeitig schweigen sie über all die Errungenschaften der Europäer, die die gesamte Menschheit bereichert haben. Ein weiteres Beispiel für die Doppelzüngigkeit des ständigen Verweises auf die vergangenen angeblichen Verbrechen der Weißen als Agenda ist, wenn es um die Sklaverei geht. Die Linke behauptet, dass die Nachkommen der Sklaven Reparationen verdienen, ungeachtet all der Vorteile, die Schwarze in den USA dank der



sogenannten „positiven Diskriminierung“ genießen. Die Linke ist auch der Meinung, dass alle ehemaligen Kolonialländer Reparationen an afrikanische Länder für die Versklavung zahlen sollten. Was sie Ihnen jedoch nicht sagen, ist, dass die Sklavenhändler, die oft Araber und Juden waren, schwarze Sklaven von Afrikanern selbst kauften, die sie als Kriegsgefangene von rivalisierenden Stämmen verkauften, und sie erst in weiterer Folge an Europäer weiterverkauft wurden. Heute wird die Rolle der arabischen und jüdischen Händler beim Verkauf von Sklaven nur noch selten erwähnt. Linke ziehen es vor, ein Bild von bösen Weißen zu malen, die friedliche Schwarze quer durch Afrika entführen. Dies trotz der Tatsache, dass die Europäer fast ausschließlich Sklaven von arabischen, jüdischen oder schwarzen Händlern kauften. Eine weitere Tatsache, die wir in den linken Mainstream-Medien selten hören, ist, dass es die Europäer waren, die die Sklaverei im 18. und 19. Jahrhundert als erste verboten haben, während sie in anderen Teilen der Welt auch heute noch zu finden ist. Auch fordert niemand von den Linken, dass die Türkei Entschädigungen für alle Slawen und andere Europäer zahlen muss, die als Sklaven ins Osmanische Reich verschleppt wurden.

### **Ethnomasochismus als Folge**

Die Folge der weißen Schuld ist Ethnomasochismus. Dieser Begriff wurde von dem französischen identitären Denker Guillaume Faye popularisiert, der in seinem Buch *Wofür wir kämpfen* (deutsch 2006) schrieb, dass Ethnomasochismus eine Folge von Selbsthass und Scham, von Rassismus gegen die eigene Rasse und von der Tendenz, das eigene Volk zu beschuldigen und herabzusetzen, ist. Leider ist heute, dank der Kulturmarxisten, der Ethnomasochismus unter den Weißen sehr präsent. Das liegt an der Unkenntnis der eigenen Geschichte und Kultur, am fehlenden Gefühl der nationalen Zugehörigkeit und des Patriotismus sowie an der ständigen Indoktrination durch die Medien und Bildungseinrichtungen, die heute in den Händen derer sind, die die europäischen Völker unterjochen und zerstören wollen. Die beste Verteidigung gegen Ethnomasochismus liegt jedoch in der Bildung über die eigene Kultur und die Geschichte des eigenen Volkes, in der Fähigkeit, kritisch und unabhängig zu denken, und in der Treue zur Wahrheit, unabhängig davon, ob sie mit den aktuellen politisch korrekten Trends konform geht oder nicht.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [DEMOKRACIJA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## 09) Die verschleierte Frau und Präsident Macron

24. 04. 2021



Verschleierte interviewt Macon - Screenshot

In Montpellier interviewte eine verschleierte Frau Emmanuel Macron über die fehlende Vielfalt in der Schule in ihrem Viertel, wobei sie unter dem selbstgefälligen Blick der Medien die offizielle Hymne auf die „soziale Vielfalt“ aufgreift, den neuen Zauberkolb, den Emmanuel Macron auch in seinem künftigen Präsidentschaftsprogramm präsentieren wird. Was für ein glücklicher Zufall!

Der französische Neusprech-Ausdruck *mixité sociale* (soziale Vielfalt) ist doppelt irreführend: Er hat nichts mit Gesellschaft zu tun und bezieht sich nicht auf die Geschlechter. In Wirklichkeit bedeutet es den Willen, Menschen mit Migrationshintergrund dazu zu zwingen, sich mit den Einheimischen zu vermischen: in den Schulen (in den Vereinigten Staaten nannte man das „*Busing*“), in den Wohnungen, in den Wohnvierteln, kurz, überall.

Nicht nur, dass die Befürworter der sozialen Vielfalt vergessen, die Franzosen zu fragen, ob sie unter Menschen leben wollen, die nicht die gleiche Moral, die gleiche Religion oder die gleichen Werte haben wie sie. Doch all diese schönen Reden können nicht über eine düstere Realität hinwegtäuschen: Die Assimilation der Einwanderer an das französische Lebensmodell funktioniert nicht mehr. Und gerade, weil die Assimilation nicht mehr funktioniert, auch wenn die Einwanderung weitergeht, wird Frankreich zu einem Aggregat von ethnischen Gemeinschaften, die sich immer weiter voneinander entfernen.

Warum funktioniert die Assimilation in Frankreich nicht mehr?

Die Masseneinwanderung, die Frankreich seit Jahren erlebt (450.000 offizielle Einreisen pro Jahr, illegale Einwanderer nicht mitgezählt, also im Verhältnis zur französischen Bevölkerung ein viel größerer Zuwachs an Fremdbevölkerung als in den Vereinigten Staaten), macht jede Assimilation illusorisch.

Assimilation kann nur unter sechs Bedingungen funktionieren:

1. dass der Zuwanderer sich wirklich der Kultur und den Bräuchen des Gastlandes anpassen möchte;
2. dass das Gastland genug Vertrauen in seine eigene Identität und seine Werte hat, um etwas zu bieten, an das man sich assimilieren kann;
3. dass die kulturelle Kluft zwischen dem Gastland und dem Herkunftsland des Zuwanderers nicht zu groß ist;
4. dass der Zuwanderer seine Bindung an das Herkunftsland abbricht;
5. dass die Einwanderungsströme vernünftig bleiben und sich über die Zeit verteilen;
6. dass es im Gastland nicht bereits eine große Gemeinschaft von Zuwanderern gibt.

Keine dieser Bedingungen ist heute in Frankreich erfüllt. Individuelle Assimilation bleibt möglich, aber nicht die von ganzen Populationen.

Als soziales Tier lebt der Mensch am liebsten mit denen zusammen, die ihm nahestehen. Die Masseneinwanderung fördert jedoch die Konzentration von Einwanderern in Gebieten, in denen bereits andere Einwanderer wohnen. Und sie provoziert, in umgekehrter Richtung, das, was jenseits des Atlantiks als „*white flight*“ bekannt ist: Einheimische, die es sich leisten können, verlassen Stadtteile, in denen sich die Bevölkerung durch die Ankunft von Einwanderern verändert.

Die Gutmenschen, die heute nach sozialer Vielfalt rufen, wollen sie eigentlich den Menschen in Frankreich aufzwingen, die kein Mitspracherecht haben. Aber sie hüten sich davor, es sich selbst oder ihren Familien aufzuerlegen.

Soziale Vielfalt durchsetzen zu wollen, ohne die Masseneinwanderung zu stoppen, ist keine Lösung.

Quelle: [Boulevard Voltaire](#)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## 10) Ehemaliger Prager Imam wegen Terrorismusfinanzierung zu 14½ Jahren Gefängnis verurteilt

23. 04. 2021



Samer Shehadeh - Foto: ČTK

### ***Der Angeklagte schloss mit der Staatsanwaltschaft eine Vereinbarung über Schuld und Strafe***

Der ehemalige Prager Imam Samer Shehadeh wird wegen Beihilfe zum Terroranschlag und Finanzierung des Terrorismus 14,5 Jahre ins Gefängnis gehen. Am Dienstag schloss der Angeklagte mit der Staatsanwaltschaft eine Vereinbarung über Schuld und Strafe, die anschließend vom Prager Stadtgericht bestätigt wurde. Shehadeh wurde bereits im vergangenen Jahr wegen ähnlicher Delikte zu einer zehnjährigen Haftstrafe verurteilt, so dass dieses Urteil seine Haftstrafe um 4,5 Jahre verlängern wird.

Der siebenunddreißigjährige Shehadeh gestand die Tat. Er sagte, er bereue die Tat nicht, weil er sie für richtig halte.

„Ich bin kein Terrorist“, sagte er. Er fügte hinzu, dass er nur versucht habe, gegen das verbrecherische Regime in Syrien zu kämpfen, das seiner Meinung nach einen Völkermord in dem Land begeht. Dem Mann drohen bis zu 20 Jahre Gefängnis wegen möglicher Hilfe bei dem Terroranschlag.

Ähnlich wie im vergangenen Jahr weigerte sich der ehemalige Imam, bei der Verurteilung aufzustehen. Er begründete dies damit, dass er das tschechische Recht nicht respektiere. Der Mann hatte zuvor vor Gericht erklärt, tschechische Rechtsentscheidungen seien für ihn nicht relevant, weil sie sich nicht an die islamische Scharia hielten. Die Vorsitzende des Senats, Zuzana Zápalková, verhängte deswegen eine Geldstrafe von 5.000 CZK (193 €) gegen Shehadeh.

Die Richterin erklärte, dass der Senat die Vereinbarung über Schuld und Strafe zwischen Shehadeh und der Staatsanwaltschaft anerkannt habe, weil die Strafe angemessen und im Rahmen des möglichen Strafmaßes sei. Keine der beiden Parteien habe gegen das Urteil Berufung eingelegt, sie könnten dies nur tun, wenn das Gericht entgegen der Vereinbarung entscheiden würde. Nach dem Treffen sagte der Staatsanwalt zu Reportern, dass er eine härtere Strafe vorgeschlagen hätte, wenn Shehadeh nicht geständig gewesen wäre.

Laut der Anklageschrift flog Shehadeh 2015 in die Türkei, wo er sich mit Vertretern der Terrororganisation Al-Nusra, später bekannt als Jabhat Fatah al-Sham (Front zur Eroberung Syriens), traf. Er übergab ihnen das Geld, das er in der muslimischen Gemeinde in der Tschechischen Republik und der Slowakei gesammelt hatte, um verwundete Kämpfer zu behandeln.

Gleichzeitig, so Staatsanwalt Marek Bodlák, habe er mit ihnen vereinbart, dass er neue Kämpfer für die Organisation rekrutieren und weiterhin Sammlungen organisieren werde. Shehadeh wollte auch selbst an den Kämpfen in Syrien teilnehmen, doch aufgrund von Sehproblemen stimmte er schließlich zu, dass er den Kämpfern in Tschechien nützlicher wäre.

In der Anklageschrift gegen den ehemaligen Prager Imam wird ihm außerdem vorgeworfen, einen in der Slowakei lebenden Sudanesen unterstützt zu haben, indem er ihm half, sich der Al-Nusra-Organisation anzuschließen. Er versorgte ihn mit Geld für Ausrüstung und mit den nötigen Kontakten und Informationen für die Reise. Der Mann kam im Mai 2016 nach Syrien und ließ sich zum Kommandeur einer Einheit von Frontkämpfern ausbilden, die auch Selbstmordattentate verübten und für die Einführung der islamischen Scharia kämpften. Im April 2017 wurde er laut Bodlák im Kampf getötet.

Shehadeh wurde bereits im Mai letzten Jahres für wegen dieser Vorwürfe verurteilt. Das Gericht schickte ihn für zehn Jahre ins Gefängnis. Samers Bruder Omar wurde zu elf Jahren Gefängnis verurteilt, Samers Schwägerin Fátima Hudková soll sechs Jahre hinter Gittern verbringen. Allerdings war das Paar flüchtig und das Gericht entschied in ihrer Abwesenheit. Laut Bodlák hat die Staatsanwaltschaft immer noch keine Informationen über das Ehepaar.

Der ehemalige Imam war vor Jahren für die tschechischen Geheimdienste von Interesse, als er Muslime dazu aufforderte, keine Anti-Terror-Gottesdienste gemeinsam mit Christen zu besuchen. Er verließ die Tschechische Republik im Jahr 2017, wurde dann aber beschuldigt, Mitglied einer terroristischen Gruppe geworden zu sein. Die Polizei nahm ihn in Jordanien fest. Im November 2018 wurde er nach Tschechien ausgeliefert und befindet sich seither in Haft.

Quelle: [Aktualne.cz](https://aktualne.cz) / [Remix News](https://remixnews.com)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## 11) Französische Generäle gegen den Islamismus, Macron gegen die französischen Generäle Von Giovanni Giacalone

03. 05. 2021



Emmanuel Macron und die Generäle - Foto: Centro Machiavelli

Etwa zwanzig französische Generäle im Ruhestand unterzeichneten einen Appell gegen die Ausbreitung des radikalen Islam im Land und der Verteidigungsminister kündigte Maßnahmen gegen die Unterzeichner an. Eine absurde Situation, ähnlich jener, die durch den jüngsten unglaublichen Freispruch des Mörders von Professor Sarah Halimi entstanden ist, der im April 2017 von dem Malier Kobili Traore unter dem Ruf „Allahu akbar“ vom Balkon seines Hauses geworfen wurde; den Freispruch sahen manche als dadurch „begründet“, dass Halimi Jude gewesen sei.

Die Initiative wurde von Jean-Pierre Fabre-Bernadac, einem Karriereoffizier und Direktor der Website „Place Armes“, und etwa zwanzig Generälen im Ruhestand, denen sich mehr als tausend andere Militärangehörige anschlossen, mit einem dringenden Appell an die politische Klasse gestartet.

Ein klarer, prägnanter Aufruf, ohne Wendungen und mit sicher nicht trivialen Inhalten. Das Schlüsselement ist die Gefahr der „Desintegration“ des Landes, wobei der Islamismus und die Horden in den Vorstädten Frankreichs zur Abspaltung vieler Teile der Nation führen und sie in Zonen verwandeln, die Dogmen unterliegen, welche im Widerspruch zur französischen Verfassung stehen. Dies ist inakzeptabel, weil es richtigerweise „keinen Ort oder Bezirk geben darf, in dem die Gesetze der Republik nicht gelten“.

Der Appell zielt auch auf die „antirassistische“ Kampagne, die von einigen politischen Kreisen mit dem Ziel geführt wird, Hass zwischen den Gemeinschaften zu schaffen und die Nation ihrer Identität zu berauben: „Heute sprechen einige von Rassismus, Indigenismus und dekolonialen Theorien, aber das Ziel dieser Begriffe ist der Rassenkrieg, den diese hasserfüllten und fanatischen Anhänger wollen. Sie verachten unser Land, seine Traditionen, seine Kultur und wollen es auflösen, indem sie seine Vergangenheit und seine Geschichte zerreißen“.

Es wird auch auf das Paradoxon der Polizei hingewiesen, die von den Herrschenden gegen die Bürger eingesetzt wird, die es wagen zu protestieren, die aber ihrerseits von Schlägern, die Geschäfte plündern, ins Visier genommen und bedroht wird. Erwähnenswert ist auch Samuel Paty, der Lehrer, der im vergangenen Oktober in einem Pariser Vorort von einem

Islamisten enthauptet wurde: „Wer hätte vor zehn Jahren vorausgesagt, dass eines Tages ein Lehrer vor seiner Schule enthauptet werden würde?“.

Das Militär verlangt, dass die bereits bestehenden Gesetze ohne Schwäche angewandt werden, wie es die Mehrheit der Bürger fordert, die das Zaudern und „schuldhaftes Schweigen“ der Politiker satt haben.

Worte, die der französischen Regierung und insbesondere der Verteidigungsministerin Florence Parly offensichtlich nicht gefielen. Sie drohte sofort mit Sanktionen gegen die Unterzeichner und beschuldigte sie der Insubordination und des Putschismus, während Marine Le Pen sich auf die Seite des Militärs stellte.

Dass die Exekutive mit Sanktionen drohte, sollte nicht überraschen: Denn wenn die Vorstädte in einem solchen Zustand sind und sich der Islamismus ausbreitet, kann das nur die Schuld einer unzulänglichen politischen Klasse und des fehlenden Willens sein, Ordnung und Legalität wiederherzustellen. Aber Vorsicht: Wenn Soldaten und Bürger anfangen, sich Gehör zu verschaffen, lehrt uns die Geschichte, dass es besser ist, auf sie zu hören.



Giovanni Giacalone

Forschungsbeauftragter des Machiavelli-Zentrums für politische und strategische Studien. Abschluss in Soziologie (Universität Bologna), Master in „Islamic Studies“ (Trinity Saint David University of Wales), Spezialisierung in „Terrorismus und Terrorismusbekämpfung“ (International Counter-Terrorism Institute of Herzliya, Israel). Leitender Analyst für die britische Islamic Theology of Counter Terrorism (ITCT), das italienische Team für Sicherheit, Terrorismusfragen und Notfallmanagement (Katholische Universität Mailand) und das Kedisa-Zentrum für internationale strategische Analysen. Dozent im Bereich Sicherheit für Sicherheitsmanager, Strafverfolgungsbehörden und Postgraduierte, italienischer Koordinator des europäischen Projekts Globsec „From criminals to terrorists and back“ und ist Mitbegründer der Sec-Ter- Security and Terrorism Observation and Analysis Group.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [CENTRO MACHIAVELLI](#), unserem Partner bei der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

## 12) Dänemark stoppt Einbürgerung von Kriminellen

23. 04. 2021



Bild: Flickr/www.wellingtonstravel.com, Lizenz: CC BY 2.0

### **Dänische Regierung verschärft die Regeln für Einbürgerung**

Wie eine konsequente Einwanderungspolitik aussieht, zeigt Dänemark. Nachdem das Königreich im Norden Europas kürzlich damit begonnen hat, Flüchtlinge aus Syrien mit der Begründung auszuweisen, dass die Lage in Damaskus sicher sei, stellte die Regierung von Ministerpräsidentin Mette Frederiksen nun eine Verschärfung des Einbürgerungsgesetzes vor. Frederiksen ist Sozialdemokratin, die mit einer konservativen und einer liberalen Partei koalitiert.

Anders als bisher sollen strafrechtlich verurteilte Personen von der Erlangung der dänischen Staatsbürgerschaft ausgeschlossen sein. Nach der bisherigen Regelung konnten Personen, die zu einer Freiheitsstrafe von weniger als einem Jahr verurteilt wurden, nach einer Wartezeit zur Staatsbürgerschaft zugelassen werden. Zudem soll die rechtliche Möglichkeit eines Widerrufs der Einbürgerung bei strafrechtlicher Verurteilung geprüft werden.

Verschärfungen gibt es auch für Ausländer, die dem dänischen Staat finanziell zur Last fallen: Bewerber müssen in Zukunft bei vierjährigem Aufenthalt eine Vollzeitbeschäftigung von mindestens dreieinhalb Jahren bzw. eine entsprechende selbständige Tätigkeit nachweisen.

Eine weitere Maßnahme sieht vor, dass dem Einbürgerungstest fünf Fragen zu den dänischen Werten hinzugefügt werden. Zudem werden die Antragsteller je nach Herkunft in



folgende Gruppen unterteilt: „Nordische Länder“, „andere westliche Länder“, „MENAP-Länder und Türkei“ (MENAP steht Naher Osten, Nordafrika, Afghanistan und Pakistan) sowie „andere nicht-westliche Länder“.

In einer Erklärung der dänischen Regierung wird die Verschärfung des Staatsbürgerschaftsrechts folgendermaßen begründet: „Die Erlangung der dänischen Staatsbürgerschaft ist nach Ansicht der Regierungsparteien eine große Vertrauenserklärung der dänischen Gesellschaft. Sie sind sich daher einig, dass es notwendig ist, die Regeln für die Person, die dänische Staatsbürger werden kann, zu verschärfen.“



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [ZUR ZEIT](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

### 13) CIA-Neurobiologie-Experte über die Steuerung des menschlichen Gehirns mittels RNA-Impfstoffen

30. 04. 2021



Dr. Charles Morgan - Bildquelle: MPI

## **Der Einsatz von RNA-Impfstoffen zur Steuerung des menschlichen Gehirns, erklärt von einem CIA-Neurobiologie-Experten auf einer Konferenz an der Militärakademie West Point**

Der unabhängige Journalist [Guy Boulianne](#) hat eine sehr wichtige Information über die Möglichkeit der Verwendung von RNA-Impfstoffen zur Manipulation unserer Gehirne ausgegraben. Diese Hypothese stammt nicht von einem großsprecherischen Verschwörungstheoretiker: Es war ein CIA-Neurobiologie-Experte, der sie an der Militärakademie West Point vorstellte.

Am 13. Juni 2018 hielt [Dr. Charles Morgan](#), ein Experte für Neurobiologie von der Yale University, der DARPA und der CIA, einen Vortrag vor Studenten an der Militärakademie West Point ([USMA](#)). Er sprach über die Fähigkeit, die DNA für Zwecke der Gedankenkontrolle zu verändern. [1] Dr. Morgan zeigt und erklärt den Eliteschülern des US-Militärs, wie die unter den Akronymen [CRISPR](#) (Clustered Regularly Spaced Short Palindromic Repeats) und [DREADDS](#) (Designer Receptor Exclusively Activated by Designer Drugs) bekannten Technologien alles „designen“ können.

Dr. Morgan zeigt, wie DREADDS in die menschliche DNA „infundiert“ werden können, um unser Verhalten zu kontrollieren. Diese Designer-Rezeptoren, die ausschließlich durch Designer-Drogen aktiviert werden, können neue Zellen erzeugen. Sie können bei ihren Probanden neue Erinnerungen und Verhaltensweisen erzeugen. Sie können damit auch Ihr Gedächtnis löschen oder sogar verändern. Die CRISPR-Technologie kann eingesetzt werden, um durch DNA-Editing nur bestimmte Rassen von Menschen zu töten.

Dr. Morgan erzählt Studenten der Modern War University in West Point, dass „die Technologie namens CRISPR eine Reihe von Dingen sofort verfügbar macht ... Man kann alles entwerfen. Sie können ein einzelnes Ding entwerfen, das nur einen töten würde. Was Sie tun, wenn Sie Plasmide erstellen und sie in Zellen einbringen, sendet es ein Signal und sagt, welcher Teil der DNA sich entrollen, entfalten und ein Produkt produzieren soll. Das ist die Zukunft der Medizin.“

Dr. Morgan fragt: „Was könnte man mit dieser Technologie machen, wenn man im Sicherheits- und Geheimdienstbereich tätig wäre?“. Die Zellen „können für bestimmte Aktivitäten und Zwecke ausgelegt werden. Sie können strategisch platziert werden. Sie können aus der Ferne gesteuert werden. Diese Zellsteuerungen können also „Dinge in den Gehirnen anderer Leute aktivieren lassen“.

Im Jahr 2011 schien die Technologie auf zellulärer Ebene „die programmierte Lieferung von Informationen auf Abruf“ zu steuern. Im Jahr 2018 war die Macht, die eigenen Erinnerungen und Entscheidungen eines Menschen durch die Ersatzrealität von Controllern durch Blut, Gehirn und Zellen zu ersetzen, bereits jenseits jeder Verhaltenskonditionierung durch Mobiltelefone. Für Dr. Morgan führen die neuen Möglichkeiten zu Verbesserungen bei der Lieferung und Vollständigkeit. „Warum sollte man ein digitales System haben, wenn man ein DNA-System haben kann?“, fragt er.

Dr. Morgan ist in seinem Folienvortrag ziemlich explizit: „Zellen können für bestimmte Aktivitäten und Ziele entworfen werden. Die Zellen können strategisch platziert werden. Sie können aus der Ferne gesteuert werden.“ Die neue Technologie erlaubt es seinen Controllern, „Dinge in den Gehirnen anderer Menschen zu aktivieren“. Weiter stellt sich der inzwischen an der University of New Haven lehrende Mediziner vor, wie die Kombination von „DNA-Systemen“ mit „Quantencomputing“ „eine wirklich ganz erstaunliche und zugleich

tödliche Bedrohung“ bilden kann. So kann es sein, dass die Dosis von [Pfizer und Moderna](#) einen Endpunkt in der globalen Agenda der Machthaber erreicht. [2]

### **Das Video des Vortrags von Dr. Charles Moran an der Militärakademie West Point:**

<https://www.youtube.com/watch?v=cTtIPBPSv0U&t=1s>

### **Die DNA wird in der Lage sein, Ihren Körper und Geist zu kontrollieren**

Der COVID-Impfstoff ist ein mRNA-Impfstoff, bei dem es sich um einen ganz neuen Typ handelt, der noch nie zuvor zugelassen, lizenziert und weit verbreitet wurde. Es verändert die DNA Ihres Körpers und repliziert und kontrolliert Ihren Körper. Sie ist in vielerlei Hinsicht extrem gefährlich. Dr. Morgan verrät, dass sie jetzt Bilder und Filme in DNA und Bakterien speichern und verstecken können, er sagt auch, dass nur 1 Gramm menschliche DNA das Äquivalent von 7 Milliarden iPADS speichern kann, denken Sie darüber nach, nur 1 Gramm, das ist absolut erstaunlich!!! Er sagt, dass die Informationen und Bilder auch in Bakterien auf dem menschlichen Körper gespeichert werden können, die dann in eine Schale gelegt werden können, und wenn dieselben Bakterien sich fortpflanzen, werden ihre Nachkommen auch mit denselben Informationen kodiert. Er sagt auch, dass es möglich ist, eine Zelle zu programmieren und sie auf einen beliebigen Teil des Körpers zu richten, einschließlich des Gehirns, das dann auch umprogrammiert und von einer äußeren Kraft gesteuert werden kann.

Das bedeutet, dass der Covid-19-Impfstoff alle Technologien enthalten kann, die Sie in diesem Video hören werden. Der Präzisionsgrad dieser Technologie ist so hoch, dass Miniatur-Nanoroboter in der Größe von Staubpartikeln so programmiert werden können, dass sie jeden Teil des Körpers angreifen, um eine Nutzlast oder einen Virus direkt in den Blutkreislauf, die Organe, das Gehirn, die Augen usw. zu bringen. Es kann auch in einem beliebigen Körperteil schlummern und dort unbemerkt verbleiben, bis das entsprechende elektronische Signal zur Reaktivierung geliefert wird.

Wie der Besitzer des „[End Times Watchman](#)“ Kanal schreibt, „Wenn Sie ein Christ sind, sollten Sie wissen, dass diese Impfstoffe die Luziferianer, um Ihre DNA zu ändern und ändern Sie Ihre Wahrnehmung von Gott ermöglichen. In der Tat werden Sie darauf programmiert, Ihn zu hassen! Die Bibel warnt, dass die Nationen und Völker der Erde das biblische Christentum hassen und bibelgläubige Christen verfolgen werden, und so wird es auch geschehen. Sie werden die Wahrnehmung eines jeden Menschen verändern, der diese dämonischen DNA-verändernden Impfstoffe nimmt. Dies ist ein geistlicher Krieg, er wurde in der Bibel vor fast 2000 Jahren vorhergesagt und entfaltet sich nun vor unseren Augen! Es ist auch erwähnenswert, dass sie Erinnerungen LÖSCHEN und FALSCHES installieren können, stellen Sie sich vor, wenn dies verwendet wird, um die Menschen auf der Erde zu täuschen, damit sie das Tier anbeten, und natürlich wird es das, denn das ist genau das, wofür es geschaffen wurde.“

[Michael Yeadon](#), ein ehemaliger Pfizer-Mitarbeiter und -Forscher, hat zusammen mit dem deutschen Arzt Wolfgang Wodard kürzlich eine Petition an die Europäische Arzneimittelbehörde (EMA) geschickt, in der er die EMA auffordert, die klinischen Versuche mit dem Impfstoff COVID-19 von Pfizer zu stoppen. Sie sagten, dass der Impfstoff ein Protein blockieren könnte, das für die Bildung einer Plazenta entscheidend ist, und die Ärzte sagten, dass dies „zu Unfruchtbarkeit bei geimpften Frauen führen könnte“. Daher ist es möglich, dass ein weiteres Ziel des Impfstoffs darin besteht, die Geburt neuer Weißer zu verhindern – ein Ziel, das China, Bill Gates und George Soros zu erreichen versuchen.

## China will die CRISPR-Supermacht der Welt werden



[Dr. Charles Morgan](#) berichtet über die Fortschritte des chinesischen Festlandes bei der DNA-Manipulation. Er stellt sich „Quantencomputing“ in Kombination mit einer solchen Manipulation vor. „Das ist also der Punkt, an dem das Rennen stattfindet ... Die Verschmelzung von DNA-Systemen mit Quantencomputing wird wirklich eine unglaubliche und gleichzeitig tödliche Bedrohung sein.“ US Director of National Intelligence John Ratcliffe sagte, dass China das Gen-Editing-Tool [CRISPR](#) (Clustered and Regularly Spaced Short Palindromic Repeats) verwendet, [um menschliche Embryonen zu modifizieren](#), um eine neue Generation von „Supersoldaten“ zu schaffen, die härter, länger und effektiver kämpfen können [\[3\]](#) :

„Sie wollen, dass sie die Größten sind und sie wollen auch, dass sie die Stärksten sind, also beschäftigen sie sich mit Gen-Editing – sie versuchen buchstäblich, die DNA zu verändern, um Soldaten, Matrosen und Flieger stärker und leistungsfähiger zu machen. (...) Die Botschaft ist klar: Peking will die Vereinigten Staaten und den Rest des Planeten wirtschaftlich, militärisch und technologisch dominieren. (...) Es gibt keine ethischen Grenzen für Pekings Machtstreben. (...) China stellt die größte Bedrohung für Amerika und den Rest der freien Welt seit dem Zweiten Weltkrieg dar.“ [\[4\]](#)

Die Volksrepublik China (VRC) sammelt seit Jahren die DNA der Menschen. [\[5\]](#) China plant, diese Informationen zu nutzen, um biologische Waffen zu entwickeln, die auf bestimmte ethnische Gruppen abzielen (Weiße: USA, Großbritannien, Australien, Neuseeland, Juden). [\[6\]](#) Sie haben auch Wege gefunden, DNA von Amerikanern zu erhalten, indem sie amerikanische Firmen kaufen, die DNA-Profile haben, DNA-Analysen für Ahnenforschungsfirmen subventionieren und auch jede Organisation hacken, die DNA-Profile hat. Im Jahr 2015 wurde beispielsweise entdeckt, dass die VR China Anthem, die zweitgrößte Versicherungsgesellschaft in den USA, gehackt hatte. [\[7\]](#)

Es ist klar, dass diese Technologie in zukünftigen Kriegen zum Einsatz kommen wird und von China bereits entwickelt wird. [\[8\]](#) Nachtsicht, Superkraft, Hive Minds, Gedankenkontrolle, Supergedächtnis (Hypermnésie, Hyperthymesie), Gedächtnisunterdrückung, falsche Erinnerungen, DNA-Verschlüsselung, geheime Spionagetiere und -insekten...

## Über Dr. Charles Morgan



Im Laufe von 20 Jahren an der Yale University und der Neurobiological Studies Unit des National Center for Post-Traumatic Stress Disorder hat sich Dr. Morgan durch seine neurobiologischen und forensischen Forschungen als internationaler Experte für posttraumatische Belastungsstörung (PTSD), Augenzeugengedächtnis und menschliche Leistungsfähigkeit unter Hochstressbedingungen etabliert. Er ist forensischer Psychiater und hat als Experte für Gedächtnis und PTSD vor dem Internationalen Kriegsverbrechertribunal in Den Haag ausgesagt. Dr. Morgan ist Fachexperte für die Auswahl und Evaluierung von Spezialeinheiten des US-Militärs und für Sondereinsätze.

Seine Arbeit hat Einblicke in die Psycho-Neurobiologie der Resilienz bei Elitesoldaten gegeben und zum Ausbildungsauftrag der Army Special Programs beigetragen.

Für seine Arbeit in der Special Operations Community erhielt Dr. Morgan 2008 den U.S. Army Patriotic Service Award. Im Jahr 2010 erhielt Dr. Morgan die Sir Henry Wellcome Medal and Award für seine Forschung zur Verbesserung der kognitiven Leistung unter Stress bei Spezialeinsatzkräften. Im Jahr 2011 wurde Dr. Morgan als operativer Berater mit der Asymmetric Warfare Group nach Afghanistan entsandt.

Derzeit unterrichtet Dr. Morgan den Kurs „Menschliche Sexualität“ für das Associate Physician Programm, YSM sowie forensisch verwandte Wahlfächer über Glaubwürdigkeit und indirekte Beurteilungen. ([Yale School of Medicine](#))

### Literatur:

1. MWI Video : „[Dr. Charles Morgan on neurobiology and war](#)“. Modern War Institute, 15 June, 2018.
2. Don Paul : „[Pfizer's, Moderna's mRNA Shots: Aren't Needed, Won't Protect, Do Harm, May Change DNA Forever](#)“. Don Paul – We Are Rev.
3. Alex Keown : „[Is China Using CRISPR to Create Super Soldiers?](#)“. BioSpace, December 04, 2020.
4. Amelia Wynne : „[Army of the biologically enhanced 'super soldiers': China is using 'gene editing' to make the military 'stronger and more powerful', Director of National Intelligence John Ratcliffe has warned](#)“. Daily Mail, 8 December 2020.

5. Antonio Regalado : „[China's CRISPR twins might have had their brains inadvertently enhanced](#)“. MIT Technology Review, February 21, 2019.
6. Marc Prosser : „[Inside China's Play to Become the World's CRISPR Superpower](#)“. SingularityHub, August 18, 2019.
7. Teny Sahakian : „[China is collecting the world's DNA and the reason is sinister: Gordon Chang](#)“. Fox News, 4 December, 2020.
8. I Saw The Light Ministries : „[The Assyrian Invasion of The Nations](#)“. This article was first published in 2008. Last updated/edited: Dec. 8, 2020.

Quelle: [MPI](#)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## **14) Angela Merkel will Gesundheitspolitik in der EU zentralisieren**

24. 04. 2021



Merkel und Bismarck - *Bildquelle: Les Observateurs*

Angela Merkel hat in nur zwei Tagen die tiefe Abscheu vor Demokratie und Freiheiten offenbart, die vielen europäischen Herrschern innewohnt. Nachdem sie den Bundestag dazu gebracht hat, für ein Gesetz zu stimmen, das den Ländern ihre Kompetenzen im Bereich der öffentlichen Gesundheit entzieht, fordert sie im gleichen Atemzug die Stärkung der Kompetenzen der Europäischen Union im Bereich der Gesundheit.

### **Das Infektionsschutzgesetz und das Ende des deutschen Föderalismus**

Wie vorauszusehen war, gab es eine Mehrheit der deutschen Abgeordneten, die für die Aktualisierung des Infektionsschutzgesetzes stimmte. Der neue Text erlaubt, was die deutsche Regierung – in einer sehr undemokratischen Metapher – eine „erzwungene Notstandsbremse“ genannt hat.

Es ist, als wäre die Bundesrepublik ein Zug, der auf Gleise gezwungen werden muss, von denen die Länder nicht abweichen können. Wenn die „Inzidenz“ an drei aufeinanderfolgenden Tagen auf lokaler oder regionaler Ebene 100 übersteigt, kann die Bundesregierung das betroffene Gebiet anweisen, strenge Eindämmungsmaßnahmen anzuwenden. Das Gesetz sieht dieses System bis Juni vor, aber wer kann daran zweifeln, dass es erneuert wird, jetzt der Zug erst einmal Fahrt aufgenommen hat?

Es ist die Abschaffung der Subsidiarität, auf der das deutsche Gesundheitsmanagement basiert hat – und die einen Teil des Erfolges im Kampf gegen die Epidemie im Frühjahr 2020 erklärt. Die Seuchenbekämpfungszentren waren lokal und die Gesundheitsministerien regional, das Bundesgesundheitsministerium spielte dabei nur eine koordinierende Rolle.

Es ist dieses dezentrale System, das die Kanzlerin – die mehr als die Hälfte ihres Lebens im kommunistischen Deutschland verbracht hat – für archaisch hält. Tatsächlich denkt die Kanzlerin immer noch in DDR-Koordinaten – bloß übertragen auf die BRD und die Europäische Union.

Angela Merkel will zentralisierte Steuerung der Gesundheitspolitik in der EU: „Ich glaube, dass Europa mehr Kompetenz auf dem Gebiet der Gesundheit braucht“, sagte Merkel nach der Abstimmung im Bundestag. Sie habe sogar erwogen, die EU-Verträge zu ändern, um dies zu erreichen.

Quelle: [Le Courier des Stratèges](#)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## **15) Korruptionsskandal in Brüssel: Haben Impfstoffhersteller die EU-Kommissarin bestochen? (Update)**

02. 05. 2021



EU-Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides · *Bildquelle: Europäische Kommission*

*Wir übernehmen einen topaktuellen Bericht der renommierten ungarischen Tageszeitung Magyar Nemzet in ziemlich wortgetreuer Übersetzung:*

Quelle: [BorsOnline](#) / [Magyar Nemzet](#)

Einer der größten Korruptionsskandale in der Geschichte der Europäischen Union nimmt seinen Lauf. Weil die Geschichte so unangenehm ist, sieht ein Großteil der europäischen Medien, der Presse, die sich selbst als unabhängig bezeichnet, wie üblich nichts, hört nichts, spricht nichts.

Stella Kyriakides, die Gesundheitskommissarin, die die verpuschten, verspäteten Impfstoffverträge der EU unterschrieben hat, scheint in einen Korruptionsskandal gigantischen Ausmaßes verwickelt zu sein. Manche Beobachter sind sich bereits sicher, dass sie von Impfstoffherstellern bestochen wurde.

Auf dem gemeinsamen Konto der EU-Gesundheitskommissarin und ihres Mannes tauchten nämlich unerwartet 4 Millionen Euro auf. Die zypriotische Presse spricht bereits – wörtliches Zitat – von **passiver Bestechung**.

Das Geld landete über die staatliche Cyprus Cooperative Bank auf dem Konto der Familie der Kommissarin; um einen Skandal zu vermeiden, versuchte man, die Überweisung als Darlehen zu tarnen.

Das ist weit hergeholt, denn der EU-Gesundheitskommissar hat keine Sicherheiten für einen solchen Kredit aufzuweisen. Wie ein Bericht des zypriotischen Rechnungshofs bereits festgestellt hat, wird Stella Kyriakides nicht in der Lage sein, diese riesige Summe zurückzuzahlen, weder aus ihrem Gehalt noch aus anderen Quellen, uns somit scheint ziemlich klar zu sein:

### **Es handelt sich um einen gefälschten Kredit, ergo eine Fassade für Korruption?**

Stella Kyriakides versucht, nachdem sie entlarvt wurde, sich auf jede erdenkliche Weise zu entschuldigen. Sie versucht, es so aussehen zu lassen, als ob das Geld nichts mit den EU-Impfstoffverträgen zu tun hat und davon abzulenken, dass es sich um Schmiergelder handeln könnte, die von den Impfstofffirmen für Verträge mit für sie günstigen Konditionen bezahlt wurden, um verzögerte bzw. beschränkte Lieferungen zu ermöglichen. In der Zwischenzeit schreiben die vorsichtigeren zypriotischen Zeitungen weiterhin von **passiver Bestechung**.

Es ist nicht das erste Mal, dass die EU-Gesundheitskommissarin und ihre Familie in einen gesundheitsbezogenen Korruptionsskandal verwickelt sind. Sie waren es, die vor Jahren, versteckt hinter einer Bank, die gesamte onkologische Behandlung auf der Insel Zypern privatisiert und dann, wie üblich, die Preise für die Behandlung aufgebläht haben.

Der Name der Familie, die mit Krebspatienten ein Vermögen gemacht hat, wurde zu einem Begriff im ganzen Land. Als die Situation unerträglich wurde, wurde die Angelegenheit vor das zypriotische Parlament gebracht. Alle bis auf einen Abgeordneten stimmten dafür, die Krebsbehandlung zu verstaatlichen und die Preise für die Behandlung zu senken. Stella Kyriakides ist jetzt der Gesundheitskommissar der Europäischen Union, die Unterzeichnerin der inzwischen allseits kritisierten Impfstoffverträge...

Sie soll nun Rechenschaft darüber ablegen, wie 4 Millionen Euro auf ihrem Bankkonto gelandet sind.



In Brüssel ist es im Moment still. Könnte das die Ruhe vor dem großen Sturm sein?

\* \* \*

Laut [deutschen Medienberichten](#) bestritt Kommissarin Kyriakides jede „persönliche Beteiligung“ an den Geschäften ihres Mannes.

Das zypriotische Nachrichtenportal [CircoGreco](#) schreibt:

## ΕΕ: «Ο σύζυγος της επιτρόπου Κυριακίδου ύποπτος για διαφθορά»

🕒 - 18:37 - 07/04/2021 | 🌐 Κόσμος

Η επίτροπος Στέλλα Κυριακίδου (αναφέρεται ως ΠΕΠ 8) εμφανίζεται στην έκθεση σε τέσσερις συναλλαγές στις οποίες εμπλέκεται ο σύζυγός της. Συνολική αξία των συναλλαγών γύρω στα 4 εκατομμύρια ευρώ



«Υπό πίεση βρίσκεται η ευρωπαϊκή επίτροπος Υγείας Στέλλα Κυριακίδου μετά από έκθεση της Ελεγκτικής Υπηρεσίας στην Κύπρο», γράφει η ιστοσελίδα της γερμανικής δημόσιας τηλεόρασης ARD αναφερόμενη σε ρεπορτάζ του μαγκαζίνο Panorama με τίτλο: «Ο σύζυγος της επιτρόπου Κυριακίδου ύποπτος για διαφθορά». Σύμφωνα με την έκθεση της Ελεγκτικής Υπηρεσίας [Stella Kyriakides](#) έλαβε από την Cyprus

### EU: „Der Ehemann von Kommissarin Kyriakidou wird der Korruption verdächtigt“

Kommissarin Stella Kyriakidou erscheint in dem Bericht in vier Transaktionen, an denen ihr Ehemann beteiligt ist. Gesamtwert der Transaktionen rund 4 Millionen Euro. Laut dem Bericht des Rechnungshofs erhielt ihr Ehemann Kyriakos Kyriakidis einen Millionen-Kredit von der Genossenschaftsbank Zypern, obwohl er nicht über die erforderlichen Garantien verfügte. Die zypriotischen Medien sprechen sogar von passiver Bestechung.

**Aktualisierung am 2. 5. 2021:**

Die Nachrichtenagentur [V4 News Agency \(V4NA\)](#) fragte bei Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides nach, ob sie absichtlich oder aus purer Unwissenheit einen schlechteren Vertrag als Großbritannien [unterzeichnet](#) habe. In ihrer Antwort hat die EU-Kommission weder bestritten, dass die EU einen ungünstigeren Vertrag als Großbritannien abgeschlossen hat, noch hat sie widerlegt, dass der Vertrag keine Garantien und Zusicherungen über die genaue Lieferung (Mengen und Zeitpunkte) enthält.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

**16) Epidemiologe Harvey Risch: Mehrheit der Menschen Covid-infiziert, nachdem sie geimpft wurde**

24. 04. 2021



Harvey Risch · Bildquelle: MPI

Dr. Harvey Risch, ein amerikanischer Professor für Epidemiologie an der Yale University, erklärt, dass heutzutage die meisten Menschen sich mit COVID-19 infizieren, nachdem sie gegen das Coronavirus geimpft wurden.

Dr. Risch empfiehlt, die Daten von Orten mit den höchsten Impfraten zu betrachten.

„Das beste Beispiel ist bisher Israel, wo der Impfstoff von Pfizer inzwischen mehr als der Hälfte der Bevölkerung verabreicht wurde“, so der Epidemiologe.

Jetzt treten in Israel „mehr als 60% der neuen Covid-Fälle, die behandelt werden, bei Menschen auf, die bereits geimpft wurden“, betonte Dr. Risch.

Letzten Sommer hat sich Dr. Risch für den Einsatz von [Hydroxychloroquin](#) zur Behandlung des Coronavirus ausgesprochen. Im August sagte er auf Fox News, dass die Beweise „[überwältigend](#)“ seien, dass Hydroxychloroquin das Risiko von Krankenhausaufenthalten oder Tod durch Covid-19 reduziert.

Aber Big Pharma hat eben seine Interessen mit der Komplizenschaft der WHO und der meisten Regierungen durchgesetzt...

Quelle: [MPI](#)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

### **17) Henryk Broder zur Empörung über Künstler wegen Kritik an Corona-Beschränkungen (Video)**

26. 04. 2021



Bild: Screenshot YouTube

Bekanntlich protestierten mit einer groß angelegten Internetaktion unter dem Motto #allesdichtmachen etwa 50 prominente Schauspieler gegen die Corona-Beschränkungen der Bundesregierung. Künstler wie Ulrike Folkerts, Heike Makatsch, Ulrich Tukur, Volker Bruch, Meret Becker, Richy Müller, Jan Josef Liefers und viele weitere verbreiteten bei Instagram und auf der Videoplattform YouTube gleichzeitig ironisch-satirische Clips mit persönlichen Stellungnahmen zur aktuellen Coronapolitik. Kein Wunder, dass es im „besten, freiesten Deutschland, das wir je hatten“ ([Jens Spahn](#)), so etwas nicht gerne gesehen wird und der Ruf nach Sanktionen – wie eben in bislang in Diktaturen gegen Aufmüpfige üblich – laut wurde.

## Henryk Broder: „Negativ ist das neue Positiv“

Auf seinem YouTube-Kanal geht Henryk Broder mit den Feinden der Meinungsfreiheit hat ins Gericht:

*„Schauspieler, die sich regierungskritisch in eine Debatte einmischen, das war früher ganz normal. Jetzt rügt die Kulturstaatsministerin – Herrin über wichtige Fördergelder – die Kritik an der Corona-Politik. Kollegen, empören sich über Regierungskritik im Ausnahmezustand und ein Rundfunkrat aus der SPD fordert gar einen de Boykott durch die Gebühren-Sender. Als wüssten wir nicht schon seit Tucholsky, wie positiv das Negative ist.“*

Sehen Sie hier das Video seines Statements:

[https://www.youtube.com/watch?v=uxVbRqWN\\_eM&t=126s](https://www.youtube.com/watch?v=uxVbRqWN_eM&t=126s)

**Update:** 26.04 / 20:35

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

## 18) Covid-Schikanen auf Helgoland beweisen: Maßnahmen haben nichts mit Corona zu tun

02. 05. 2021



Bild: wikimedia commons/Federal Waterways Engineering and Research Institute/(CC BY 2.0)

Bedurfte es noch eines Beweises, auf Helgoland wurde er erbracht: Nämlich, dass die „Verschwörungstheorie“, dass Ausgehverbote, Maulkorbpflicht etc. nur Disziplinierungsmaßnahmen seien und nichts mit der „Pandemie“ zu tun haben.

## **Kein einziger Corona-Fall auf Helgoland – trotzdem Schikanen**

Bekanntlich gibt es auf der einzigen Hochseeinsel Deutschland keine einzigen Coronafall, weder erkrankte noch positiv getestete Personen. Und wer dorthin will, muss sich testen lassen. Für Leute, die noch geradeaus denken können, wäre somit klar, dass die am „Festland“ (Helgoland liegt 48,5 km davon entfernt) verordneten Maßnahmen dort nicht zur Anwendung gebracht werden müssen. Warum auch? Viele werden sich fragen, wieso müssen denn die 1.300 Inselbewohner trotzdem den Schikanen unterworfen werden? Was soll das bitte für einen Sinn machen, wenn dort beispielsweise jetzt auch von 22 bis 5 Uhr Ausgehverbote verhängt werden?

## **Helgolands Bewohner werden grundlos schikaniert**

Die Antwort ist einfach: Die Maßnahmen haben nichts mit der sogenannten „Pandemie“ zu tun, sie wurden und werden aus volkspädagogischen Gründen verhängt, die Leute sollen einfach nicht mehr so leben wie zuvor. Man soll daran gewöhnt werden, dass eben bis dato selbstverständliche Grundrechte ausgehebelt werden, dass die Freiheiten, die wir als selbstverständlich betrachteten und sogar im Grundgesetz garantiert werden, ein Auslaufmodell sind. Der freie Westen war einmal – jetzt kommt der „Great Reset“. Willkommen in der „Neuen Weltordnung“.

## **„Verschwörungstheorie“ bestätigt**

Eine weitere „Verschwörungstheorie“ besagt, dass wir uns gerade in einer Testphase befinden. Man lotet aus, wie weit kann eine allfällige Unterdrückung gehen, wie reagieren die Menschen darauf? Ab welchem Zeitpunkt werden sich die Leute das nicht mehr bieten lassen und wie hält man ein aufgebrachtes Volk dann Kontrolle? Mit primitivster, verlogener Propaganda, so wie jetzt? Oder sind brutale Polizeieinsätze von Nöten und wenn ja, wie reagieren die Menschen auf solche Ungeheuerlichkeiten, wie wir sie nur aus Diktaturen kannten. Das passiert gerade, nicht oft, aber immer öfter.

## **„Laborversuch“ Helgoland**

Da kommt Helgoland als „Laborversuch“ gerade recht: Denn anhand dieses Beispiels lässt sich die Variante „Maßnahmen ohne jeglichen Grund“ die dort gerade „erprobt“ wird, genau studieren:

- Wird es zum zivilen Ungehorsam kommen?
- Werden die Leute sagen „von Wahnsinnigen lassen wir uns nichts mehr vorschreiben“?
- Oder wird man im „blinden Gehorsam“ jede Anordnung, und ist sie noch so verrückt und grundgesetzwidrig, über sich ergehen lassen?
- Kann die Parole aus dem dunkelsten Kapitel unserer Geschichte „Führer befehl, wir folgen“ wieder neu reloaded werden?
- Wird „Kadavergehorsam“ wieder Tugend? Und wenn nicht, kann man den Denunzianten, den „Blockwart“ wieder aus der Mottenkiste zu neuem Leben verhelfen? Und wenn ja, wie hoch ist der Prozentsatz solcher Lumpen in der Bevölkerung?

Und last but not least: Werden sich die durchwegs gesunden Helgoländer per indirektem Zwang, so wie wir es gerade erleben, ebenfalls „durchimpfen“ lassen müssen, um nicht als „Covidioten“ oder „Corona-Leugner“ dazustehen?

**19) CDU im Jahr 2019: „Impfverweigerern“ Kinder abnehmen und diese dann zwangsimpfen!**

22. 04. 2021



Bei der deutschen CDU brechen im Corona-Wahn offenbar alle Dämme. Dies verwundert nicht, sieht man sich eine Bundestagsrede des CDU-Abgeordneten Rudolf Henke, gelernter Mediziner, aus dem Jahr 2019 an, in der er seinen faschistischen Fantasien in Bezug auf „Impfverweigerer“ und mögliche Maßnahmen gegen diese freien Lauf ließ. Ein Warnsignal für das, was uns noch droht?

**Kinder durch Polizei abnehmen und Zwangsimpfen**

Wörtlich gab Henke zum rechtlichen Spielraum bei Masernimpfungen folgendes von sich:

*„Meine Assoziation zur Impfpflicht ist, ein Kind dessen Eltern sich weigern das Kind impfen zu lassen, bekommen Besuch von der Polizei. Das Kind wird ihnen entzogen und wird in ein Gesundheitsamt gebracht und dort wird eine Pflichtimpfung durchgeführt.“*

Video-Player

**Rudolf Henke im Bundestag 2019**

**Hier die gesamte Rede:**

**<https://www.youtube.com/watch?v=k0XWlaXI5Tw&t=13s>**

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

## 20) Jetzt sind die Kinder dran: Impfexperiment macht nicht mal vor Babys halt

30. 04. 2021



Bild: shutterstock

Besonders naive, gutgläubige und leider nach über einem Jahr Corona-Panikmache gehirngewaschene Personen glauben allen Ernstes, dass nach dem „Durchimpfen“ der Bevölkerung alles so wie vor der sogenannten „Pandemie“ weitergehen wird wie zuvor. Das wird uns derzeit dann eingetrichtert, wenn es darum geht, die Impfbereitschaft zu erhöhen.

Diese Leute haben nicht begriffen, dass gar nicht beabsichtigt ist, den Menschen ein Leben wie „vor Corona“ zu gestatten. Das Gegenteil wird der Fall sein. Jetzt kommen auch die dran, die laut Statistik von Corona praktisch überhaupt nicht gefährdet sind: Kinder und in weiterer Folge sogar Babys! Und diese Experimente mit ungewissem Ausgang sollen erst im Jahre 2022 ihren Höhepunkt erreichen, so Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Werfen wir nun einen Blick auf das, was gerade medial verkündet wird:

### **Merkel: Impfungen ab Sommer und 2022**

„Impfungen für Kinder erst 2022 – Merkel warnt vor Situation an Grundschulen“ teilt uns [NTV](#) mit; „ab Sommer [sollen] auch Jugendliche im Alter zwischen 12 und 15 Jahren mit Biontech geimpft werden können“, so die Kanzlerin am 26. April am Impfgipfel mit den Bundesländern. Man werde „also im Herbst eine schwierige Situation an den Grundschulen haben. Dort müssen wir uns auf den Betrieb mit ungeimpften Kindern einstellen.“ Es werde „noch sehr, sehr lange dauern, bis es einen Impfstoff für Kinder unter 12 Jahren geben werde“, sagte die Kanzlerin „und mit sehr lange, meine ich, nicht vor Frühjahr 2022...“ Frage: Warum haben wir jetzt kein Problem mit „ungereimten Kindern?“. Sterben die etwa gerade wie die Fliegen? Bis jetzt, Gott sei Dank noch nicht.

## Schweiz: Impfungen für 16-Jährige ab 6. Mai

Lebensrettende Frohbotschaften gibt es auch aus der Schweiz. Die [Neue Züricher Zeitung](#) berichtet, dass „der Kanton Jura und das Wallis Jugendliche ab 16 Jahren zur Impfung zulassen.“ Am 6. Mai soll es losgehen. Dann „kann sich die gesamte Bevölkerung ab 16 Jahren impfen lassen“.

### „Impfungen für Kinder“ als „Weg aus der Pandemie“

„Impfung von Kindern ab 12 vor neuem Schuljahr angepeilt“ lautet die Überschrift eines Artikels in der [ZEIT vom 29. April](#), wo man erfährt, dass „Kinder und Jugendliche ab 12 Jahren möglicherweise bereits vor dem neuen Schuljahr gegen Corona geimpft werden können“. Dort erfährt man auch was der Biontech-Chef Ugur Şahin zum Besten gibt: „Wir haben die Studiendaten für die 12- bis 15-Jährigen in den USA für die bedingte Zulassung eingereicht, in Europa sind wir in den letzten Zügen vor der Einreichung“. Und auch die Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) kommt in der genannten Zeitung zu Wort: „Ein Impfstoff für Kinder und Jugendliche wäre ein entscheidender Fortschritt auf dem Weg raus aus der Pandemie“, sagte sie. „Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, den kleinsten und jungen Menschen in unserem Land möglichst rasch wieder ihre Freiheiten und ein unbeschwertes Leben zurück zu geben.“

### 6.750 Babys und Kinder als Versuchskaninchen

Zum Abschluss noch die Hammermeldung: „Moderna testet Impfstoff an Tausenden Babys und Kindern“, lautet die Überschrift eines Artikels der [Frankfurter Rundschau](#). Und weiter – wir zitieren wörtlich: „Dafür sollen circa 6.750 gesunde Kinder im Alter von sechs Monaten bis elf Jahren an ihrer klinischen Studie teilnehmen.“ Und wie die freiwilligen Probanden mitunter reagieren erfahren wir auch auf fr.de: „Die Schwestern Zoe (15) und Esme (12) Campbell haben sich freiwillig im Rahmen der Studie gegen das Coronavirus impfen lassen. Das Pflaster danach ist für sie eine Art ‚Ehrenabzeichen‘, wie sie einem amerikanischen Portal erzählen“

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## 21) Great Reset durch Negativzinsen ab dem ersten Euro?

22. 04. 2021



Bildquelle: MPI



Es besteht kein Zweifel, dass die Kosten für das Covid-19-Programm irgendwie aus unseren Taschen als Steuerzahler und Sparer kommen werden. Dies wird im Projekt „Great Reset“, das von Klaus Schwab, dem Chef des Weltwirtschaftsforums, unterzeichnet wurde, ausdrücklich festgestellt. Und jetzt, wie von Geisterhand, ist die Idee der negativen Zinsen auf unseren Bankkonten wieder aufgetaucht.

Die belgische Seite von RTL Info schreibt dazu:

*Einige Banken, wie z.B. ING und TRIODOS, haben in letzter Zeit Negativzinsen auf große Einlagen von Privatpersonen und Unternehmen erhoben oder sich sogar erlaubt, regulierte Sparkonten in normale Konten umzuwandeln, um die Zahlung des Mindestzinssatzes von 0,11% zu vermeiden.*

*Diese Bewegung wurde gerade gestern durch die Entscheidung der ING verstärkt, einen Negativzins von 0,5% auf Konten von mehr als 250.000 € für Privatpersonen und Unternehmen in Belgien einzuführen.*

Der Vorwand ist ganz offensichtlich.

*Ziel ist es, Investitionen und Risikobereitschaft von Unternehmen und Haushalten zu stimulieren. Das Prinzip ist, dass diese Investitionen das Wachstum stimulieren, aber auch die Schaffung von Arbeitsplätzen und damit die Kaufkraft der Haushalte und damit auch das Wachstum. All diese Dynamik sollte eine nicht sehr valide Wirtschaft unterstützen.*

Beim Lesen dieser ersten Zeilen werden sich viele sagen, dass sie nicht betroffen sind, weil sie keine 250.000 € auf der Bank haben. Aber RTL Info macht deutlich, dass dies früher oder später, und wahrscheinlich früher als viele denken, Kleinsparer ab dem ersten Euro auf dem Konto direkt treffen wird!

Was ist mit Kleinsparern?

Eine deutsche Bank (Volksbank Raiffeisenbank) hat bereits ab dem ersten eingezahlten Euro einen Negativzins angewandt und zielt damit direkt auf Kleinsparer ab. Andererseits ist zu befürchten, dass diese „Bodensätze“ zu einem leichten Abschmelzen des Vermögens der Sparer führen, da die Zinsen die Lebenshaltungskosten nicht ausgleichen. Was bliebe also übrig? Nicht jeder will oder kann es sich leisten, das Risiko an der Börse einzugehen oder hat die Mittel, in Immobilien einzusteigen.

Hier sollte man genau beobachten, vor allem um zu sehen, wie die Bundesregierung einen möglichen Schritt der Banken in diese Richtung gestaltet.

Man hat Sie gewarnt....

Quelle: [MPI](#)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## 22) Digitalisierung – Ein weiterer Weg in die Diktatur

01. 05. 2021



Bild:

*pixabay/geralt/*

Digitalisierung ist seit längerer Zeit ein beliebtes Schlagwort aller Politikdarsteller. Jeder macht sich für die Digitalisierung stark. Doch was soll man unter diesem Schlagwort verstehen? Digitalisierung ist offenbar ein Begriff, der über die simple Computerisierung und Automatisierung hinausgeht. Man muss sich vergegenwärtigen, was die Computerisierung gebracht hat:

Viele sich wiederholende Vorgänge wurden durch die Computerisierung automatisiert. Dies brachte vor allem in Produktionsprozessen eine unerhörte Effizienzsteigerung. Man denke beispielsweise an die Fertigung elektronischer Baugruppen, die in den Anfangsgründen des Elektronikzeitalters noch händisch bestückt wurden, in der Zwischenzeit jedoch ohne irgendeine menschliche Intervention vom Fließband direkt in die Verpackung gelangen. Noch phantastischer ist die moderne Autoproduktion: Der Kunde füllt beim Kauf ein seitenlanges „Wünsch-Dir-Was“ aus. Dieser individuelle Auftrag wird dann zusammen mit Millionen anderen Aufträgen gebündelt und über die gesamte Logistikkette automatisiert abgearbeitet und letztlich fahren Millionen maßgeschneiderte Autos vom Band und können so ausgeliefert werden.

Soweit zu den unbestreitbaren Erfolgen der Automatisierung.

Über simple Automatisierungsvorgänge hinaus, sind jedoch in der Zwischenzeit alle möglichen Interaktionen des menschlichen Lebens automatisiert worden. Angefangen hat es mit simplen Banküberweisungen. Es ist sicher praktisch, vom Computer oder vom Smartphone aus, einen Blick auf sein Konto zu werfen und gegebenenfalls Transaktionen durchzuführen. Dies ist solange vorteilhaft, als im Notfall auch die Möglichkeit besteht, in eine Bankfiliale zu gehen und diese Transaktion am Schalter durchzuführen. Falls diese Möglichkeit nicht mehr existiert, kann es gefährlich werden. Man stelle sich vor, der Computer ist defekt und man hat seine Zugangs-codes nicht anderwärtig gespeichert. Da kann die Sache mühsam werden.

Auch wenn alles funktioniert, werden Banktransaktionen „aus Sicherheitsgründen“ immer mühsamer. Entweder benötigt man wieder ein Handy dafür um den Tan-Code zu empfangen (was ist, wenn das Handy gerade mal aus irgend einen Grund nicht funktioniert), oder man hat eine komplizierte Installation am Computer oder Smartphone durchgeführt, die dann bei einem neuen Gerät wiederholt werden muss.

### **Transaktionen dauerhaft nachvollziehbar**

Die Sache hat aber einen wesentlich größeren Haken. Jede elektronische Transaktion kann und wird in irgendeinem Computer dauerhaft gespeichert. Bei einem Geschäftskonto ist dies ein Muss, um eine Überprüfung zu erleichtern. Bei Privatkonten ist dies ein lästiger Nebeneffekt, den man in Kauf nehmen muss, wenn man elektronisch zahlt. Sollte eines Tages das Bargeld abgeschafft werden, ist der bargeldlose Zahlungsverkehr einer der Pfade in die Diktatur.

In der Zwischenzeit sind jedoch nicht nur Banktransaktion mit dem Computer oder Smartphone möglich, sondern auch eine Vielzahl anderer Transaktionen des menschlichen Lebens. Dies beginnt bei der Steuererklärung, die nur mehr elektronisch akzeptiert wird und endet bei Einkäufen im Internet über die verschiedensten Portale. Solange einem der Weg in das Geschäft ums Eck offenbleibt, sind Einkäufe im Internet sicher bequem und erfreuen sich steigender Beliebtheit. Sollte jedoch der Händler ums Eck wegfallen, werden die gravierenden Nachteile des Kaufens im Internet offenkundig:

- Keine individuelle Beratung, was teuer werden kann
- Bezahlung wieder nur elektronisch, also überprüfbar
- Ständige Wege auf die Post wegen der Retouren, was den Vorteil des Kaufens im Internet konterkariert
- Probleme, falls die Ware am Postweg verloren geht
- Zahllose Emails, die verwaltet werden müssen
- Verlust des Einkaufserlebnisses „shoppen“

**Ein bislang einfacher Vorgang (Einkauf) wird zu einem komplizierten, fehleranfälligen bürokratischen Prozess. Diese Verkomplizierung des täglichen Lebens ist ein wesentliches Merkmal der Digitalisierung.**

Zwar haben fast alle Portale irgendeine „Hotline“ für Problemfälle, jedoch sind diese in der Regel mühsam: Man wird zuerst von einer Telefonzentrale automatisiert angewiesen, irgendeine Durchwahl anzuwählen. Hier beginnt ein neues Prinzip, das für die Digitalisierung charakteristisch ist: man kommuniziert nicht mehr mit einem hoffentlich vernunftbegabten Menschen, sondern mit einem Computer, der nur vorgedachte Möglichkeiten abarbeiten kann. Hat man ein, vom Computer nicht antizipiertes Problem, wird es nun wirklich schwierig. Man muss irgendeine andere Durchwahl wählen, um so wieder auf die-Mensch-zu-Mensch-Schnittstelle zurückzufallen, in der Hoffnung doch noch mit einem leiblichen Wesen zu kommunizieren. Manche Portale (wie z.B. von Microsoft) treiben den Irrsinn noch weiter: Die Antwort auf ein Problem gibt der Computer. Hat der Computer die Problemstellung nicht richtig verstanden, so hat man eben Pech gehabt.

### **Entmenschte Gesellschaft**

Dieser Verlust der Mensch-zu-Mensch-Schnittstelle ist ein weiteres wesentliches Merkmal der Digitalisierung. Der Ersatz durch eine Mensch-Maschine-Schnittstelle ist hingegen

erstens extrem fehleranfällig und zweitens auch extrem fehlerintolerant. Man kann eine durchgängig digitalisierte Gesellschaft daher auch als eine völlig entmenschte Gesellschaft betrachten.

### **Computer als sturer und uneinsichtiger „Tyrann“**

Der Einzelne ist einem Computer völlig hilflos ausgeliefert. Was der Programmierer nicht vorgedacht hat, kann der Computer eben nicht. Eine „künstliche Intelligenz“ von Computern kann es nicht geben, da ein Computer nur Prozeduren abarbeiten kann, die irgendwer vorgedacht hat. Alles was vom Programmierer nicht berücksichtigt wurde, fällt zwangsläufig unter dem Tisch. Der Computer spielt jetzt die Rolle eines sturen, engstirnigen und uneinsichtigen Tyrannen. Den Machteliten wird es somit möglich, zwischen sich selbst und dem Volk eine unsichtbare Wand zu errichten. Die Macht der Mächtigen wird auf diese Tour vollkommen anonymisiert. Der Einzelne hat auf dieser Ebene keine Möglichkeit der Gegenwehr. Es bleibt ihm nur die Resignation.

Probleme mit dem Computer können jetzt unbeabsichtigt sein, wenn der Programmierer schlampig programmiert hat, oder aber auch beabsichtigt. Der Betroffene hat keine Möglichkeit herauszufinden, ob hinter einem „Problem“ vielleicht Politik oder irgend eine Schikane steckt. Durch die Vernetzung mit allen möglichen Daten kann man Einzelne beliebig schikanieren, ohne dass dies nachweisbar wäre. „Querulanten“ kann man auf diese Tour das Leben beliebig schwer machen.

### **Qualität der Waren nicht mehr vordergründig**

Die technischen Vorläufer der Digitalisierung sind bis zum Anfang der Neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zurück verfolgbar. Damals entstand in großen Firmen oder internationalen Konzernen die Tendenz alle Abläufe unter dem Deckmäntelchen der „Qualitätssicherung“ zu formalisieren. Die Hype um die diversen ISO-Zertifizierungen ist bereits Legende. Nicht mehr die tatsächliche Qualität eines Produktes war in einer Lieferkette ausschlaggebend, sondern die Zertifizierungen der Firma, die es produziert hatte. Es soll hier nicht geleugnet werden, dass komplizierte bürokratische Abläufe genau geregelt werden müssen, um Chaos zu vermeiden. Diese Regeln müssen irgendwo niedergeschrieben und deren Einhaltung auch überprüft werden.

### **Update-Terror**

Allerdings gibt es in jedem Betrieb auch Dinge, die sich nicht schematisieren lassen. Diese Dinge betreffen alles, was mit Kreativität zu tun hat. Wir Europäer bilden uns viel auf unsere Kreativität ein, die durch die Schematisierung von Abläufen behindert wird. Trotzdem wurde versucht, auch die Kreativität in das enge Korsett von irgendwelchen Vorschriften zu zwingen, was dann zu einer Kostenexplosion in so manchen Entwicklungsabteilungen führte und im Weiteren zu einem Argument, eben diese Abteilung in ein Billiglohnland auszulagern. Beispielsweise sind die Softwareschmieden in Bangalore dadurch legendär geworden. Diese Art der schematisierten Softwareentwicklung hat uns den fast täglichen Update-Terror beschert, da die Produktqualität durch diesen Bürokratismus gelitten hat.

### **Bürokratische Prozeduren statt Hausverstand**

Wesentlich an dieser ganzen ISO-Tyrannie war, den normalen Hausverstand auszuschalten und durch bürokratische Prozeduren zu ersetzen. Im Nachhinein betrachtet erscheint dieser Trend als eine wesentliche Voraussetzung für die spätere Digitalisierung. Nur durch die Schematisierung aller Abläufe waren diese später auch programmierbar. Es soll hier diese

Entwicklung nicht ausschließlich negativ konnotiert werden, jedoch muss nochmals darauf hingewiesen werden, dass nicht alles im menschlichen Leben schematisierbar ist. Dabei kam insbesondere der Wert erfahrener Mitarbeiter in großen Firmen unter die Räder. Erfahrung war plötzlich negativ besetzt, da der Erfahrene wusste, was möglich war und was nicht, ohne dass er dazu irgendein stundenlanges Meeting für Brainstorming mit unwissenden Managern benötigte. Managern waren solche Leute suspekt und wurden deshalb schnell in Frühpension geschickt.

### **Statt Politiker mit Lebenserfahrung geben „Experten“ den Ton an**

In der Politik können wir heute eine ganz ähnliche Entwicklung sehen: Immer mehr treten irgendwelche Jungspunde als Politiker auf, denen es sowohl an Lebenserfahrung als auch am Hausverstand mangelt. Solche Politikdarsteller sind dann ganz besonders leicht manipulierbar, wie man in der aktuellen Corona-Hysterie sehen kann. Politik wird derzeit von „Experten“ vorgegeben, die computerhaft und digital agieren und den Politikdarstellern eindimensionale Maßnahmen als alternativlos einreden. Irgendeine Abwägung verschiedener (Rechts-)Güter erfolgt nicht mehr, was eigentlich die Aufgabe der Politik wäre.

**Die digitale Welt ist eine Entweder-Oder-Welt. Eine qualitative Abwägung verschiedener Interessen kann es gar nicht geben. Die Digitalisierung kollidiert offensichtlich mit dem Prinzip des demokratischen Ausgleichs verschiedener Interessensgruppen. Gesellschaftliche Großkonflikte sind in der Digitalisierten Welt vorprogrammiert.**

Die gegenwärtige Corona-Hysterie ist somit ein Beispiel, was in einer komplett digitalisierten, entmenschten Welt auf uns zukommt.

### **„Usernamen“ ersetzen Persönlichkeit**

Ein weiterer, immer lästiger werdender Aspekt der Digitalisierung ist Besserwisserei der Computeranwendungen. Besonders penetrant ist der Passwort-Terror! Man darf sich nicht mehr irgendein Passwort aussuchen, sondern das Passwort muss aus „Sicherheitsgründen“ irgendwelche Anforderungen erfüllen. Hinzu kommt, dass manche Anwendungen regelmäßig wieder aus „Sicherheitsgründen“ eine Änderung des Passworts einfordern. Dies führt dazu, dass man in der Regel für jede Applikation ein eigenes Passwort benötigt. Das Ganze läuft auf eine völlige Entmündigung des Benutzers hinaus. Diese Entmündigung ist ebenfalls eine weitere Eigenheit der Digitalisierung. Der Mensch ist nicht mehr durch seinen Namen und vielleicht noch einer Sozialversicherungsnummer definiert, sondern durch eine Vielzahl von „Konten“ mit Username und Passwörtern.

**Der Mensch soll daran gewöhnt werden, dass der Computer eben alles besser als der dumme Benutzer weiß. Diese Tendenz korrespondiert wieder mit dem bereits angesprochenen „Expertenterror“, der sich grundsätzlich als alternativlos präsentiert.**

Die Digitalisierung entwickelt sich mehr und mehr zu einer eigenständigen Ideologie, ähnlich wie der ISO-Terror. Ihre Jünger versuchen grundsätzlich alles zu digitalisieren, egal ob der betroffene Ablauf dafür geeignet ist, oder nicht. Es wird versucht hochkomplexe Abläufe (wie z.B. Baueinreichungen) zu automatisieren, was dann zu Dysfunktionalitäten führt, da es unmöglich ist, alle möglichen eintretenden Fälle in einem Programm vorherzusehen.

Das Schlimmste an der Digitalisierung ist jedoch ihre Anfälligkeit gegenüber unerwarteten Ereignissen, wie beispielsweise eines großflächigen Stromausfalls, provoziert durch die unsinnige Energiepolitik. In so einem Fall kommt die digitalisierte Welt zum Erliegen mit unvorstellbaren Konsequenzen. Ein länger andauernder Stromausfall wird zweifellos in der total durchdigitalisierten Welt aus vielerlei Gründen unzählige Menschenleben kosten.

### **Die digitalisierte Welt ist also eine Welt, die gekennzeichnet ist durch**

- Entpersonalifizierung des Menschen
- die totale Überwachung und Schikanieren jedes Einzelnen,
- den Verlust der menschlichen Interaktion, wodurch keine Fehlerkorrektur oder Anpassung an spezielle individuelle Anforderungen möglich ist,
- Vorschriften, die selbstständiges Denken ersetzen sollen,
- die Schematisierung des menschlichen Denkens, wodurch ein Verlust an Kreativität und Individualität entsteht,
- den Zwang zur totalen Konformität jedes Einzelnen, insbesondere ein inhärenter Zwang zur „politischen Korrektheit“,
- die totale Regulierung aller Lebensbereiche,
- computerhafte, digitale Entscheidungen ohne Konfliktlösungsmöglichkeiten.
- totale Vulnerabilität gegenüber Defekten.

Offenbar ist die Digitalisierung der Weg, um einen Einheitsmenschen zu schaffen, als Basis für den „Green Deal“ und den Aktionärssozialismus. Wem wundert es, dass die Digitalisierung eines der Hauptziele des „Great Reset“ ist?

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

### **23) Österreich führt Corona-Apartheid nach israelischem Vorbild ein**

24. 04. 2021



Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP), Freund von Klaus Schwab und Bill Gates sowie Sprössling eines gewissen George Soros, hat in den vergangenen Monaten keinen Hehl aus seinen Plänen gemacht, ein Corona-Apartheidsmodell nach dem Vorbild Israels einführen zu wollen. Immer wieder besuchte er dafür den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu und holte sich Tipps zu Impfungen und grünem Impfpass. Und nun ist die Umsetzung beschlossene Sache. Mit Ende Mai wird Österreich in eine Zweiklassen-Gesellschaft geteilt, jene mit Privilegien dank Impfung und jene ohne Privilegien, die entrechteten „Ungeimpften“.

### **„Neue Normalität“ ist Diktatur**

Die von Kurz und seinen Grünen Steigbügelhaltern immer wieder betonte „neue Normalität“ entpuppte sich nun als plumpe Diktatur mit einem Apartheidsystem. Scharfe Kritik kommt von der Oppositionspartei FPÖ. Diese sieht keine Anzeichen von Normalität oder gar wieder zu erlangenden Freiheiten. Im Gegenteil, [Klubobmann Herbert Kickl betont](#), dass weiter FFP2-Maskenpflicht, Testpflicht oder eine Kombination aus beidem herrsche. Die Corona-Apartheid werde mit der Ausgabe des ‚Grünen Passes‘ schließlich weiter perfektioniert und auf die Spitze getrieben.

*„Dieses Belohnungs- und Bestrafungsmanagement entspricht ziemlich genau dem „Social Scoring“, mit dem die chinesische Diktatur die Bürger überwacht“, so Kickl.*

Die Demokratie bleibe jedenfalls schon lange auf der Strecke, so die Kritik. Wohin die Reise geht, sieht man am Beispiel Israels, wo man mittlerweile alle 6 Monate (!) gleich zwei Mal gegen Corona impfen muss, um grundlegende Freiheiten ausüben zu dürfen. Unsere Redaktion [berichtete bereits darüber](#).

### **Test- und Registrierungspflicht als weitere Schikanen**

Neben dem grünen Impfpass, wird es aber auch weitere Schikanen für die österreichische Bevölkerung geben. So etwa eine Test- und Registrierungspflicht (die schon einmal vom Verfassungsgericht aufgehoben wurde!) für den Eintritt in Restaurants, Hotels und Kulturbetriebe.

[FPÖ-Chef Norbert Hofer](#) sieht in diesen Maßnahmen nichts anderes als das Einführen einer indirekten Test- oder Impfpflicht.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

**24) Interview mit Tymoteusz Zych: „Ein konservatives Europa erwacht unter polnisch-ungarischer Führung“**  
Von Barnabás Heincz

25. 04. 2021



Tymotheusz Zych, Vizepräsident des polnischen Ordo Iuris Instituts für Rechtskultur ·  
Foto: Magyar Hírlap/Tamás Purger

*Seit Jahren arbeiten konservative NGOs und Institute daran, ein Gegengewicht zum gut organisierten Soros-Netzwerk aufzubauen, und Mitteleuropa steht an der Spitze dieser Bewegung, erklärte Tymotheusz Zych, Vizepräsident des polnischen Ordo Iuris Instituts für Rechtskultur, in einem Interview mit dem Nachrichten- und Meinungsportal Mandiner.*

**Ordo Iuris arbeitet seit 2020 mit dem Zentrum für Grundrechte in Budapest zusammen. Der Direktor des Zentrums für Grundrechte sprach kürzlich über das „Europäische Erwachen“, ein Begriff, der immer häufiger verwendet wird. Was meinen Sie damit?**

Ich bin mir sicher, dass sich die europäische politische Szene bald verändern wird, und dass diese Veränderung nicht nur die Politik, sondern auch den Hintergrund stark beeinflussen wird. Seit vielen Jahren beobachten und sehen wir, wie das konservative Europa aufgebaut und gestärkt wird, mit echten Bürgern und ihren Organisationen, die hart arbeiten -

*es ist eine neue Linie, ganz und gar nicht wie die Open Society.*

Diese NGOs, diese Organisationen, die an dem Konzept eines konservativen, auf Werten und Erbe basierenden Europas arbeiten, haben jedoch kein internationales Netzwerk, doch das wird sich durch unsere Zusammenarbeit ändern. Zu lange wurde die politische und gesellschaftliche Landschaft von den ausländisch finanzierten Organisationen von George Soros dominiert.



### **Wird es eine konservative Opposition im zivilen Leben geben?**

Es entsteht eine konstruktive Opposition. Heute repräsentiert die Mehrheit der NGOs und NGO-Netzwerke nicht unsere Gesellschaft als Ganzes, sie bilden nur ein extremes Narrativ, und das muss aufhören.

### **Es ist einfach, konservative Organisationen in Mitteleuropa zu finden, doch Sie wollen eine Zusammenarbeit auf europäischer Ebene schaffen. Können Sie einige Namen aus der westlichen Hälfte des Kontinents nennen?**

Wir haben sowohl in West- als auch in Mitteleuropa viele Verbündete gefunden, und die Namen werden in den kommenden Wochen bekannt gegeben. Generell gibt es im Westen eine Menge konservativer Werte, eine Menge Organisationen und Verbände, aber bisher gab es kein Beispiel für eine Zusammenarbeit zwischen ihnen auf europäischer Ebene – wir müssen auf diese Ebene gehen, wir können uns nicht gegenseitig allein lassen.

*Zum Beispiel ist die Europäische Volkspartei derzeit ein politisches Netzwerk von Politikern, nicht von Werten,*

doch jetzt ist es an der Zeit, ein paralleles politisches Netzwerk aufzubauen, das die Stärken eines konservativen Europas vereint und auf Werten basiert. Das Erwachen hat begonnen, alle wollen zusammenarbeiten, gemeinsam bauen – und das Wichtigste ist der akademische, wissenschaftliche Hintergrund für dieses Gebäude.

### **Was meinen Sie damit?**

Akademische Zusammenarbeit, ein intellektueller Hintergrund. Wir arbeiten derzeit daran, eine neue Plattform im akademischen Bereich zu schaffen, ein Medium, das weitgehend auf das Internarium ausgerichtet ist, aber auch neue internationale Grenzen in der bisher stark zensierten akademischen Welt eröffnet. Heute ist die Redefreiheit eingeschränkt, es gibt keinen Raum für Debatten, die Wissenschaft wird mundtot gemacht, wenn sie vom Mainstream abweicht, man denke nur an die Arbeit von Sir Roger Scruton. Wir müssen einen Raum für Debatten schaffen, der unserer Zivilisation hilft, sich zu entwickeln, und Polen und Ungarn werden die Hauptakteure dieser Initiative sein.

### **Das Thema des europäischen Erwachens wurde auch bei dem Treffen Salvini-Morawiecki-Orbán angesprochen. Das Zentrum für Grundrechte und Ordo Iuris arbeiten nun an einer Allianz. Ist das nicht eigentlich ein politisches Hinterzimmerprojekt?**

Es ist nicht politisch im modernen Sinne, vergessen Sie die machiavellistische Vorstellung von Politik, bei der es um Machtgewinn und Machterhalt geht. Die Grundlage dieses Bündnisses ist nicht die Macht, sondern das Gemeinwohl, die Werte, unser gemeinsames Erbe, und in diesem Sinne ist es teilweise politisch, denn es wird den Interessen von uns allen, den Interessen unserer Nationen dienen. Es gibt keinen Platz für Parteipolitik, aber es kann ein Dach für Intellektuelle sein, das das politische Projekt eines neuen Europas inspiriert.



Die Führung des Ordo Iuris in Budapest: Jerzy Kwaśniewski, Karolina Pawłowska, Tymoteusz Zych. Foto: Tamás Purger, Magyar Hírlap

### **Inwieweit können Veränderungen in der Parteipolitik eine solche Allianz beeinflussen?**

Veränderungen in der Parteipolitik können jederzeit kommen, aber unser Ziel ist es, einen intellektuellen Rahmen für die Politik zu schaffen. Der institutionelle Hintergrund des linken postmodernen Neomarxismus ist sehr stabil, er arbeitet im engen Bündnis mit den Parteien der aktuellen Politik und hat fast alle Bereiche erobert. Dem muss entgegengewirkt werden, der konservativen Politik muss Stabilität verliehen werden und die Politiker müssen unter Druck gesetzt werden, an Werten und im öffentlichen Interesse zu arbeiten.

**Die Idee einer konservativen akademischen Zusammenarbeit wurde auch im Rahmen der V4 ins Spiel gebracht, aber die Tschechische Republik und die Slowakei zogen sich aus der Initiative zurück, und der Vorschlag scheiterte. Gibt es einen realistischen Bedarf für eine solche Zusammenarbeit? Wie Sie sagten, gibt es eine Menge politischen und ideologischen Druck auf die Wissenschaft, und die Teilnehmer könnten leicht zur Zielscheibe werden.**

Das ist genau das, was wir betonen wollen, dass es einen enormen Druck auf die Wissenschaft gibt: Wenn Sie heute über Gendertheorie schreiben, auf einer rein fachlichen Basis, auf einer kritischen Basis, werden Sie unmöglich gemacht. Wir müssen eine Plattform schaffen, die ein Ort für echte, rationale Debatten ist – in Polen gab es Fälle, in denen Universitätsdozenten entlassen oder strafrechtlich verfolgt wurden, weil sie völlig unabhängig und auf Fakten basierend Pro-Familien- oder Pro-Life-Meinungen geäußert haben. Die polnische Regierung bekennt sich zur akademischen Freiheit und wir setzen die Plattform für echte Meinungsfreiheit und akademische Freiheit in die Praxis um!

Mitteleuropäische Intellektuelle stehen hinter der Initiative, und es gibt viele westliche Unterstützer: Adrian Vermeule und Gladen Pappin aus den Vereinigten Staaten, Chantal Delsol und Gregor Puppincq aus Frankreich und Andreas Kinneging aus den Niederlanden, um nur einige zu nennen. Das Mathias Corvinus Collegium ist für uns ein besonders gutes Beispiel: Aus unserem Wissenschaftsprojekt ist ein neues Projekt im Bereich der Wissenschaft und Technologie entstanden.

*Unser Ziel ist es, eine neue Institution mit Sitz in Warschau zu gründen, die über ein umfangreiches internationales Netzwerk verfügt,*

mit den Schwerpunkten Menschenrechte, Mitteleuropa, Politikwissenschaft oder auch klassische Architektur. Polnische Staatsakteure sind an dem Projekt beteiligt, und die ungarische Unterstützung ist beträchtlich – eine neue Plattform für die Wissenschaft, eine neue Institution für die Wissenschaft! Langfristig sind es Initiativen wie diese, die Europa und unser Leben prägen und die Grundlagen unserer Gesellschaft bestimmen werden.

### **Ist die klassische Architektur die neue Form des konservativen Aufbruchs?**

Alles ist Teil eines großen Systems, das auf philosophischen Annahmen, auf unserem Verständnis der Welt beruht. Die Frage ist, ob wir die klassischen Vorstellungen von „richtig, gut und schön“ akzeptieren oder ablehnen. Die materielle und die nicht-materielle Dimension der Realität sind direkt miteinander verbunden. Recht ist wichtig, aber ebenso wichtig ist die Rolle der klassischen Architektur, die heute nur noch an wenigen Orten als gelehrte Disziplin zu finden ist. Die Sehnsucht nach Schönheit ist groß, den Menschen fehlt es an Vergnügen, und die Moderne kann es oft nicht bieten. Unsere Gesellschaft braucht das Schöne, das Traditionelle, und auch ein klassisches Gebäude ist Teil des neuen Kurses – wir müssen einen neuen Raum schaffen. Wir können nicht vorankommen, wenn wir unsere Sache nur in einem Bereich vorantreiben und andere Aspekte ignorieren.

**Tymoteusz Zych** ist ein polnischer Rechtsanwalt, Advokat, stellvertretender Vorstandsvorsitzender des Ordo Iuris Instituts in Warschau und akademischer Dozent. Er ist stellvertretender Vorsitzender des Vereins der Bürgerinitiativen, einem unabhängigen Netzwerk von Organisationen der polnischen Zivilgesellschaft. Autor zahlreicher Gutachten, Rechtsgutachten und wissenschaftlicher Arbeiten auf dem Gebiet des Menschenrechtsschutzes, des Familienrechts, des Verfassungsrechts und des Völkerrechts.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [MANDINER](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## 25) Ein Hochgeschwindigkeitszug für die V4 im nächsten Jahrzehnt

01. 05. 2021



Bildquelle: Visegrád Post

Eines der Ziele der Zusammenarbeit zwischen den vier Ländern der Visegrád-Gruppe ist die Intensivierung der gegenseitigen Beziehungen, und dazu gehört natürlich auch die Verbesserung und manchmal sogar die Einrichtung von Straßen-, Luft- und Eisenbahnverbindungen. Die Machbarkeitsstudie für den Hochgeschwindigkeitszug Budapest-Warschau wurde soeben abgeschlossen und die Arbeiten werden Anfang der 2030er Jahre beginnen.

### **Budapest-Warschau in nur fünfeinhalb Stunden**

Nach Fertigstellung dieser Bahnverbindung wird die Fahrt von Budapest nach Pressburg (statt derzeit 2 Stunden und 53 Minuten) oder Wien (statt 2 Stunden und 41 Minuten) nur noch zwei Stunden, nach Prag (statt 7 Stunden und 28 Minuten) dreieinhalb Stunden und nach Warschau (statt 10 Stunden und 12 Minuten) nur noch fünfeinhalb Stunden dauern, da der neue Hochgeschwindigkeitszug mit 250 bis 350 km/h fahren wird. Darüber hinaus wird dieses neue V4-Hochgeschwindigkeitsnetz über Wien und Prag direkt mit dem bestehenden Netz in Westeuropa verbunden sein.

*Mailand, Rom, Zürich, München, Frankfurt, Paris, Brüssel, Amsterdam, Berlin und Hamburg werden dann auch von Budapest, Pressburg oder Warschau aus mit Hochgeschwindigkeitszügen zu erreichen sein.*

### **Schneller als mit der Autobahn**

Der ungarische Minister für Innovation und Technologie, László Palkovics, begrüßte natürlich den Start dieses Projekts:

„Neben der Verbindung der Hauptstädte der Visegrád-Länder wird diese Investition das heimische Hochgeschwindigkeitsnetz mit dem europäischen Netz verbinden. Dank dieser neuen Bahnlinie können wir [...] nach Ödenburg [Sopron], Veszprém und an den Plattensee [schneller] als über die Autobahn fahren. Der Beginn der Arbeiten wird für die frühen 2030er Jahre erwartet, aber die Renovierung der bestehenden Gleise von Kelenföld nach Törökbálint könnte sogar noch früher beginnen.“



Dieser Beitrag erschien zuerst bei der [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

## 26) „Size matters“? Polens sinkende Demographie im europäischen Kontext

23. 04. 2021



Die Krakauer Floriangasse - Foto: Dimitris Vetsikas

Vor einigen Tagen ging durch die Medien, daß Polen trotz der enormen Anstrengungen seiner Regierung immer noch eine fallende demographische Tendenz aufweist: Im Vergleich zu 2020 sank die Bevölkerung um 115,000, und die Zahl der Geburten ist so niedrig wie zum letzten Mal vor 17 Jahren. Was bedeutet diese Entwicklung, die von vielen Regierungsgegnern als Beweis für das „Scheitern“ der natalistischen und anti-abortionistischen Politik der konservativen Regierung gesehen wird?

Zunächst einmal muß betont werden, daß Polen für das Jahr 2020 ganz im Trend der anderen EU-Länder liegt: Auch in [Deutschland](#), [Frankreich](#) und vielen anderen Ländern wurde eine analoge Abnahme der Geburten festgestellt. Die Erklärung dafür ist einfach: Eine Pandemie mitsamt Lockdown, Überfüllung der Krankenhäuser, Schulschließung und der Furcht vor den desaströsen Folgen für die Wirtschaft ist sicher alles andere als ein idealer Moment, Kinder in die Welt zu setzen – ob in Polen, in Deutschland oder in Frankreich. Doch das Problem reicht tiefer, da die ganze westliche Welt seit Jahrzehnten an einem schleichenden Bevölkerungsniedergang leidet.

Dafür gibt es viele verschiedene Erklärungen, wie z. B. der Rückgang des religiösen Glaubens, eine hedonistische Einstellung zum Leben, der Wunsch zur radikalen Selbstentfaltung, die Banalisierung der Abtreibung, die Folgen des extremen Feminismus, die Konsequenz der Klimawandel-Propaganda, die Krise der Männlichkeit, das Verschwinden der Ehe, die Notwendigkeit, daß beide Partner arbeiten müssen, um den Lebensunterhalt zu verdienen, die Auswirkungen des Kults um den „ewig jungen“ (und somit natürlich kinderlosen) Menschen, usw. Aber all diese Gründe sind nur oberflächliche Symptome einer viel tieferen Tatsache:

*Alle Zivilisationen erleben, wenn sie ihren Endpunkt erreichen, einen allmählichen demographischen Niedergang,*

und wir können ähnliche Tendenzen in Ägypten während der frühen Ramessiden-Periode des 13. Jh. v. Chr., im China der späten „Kämpfenden-Staaten“-Periode des 3. Jh. v. Chr., in der griechisch-römischen Welt der späten Republik im 1. Jh. v. Chr., im spätsassanidischen Iran des 6. Jh. n. Chr. oder in der post-klassischen islamischen Welt des 10. Jh.s sehen.

Wenn man Zivilisationen in Analogie zu lebenden Wesen betrachtet, sind sie alle früher oder später zum Niedergang, zum Sterben und zur Fossilisierung verdammt, und mit dem Schwinden der zivilisatorischen Kraft vergeht auch der Wunsch, die Traditionen der Vorfahren an die eigenen Kinder weiterzugeben. Warum sollte jemand, der seine eigene Vergangenheit ignoriert, verachtet oder gar haßt (und es gibt immer mehr solcher Menschen, dank politisch korrekter Schulen, Universitäten und Medien), seine kulturellen Traditionen an seine Nachkommen weitergeben wollen – oder gar überhaupt Kinder haben? Als ich vor einigen Jahren auf einer Konferenz mit einer Dame aus Deutschland sprach, beschimpfte sie mich geradezu dafür, daß ich Kinder habe, und behauptete, die „Europäer“ hätten in ihrer Geschichte solche Gräueltaten begangen, daß es ein Zeichen von Kolonialismus und Egoismus sei, eigene Kinder zu haben, anstatt Kinder aus Afrika oder Asien zu adoptieren oder – zugunsten der „Klimaneutralität“ – ganz darauf zu verzichten. Wenn eine ganze Gesellschaft so denkt – und das tun viele, nicht nur in Deutschland -, versteinern Zivilisationen und sterben aus: nicht nur aus Kindermangel, sondern aus mangelnder Liebe zur eigenen Geschichte und Tradition.

*Was bleibt, ist eine anonyme Masse von Menschen, die nur an ihr eigenes materielles Interesse denken und keine kulturelle Solidarität untereinander empfinden können.*

Wie kommt es aber nun, daß gerade Polen und die anderen Staaten der Trimariums-Zone von diesem demographischen und somit auch kulturellen Niedergang ganz besonders betroffen sind? Bedeutet dies gar, daß der Osten Europas gar weniger lebenswillig ist als der Westen? Dies wäre ein völliger Fehlschluß. Zum einen gilt es zu bedenken, daß der demographische Niedergang Osteuropas nicht nur der Natalität geschuldet ist, sondern auch der simplen Tatsache, daß viele Menschen aus dem Osten in den Westen ziehen, um dort mehrere Jahre hart (und dementsprechend kinderlos) zu arbeiten und von den höheren

Löhnen zu profitieren, und erst später – wenn überhaupt – in die Heimat zurückkehren. Doch zum anderen – und dies scheint mir zentral – zeichnen sich die osteuropäischen Länder durch eine große Bevölkerungshomogenität aus, während der Westen zunehmend von Menschen aus der subsaharischen und muslimischen Welt bewohnt wird. Es ist bekannt, daß jene Menschen nicht nur zu Beginn, sondern oft auch nach mehreren Generationen signifikant mehr Kinder haben als die „autochthonen“ Einwohner, und dies erklärt auch den Unterschied zwischen den beiden Hälften Europas: Je homogener und „europäischer“ die Nation, desto weniger Kinder; je „multikultureller“, desto mehr: Kein Wunder, daß Frankreich und England eine hohe Natalität aufweisen, je mehr man aber nach Osten und Südosten schaut, die Demographie sinkt.

Nun stellt sich freilich die Frage, was die Auswirkungen dieser fortschreitenden Entvölkerung sein werden. Muß eine niedrige Bevölkerungszahl unbedingt bedeuten, daß das eigene Volk von den zahlenmäßig stärkeren dominiert werden wird? Nicht unbedingt, oder doch zumindest nicht sofort: Als die Spanier im 16. Jahrhundert Amerika eroberten oder als die Engländer und Franzosen im 19. Jahrhundert große Teile Afrikas und Asiens kolonisierten, waren sie weit weniger zahlreich als die Eingeborenen. Sie hatten jedoch einen grundlegenden Vorteil, den das heutige Europa verloren hat: ihre enorme technische Überlegenheit. Das ist auch der Weg, den ein ebenfalls schwindendes Volk wie die Japaner einschlagen: Anstatt auf Masseneinwanderung zu setzen, investieren sie massiv in Zukunftstechnologien, um Lebensstandard und politischen Einfluß konstant zu halten. Doch müssen wir auch noch andere Aspekte berücksichtigen.

In früheren Zeitaltern waren die Europäer von ihrer Mission in dieser Welt überzeugt und verfügten über starke und kohärente Gesellschaften, welche Wachstum und Expansion trugen. Heute ist der größte Teil Europas immer noch von den Schrecken des Zweiten Weltkriegs traumatisiert und verzichtet nicht nur auf jede Form von Expansionsdenken oder gar physischer Gewalt, sondern selbst darauf, das eigene Überleben zu verteidigen, und zieht es vor, kurzfristige Ruhe und Frieden mit Geld statt mit Respekt zu erkaufen – und spätere Generationen dafür zu opfern. Und natürlich besteht das Problem, daß Europa nicht nur von außen, sondern auch von innen aufgrund seiner jahrzehntelangen, von der Merkel-Regierung noch drastisch angeheizten „Willkommenskultur“ unter demographischem Druck steht: Die Bevölkerung der einheimischen Europäer schrumpft dramatisch, während die Zahl der Immigranten rasant ansteigt, so daß in vielen Städten Westeuropas die Immigranten und ihre Nachkommen bereits die klare Bevölkerungsmehrheit stellen, gerade in den wichtigsten, also den jungen Altersklassen. Angesichts des offensichtlichen Fehlens an kultureller Integration in die westliche Kultur bedeutet dies, daß es langfristig immer schwieriger werden wird, irgendeine Form von Solidarität zwischen den Bewohnern dieses Kontinents zu erwarten, denn Solidarität basiert in der Regel auf einer Reihe gemeinsamer kultureller Elemente wie Geschichte, Sprache, Religion, Patriotismus, Folklore, nationale und regionale Eigenheiten oder eine ganz bestimmte Sicht auf das Individuum oder die Familie.

Diese gemeinsamen Identitätsfaktoren sind mittlerweile weitgehend verschwunden, und viele Länder, wie etwa Frankreich, Belgien, die Niederlande oder Großbritannien, haben sich in tribalisierte Gesellschaften verwandelt. Solange die Wirtschaft stabil bleibt und der demographische Druck von außen unter Kontrolle ist, kann auch eine solche fragmentierte Gesellschaft noch halbwegs überleben. Sobald aber im Inneren Konflikte um die Verteilung des abnehmenden Wohlstands ausbrechen und die äußeren Grenzen nicht mehr verteidigt

werden, muß dies zu einer Katastrophe führen. Und genau das geschieht im Moment. Da ist es für eine europäische Nation vielleicht sicherer, eine schrumpfende, aber homogene und solidarische Bevölkerung zu besitzen, als eine wachsende, aber multikulturelle und innerlich zerrissene...



Dieser Beitrag erschien zuerst bei der [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

## **27) Retorsionsmaßnahme: Russland will Import tschechischen Biers verbieten**

23. 04. 2021



Bildquelle: Prager Morgenzeitung

Sultan Chamsajew, Mitglied der Bürgerkammer der Russischen Föderation und Leiter des Projekts „Nüchternes Russland“, schlug als Reaktion auf die Ausweisung von achtzehn Diplomaten am vergangenen Samstag vor, tschechisches Bier auf russischem Territorium zu verbieten.

Seiner Meinung nach soll eine solche Maßnahme den tschechischen politischen Gruppen bewusst machen, dass ihre Äußerungen und Handlungen wirtschaftliche Auswirkungen auf das ganze Land haben können. Die Russen, so Chamsajew, werden in der Lage sein, ohne tschechisches Bier zu leben, und das Embargo wird zudem dazu beitragen, den Alkoholkonsum in der Bevölkerung zu reduzieren.



„In Russland konsumieren die Menschen jährlich etwa acht Milliarden Liter Bier, darunter auch ein gewisser Prozentsatz an tschechischem Bier. Wir müssen es verbieten und die Tschechen sollen es zu Hause selber konsumieren“, so Chamsajew in einem Interview mit dem Radiosender Moscow Speaks.

Russland ist nach Großbritannien der zweitwichtigste Nicht-EU-Markt für die Tschechische Republik im Bereich des Agrarhandels. Seit langem werden dorthin neben Bier auch Mohn oder Hopfen exportiert.

Im Jahr 2020 hat die Tschechische Republik ihre Exporte von Bier, Hopfen und tschechischem Mohn nach Russland im Vergleich zu 2016 etwa verdoppelt.

Quelle: [Prager Morgenzeitung](#)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

**28) Außenminister Szijjártó: „Wir sind nicht der Brüsseler Bürokratie verpflichtet, sondern den ungarischen Wählern“**  
Von Bogdan Sajovic

25. 04. 2021



Péter Szijjártó · Foto: Veronika Savnik

Wir sprachen mit dem ungarischen Außenminister Péter Szijjártó u.a. über die Central-5-Initiative, die Visegrád-Gruppe, die Zusammenarbeit zwischen Ungarn und Slowenien und Ungarns Streit mit der Brüsseler Bürokratie.

**Können Sie uns sagen, welche Themen Sie bei dem heutigen Treffen in Brdo besprechen werden?**

Das Thema des heutigen Treffens in Brdo (dt. Egg bei Krainburg) wird der Kampf gegen die Covid-Virus-Pandemie sein. Die Central-5-Initiative, bestehend aus Slowenien, der Slowakei, Österreich, der Tschechischen Republik und Ungarn, wurde letztes Jahr genau wegen der Pandemie ins Leben gerufen. Heute werden sich die Außenminister dieser fünf Länder über Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie austauschen. Wir brauchen kluge Maßnahmen, um einerseits die Pandemie zu unterdrücken und andererseits so schnell wie möglich zum normalen Leben zurückzukehren. Wir sind Nachbarn und daher stark voneinander abhängig, daher brauchen wir eine Koordination, um so schnell wie möglich die Wirtschaft, den Transport, den Personen- und Warenverkehr über die Grenzen hinweg wieder anzukurbeln. Neben der Koordinierung der Maßnahmen zwischen den fünf Mitgliedern müssen wir auch Deutschland berücksichtigen, das der größte Wirtschaftspartner aller fünf Länder ist.

**Also funktioniert das Central-5-Projekt gut?**

Das Central-5-Projekt funktioniert gut und zwar vor allem deshalb, weil es keine Institution, keinen bürokratischen Apparat gibt. Es geht um die Zusammenarbeit auf der Ebene der Außenminister, um die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Covid-Pandemie und um die Wiederbelebung der Wirtschaft und des Lebens im Allgemeinen. Die bisherige Zusammenarbeit im Rahmen von Central 5 hat sich als so erfolgreich erwiesen, dass wir beabsichtigen, sie auch nach dem Abklingen der Pandemie fortzusetzen.

**In welchen Bereichen, sowohl bilateral als auch international, arbeiten Slowenien und Ungarn noch zusammen?**

Die Zusammenarbeit zwischen Slowenien und Ungarn ist derzeit sehr gut, auch mit der aktuellen slowenischen Regierung. Unseren Ministerpräsidenten Viktor Orbán und Ihren Ministerpräsidenten Janez Janša verbindet eine persönliche Freundschaft und gegenseitiger Respekt. In solchen Fällen, wenn es um gute persönliche Beziehungen zwischen Ministerpräsidenten geht, ist die Zusammenarbeit zwischen den Ländern meist sehr erfolgreich und viel einfacher.

Wir arbeiten gut mit Slowenien zusammen, wenn es darum geht, die illegale Migration nach Europa zu stoppen. Das Problem der Migration ist entscheidend für die Zukunft der Europäischen Union und Europas im Allgemeinen. Wir teilen die Meinung mit Slowenien, dass die Massmigration nach Europa gestoppt werden muss. Ansonsten stehen wir vor einem großen Problem und schwerwiegenden Folgen. Leider teilen viele Länder in Westeuropa diese Sichtweise der Migration nicht, ebenso wenig wie der bürokratische Apparat in Brüssel.

Sowohl Slowenien als auch Ungarn sind für die Erweiterung der Europäischen Union, deshalb arbeiten wir bei der Annäherung von Serbien und Montenegro an die Europäische Union mit und hoffen, dass sie bald der Union beitreten werden. Wir beteiligen uns auch an dem Prozess der Beschleunigung der Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien für die Mitgliedschaft in der Europäischen Union.

Slowenien und Ungarn teilen auch die Vision von einem starken Europa der starken Nationen. Eine Union starker, souveräner Nationalstaaten, die für das Gemeinwohl zusammenarbeiten, im Gegensatz zu den Visionen derer, die ein zentralisiertes Europa wollen, das von einem starken bürokratischen Apparat aus Brüssel geführt wird.

**Gibt es eine wichtige Frage, die Ungarn während der slowenischen Präsidentschaft in Europa in der zweiten Hälfte dieses Jahres verwirklichen möchte?**

Für uns ist der wichtigste Bereich die EU-Erweiterung. Diese ist in den letzten Jahren fast völlig zum Stillstand gekommen und Europa stagniert dadurch. Der Grund für diesen Erweiterungsstopp ist der Widerstand einiger Länder in Westeuropa, die vielleicht auch zu weit von der Erweiterungsregion entfernt sind und deshalb keinen Grund für eine Erweiterung sehen. Wir sehen das anders und wollen, dass sich die Union auch auf diese Region erweitert. Deshalb hoffen wir, dass während der slowenischen Ratspräsidentschaft Fortschritte im Bereich der Erweiterung erzielt werden können.

**Ungarn wurde in den letzten Jahren häufig von einem bürokratischen Mastodon in Brüssel angegriffen. Hilft Slowenien Ungarn, sich gegen diese Angriffe zu wehren?**

Der Hintergrund all dieser Angriffe auf Ungarn ist unser Widerstand gegen die Massenmigration nach Europa, die von der Brüsseler Bürokratie gefördert wird. Brüssel ist mit dieser Unterstützung der Massenmigration nicht allein, es gibt auch einige Länder im westlichen Teil Europas, die großen Medien und NGOs. Da ihnen Ungarn mit seinem Widerstand gegen die Migration ein Dorn im Auge ist, greifen sie uns systematisch an. Dabei erfinden sie Anschuldigungen, die völlig haltlos sind und nichts mit der Realität zu tun haben. Sie werfen uns zum Beispiel vor, dass in unserem Land eine Diktatur herrsche, was natürlich nicht stimmt. In unserem Land herrscht die Demokratie und alle demokratischen Institutionen funktionieren wie in anderen Ländern auch. Wir weisen solche beleidigenden und unwahren Anschuldigungen zurück, und die slowenische Regierung unterstützt uns dabei. Auch Ihre Regierung ist Opfer ähnlicher haltloser Angriffe, und das nur, weil sie sich ebenfalls gegen linksliberale Agenden stellt.

Einige Regierungen und Politiker in anderen europäischen Ländern schließen sich diesen Angriffen auf Ungarn an, in der Hoffnung, einige Bonuspunkte bei Brüsseler Bürokraten oder den großen Medien zu sammeln. Die slowenische Regierung gehört nicht dazu.

Was unsere Regierung betrifft, so sind wir nicht der Brüsseler Bürokratie verpflichtet, sondern den ungarischen Wählern. Wir tun das, was wir für das Beste für Ungarn halten, und das werden wir auch weiterhin tun, solange wir die Unterstützung der Wählerschaft haben.

**Glauben Sie, dass die Menschen in dieser Region, die historisch gesehen jahrhundertlang unter türkischen Invasionen gelitten hat, sich ein wenig mehr für die Verteidigung unserer Traditionen und Kultur einsetzen?**

Wahrscheinlich, die ungarische Regierung ist definitiv verpflichtet, unser christliches Erbe, unsere Traditionen und Kultur zu verteidigen. Wir sind uns bewusst, dass Massenmigrationen diese Traditionen und Kultur, unser christliches Erbe, auf dem Europa gegründet ist, bedrohen. Je mehr sie bedroht sind, desto schwächer ist Europa. Wir werden unser christliches Erbe entschlossen schützen und werden nicht zulassen, dass es verschwindet.

**Ungarn ist Mitglied der Visegrád-Gruppe; gibt es politische Aktivitäten, um sie zu erweitern?**

Ich denke, die Visegrád-Gruppe ist die am besten funktionierende europäische Regionalorganisation. Natürlich sind wir sehr an einer breiteren Integration interessiert. Um

es klar zu sagen: Die Visegrád-Vier werden immer die Visegrád-Vier bleiben. Aber wir wollen eine stärkere Integration in der Region. Deshalb haben wir das Modell V4 + vorbereitet.

Slowenien ist sicherlich eines der Länder, die zu diesem Modell der Integration gehören. Im Sommer wird es ein Treffen zwischen den Außenministern der Mitgliedsstaaten der Visegrád-Gruppe und den Außenministern von Slowenien, Österreich und Kroatien geben. Das sind die Länder, die uns am nächsten stehen, und wir hoffen, dass das V4+-Modell zum Leben erweckt wird.



*Foto: Veronika Savnik*

**Technologie-Giganten haben den amerikanischen Präsidenten, den wohl mächtigsten Mann auf dem Planeten, zensiert. Ich glaube, die ungarische Regierung arbeitet an einem Gesetzesentwurf, der eine solche Zensur in Ungarn überwinden soll?**

Innerhalb des ungarischen Justizministeriums gibt es ein Komitee für digitale Freiheit, dessen Aufgabe es ist, zu verhindern, dass digitale Unternehmen die Freiheit des Einzelnen gefährden. Einerseits erhöht die Digitalisierung die Freiheit, da sie den Horizont erweitert. Auf der anderen Seite erleben wir die Einschränkung der menschlichen Freiheit durch Zensur der Nutzer und Schließung von Webseiten. Wir beobachten eine diskriminierende Zensur der Äußerung von konservativen, christlichen, patriotischen, rechtsgerichteten Ansichten...

**Angesichts der Tatsache, dass die Europäische Union auf christlichen Wurzeln gegründet wurde, könnte man sagen, dass die Zensur christlicher Ansichten die Grundlagen Europas untergräbt...**

Ein Angriff auf die christlichen Wurzeln ist sicherlich ein Angriff auf die Fundamente Europas. Diskriminierung und Zensur ohne die Möglichkeit, Einspruch zu erheben, stehen ebenfalls im Widerspruch zu den Grundwerten der Europäischen Union. Wir werden das in Ungarn nicht zulassen, und deshalb wird der Justizminister in diesem Frühjahr einen Gesetzesentwurf ins Parlament schicken, der solche Willkür verhindern wird.

**Biographie:**

Péter Szijjártó wurde am 30. Oktober 1978 in Komárom geboren. Nach dem Abschluss des Benediktiner-Gymnasiums in Győr studierte er an der Universität Budapest und machte seinen Abschluss in Internationalen Beziehungen und Sportmanagement. Im Jahr 1998 wurde er in die Stadtverordnetenversammlung von Győr gewählt, wo er für Bildung, Kultur und Sport zuständig war. Er gehörte zu den Gründern und war der erste Vorsitzende des Győrer Zweigs der Fidelitas, der Jugendorganisation der Fidesz-Partei. Im Jahr 2001 wurde er Vizepräsident der Fidelitas und zwischen 2005 und 2009 war er ihr Präsident.

Im Jahr 2002 wurde er im Alter von vierundzwanzig Jahren als jüngster Abgeordneter in das Landesparlament gewählt und bei den Wahlen 2006, 2010, 2014 und 2018 als Abgeordneter wiedergewählt.

Als die Fidesz-Partei 2010 die Führung in Ungarn übernahm, war Szijjártó der persönliche Sprecher von Premierminister Viktor Orbán. Im Jahr 2012 wurde er Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten und internationale Wirtschaftsbeziehungen im Büro des Ministerpräsidenten und leitete gleichzeitig acht Wirtschaftsausschüsse der Regierung.

Im Jahr 2014 wurde er zum Minister für Auswärtige Angelegenheiten und Handel ernannt.

Er ist verheiratet und Vater von zwei Söhnen.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [DEMOKRACIJA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## 29) Familien fördern, heißt christliche Identität bewahren: FPÖ zu Besuch bei Ungarns Familienministerin

28. 04. 2021



Ungarns Familienministerin Katalin Novák hat mit ihrem Programm zur Ankurbelung der Geburtenrate europaweit ein Novum in Sachen Gesellschaftsentwicklung vorgelegt. [Wie wir bereits berichteten](#), ist es nicht nur die Vision Ungarns, sondern der gesamten Visegrád-Staaten (V4), das Demografieproblem in Osteuropa durch Familienwachstum, [verschärfte Abtreibungsgesetze](#) und Geburten, anstatt durch Migration zu lösen. Der Erfolg lässt sich eindrucksvoll in Zahlen belegen und ruft auch die österreichische FPÖ auf den Plan, die als einzig verbliebene Pro-Familienpartei in Österreichs politischer Landschaft Anleihen in punkto Familien- und Sozialpolitik nimmt.

### **Heimat, Familie, Religion als Grundpfeiler**

Michael Schnedlitz, freiheitlicher Generalsekretär und FPÖ-Jugendsprecher, traf im Rahmen eines bilateralen Treffens mit Ungarns Familienministerin Novák zusammen und erläuterte gemeinsam mit ihr die Wichtigkeit der traditionellen Kernfamilie für Europas Gesellschaften, abseits aller EU-verordneter Political Correctness.

Wer auf eine familienfreundliche Politik verzichtet, der vernachlässigt das Erbe eines christlichen Europas und begehe „Selbstmord in Zeitlupe“, so Katalin Novák, die selbst Mutter von drei Kindern ist. Schnedlitz betonte wiederum, dass das aktive Fördern von einheimischen Familien bedeute, die Identität eines Landes langfristig zu bewahren. Gerade in dieser Zeit müsse daher alles unternommen werden, um Familien zu entlasten und ihnen Perspektiven zu bieten.



### **Proaktive Familienpolitik in Ungarn**

Ungarn löst seit Anfang 2020 durch großzügige finanzielle Anreize sein Demografieproblem. Das alles geschieht unter dem Motto: Kinderprämie statt Migration.

Das erklärte Ziel von Ministerpräsident Viktor Orbán: mehr ungarische Kinder statt mehr Einwanderer. Die Regierung will die Geburtenrate drastisch steigern und hat dafür acht Milliarden Euro bereitgestellt. Ungarische Familien bekommen zum Beispiel Kredite, die immer günstiger werden, je mehr Kinder die Eltern haben. Familien bekommen Unterstützung beim Hauskauf, aber auch beim Erwerb von einem Familienauto. Mütter von vier Kindern sind von der Einkommensteuer befreit, und das auf Lebenszeit.

Und auch die von der europäischen Statistikbehörde [Eurostat](#) veröffentlichten Zahlen zeigen, dass die familienfreundliche Politik der Regierung Orbán seit ihrer Rückkehr an die Macht im Jahr 2010 erste Früchte trägt. So ist die Anzahl der Eheschließungen pro Einwohner in Ungarn zwischen 2010 und 2020 [stark angestiegen](#).

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

30) In Ungarn wird wenig von Gleichberechtigung gesprochen – aber sie wird praktiziert

Von Marcell Dengi

24. 04. 2021



Judit Varga & Katalin Novák · Bildquelle: Centro Machiavelli

Ungarn war in letzter Zeit das Ziel zahlreicher Kampagnen zur Gleichstellung der Geschlechter, motiviert durch die Behauptung, dass seine rechtsgerichtete Regierung antifeministisch sei. Man kann zahlreiche Artikel finden, die behaupten, dass Ungarn Frauen und Kinder nicht vor häuslicher Gewalt schütze. Die Realität – mit Verlaub – ist hingegen ganz anders. Und die Zahlen lügen nicht.

Andere westliche Länder haben Geschlechterquoten, um ein 50–50-Prozent-Gleichgewicht in der Politik aufrechtzuerhalten, insbesondere im Europaparlament. Die Geschichte lehrt, dass ein quantitativer Ansatz in der Politik ziemlich gefährlich sein kann: Politiker entscheiden nämlich über das Leben von uns allen. Deshalb nähert sich der Fidesz der Gleichstellung der Geschlechter aus einer qualitativen oder, wie sie sagen, „meritokratischen“ Perspektive.

Obwohl Orbán in dieser Frage sicher nicht dem progressiven Diktat folgt, nimmt der Fidesz Fragen und Herausforderungen der Gleichberechtigung sehr ernst. Die Konservativen glauben an eine Gesellschaft, die auf traditionellen und bürgerlichen Werten basiert, in der die Menschen nach ihrem Beitrag zur Gemeinschaft beurteilt werden; in diesem Sinne handeln sie, um Frauen und ihre Lebensziele zu unterstützen. Feminismus verfolgt per Definition die Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen. Der Fidesz hingegen ist der Meinung, dass Frauen bestimmte Privilegien, die mit ihrem Geschlecht verbunden sind, nicht nur um einer fehlgeleiteten Emanzipation willen aufgeben sollten.

In einem Video zu diesem Thema erklärt Katalin Novák, ehemalige Staatssekretärin für Familie und Jugend, seit 2017 Vizepräsidentin des Fidesz und seit letztem Oktober Familienministerin, dass es im Leben kein Rezept für die Gleichstellung der Geschlechter gibt, dass aber der Fidesz alles tun wird, um die Frauen bei der Erreichung ihrer Ziele zu unterstützen. Novák ermutigt Frauen, die Verantwortung für das Gebären von Kindern zu übernehmen, eine Rolle, für die sie nicht ersetzt werden können. Sie dürfen nicht glauben, dass sie mit Männern konkurrieren und sich ständig mit ihnen vergleichen müssen: Frauen dürfen sich nicht in die Lage versetzen, zwischen Familie und Karriere wählen zu müssen. Die öffentliche Unterstützung muss es der Frau ermöglichen, sich gleichzeitig als Mutter und im Beruf zu verwirklichen.



Während der dritten Orbán-Regierung hat sich das System der Familien- und Geburtenhilfe deutlich weiterentwickelt. Im Jahr 2016 erhielten mehr als 60 % der nicht erwerbstätigen Frauen auf dem Arbeitsmarkt Unterstützung für die Betreuung ihrer Kinder. 13% arbeiteten in Teilzeit. Diese Zahlen wachsen aufgrund der staatlichen Unterstützung, die es Müttern ermöglicht, Vollzeit zu arbeiten. Frauen mit mindestens drei Kindern, das jüngste unter 3 Jahren und das älteste unter 18 Jahren, können beantragen, als Vollzeitmütter zu arbeiten: Zusätzlich zu den normalen kinderbezogenen Leistungen erhalten sie dann ein monatliches Gehalt in Höhe der Mindestrente (Ungarn gehört zu den 10 Ländern mit der geringsten Rentenungleichheit) und können noch bis zu 30 Stunden pro Woche einer anderen Arbeit nachgehen. So genießen 73 % der Frauen, die teilweise oder ganz auf dem Arbeitsmarkt nicht erwerbstätig sind, die Möglichkeit, für das Muttersein bezahlt zu werden.

Eine andere einflussreiche Fidesz-Politikerin, Lívía Járóka, fasste die Position der Partei wie folgt zusammen:

*Wir haben viele Fortschritte in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter gemacht, aber andere Herausforderungen bleiben bestehen. Wir wollen sicherstellen, dass es nach der Pandemie eine starke und intensive Verbesserung geben wird, deren Ergebnis eine Gesellschaft sein wird, in der die Gleichberechtigung der Geschlechter vollständig verwirklicht ist.*

Vor Orbán hatte keine Frau das Justizministerium inne. Heute ist es Judit Varga zugeteilt, die sich im Europäischen Parlament ihre ersten Meriten verdient hat. Laut „Forbes“ ist sie die drittmächtigste Frau in der ungarischen Politik – ein Ranking, in dem Katalin Novák die Liste anführt und das 2019 von einer anderen Fidesz-Kollegin, der Finanzverwaltungsministerin Andrea Bártfai-Mager, angeführt wird.

Trotz aller linken Propaganda benutzt der Fidesz die Frauen nicht als politische Werkzeuge, sondern hat außergewöhnliche Fähigkeiten von innen heraus entwickelt: es sind Persönlichkeiten mit hohen Abschlüssen, die viel lesen und mehrere Sprachen sprechen. In der Regierung Orbán gibt es 11 Männer und 3 Frauen: Letztere machen somit 21% des Regierungsteams aus. Das hört sich vielleicht nicht nach viel an, ist aber doppelt so hoch wie der Anteil der Frauen im ungarischen Parlament. Im Europaparlament, wo Ungarn viel kritisiert wird, sind 38 % der Abgeordneten Frauen: einer der höchsten Anteile, gleichauf mit dem von Belgien und höher als in der Tschechischen Republik, der Slowakei, Polen und sogar im fortschrittlichen Deutschland.



**Marcell Dengi**

MCC Visiting Fellow am Centro Studi Machiavelli. Student der Internationalen Wirtschaft an der Budapester Universität für Technologie und Wirtschaft und der School of Economics am Mathias Corvinus Collegium.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [CENTRO MACHIAVELLI](#),  
unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER  
VATERLÄNDER

### **31) General Ferenc Korom zu Ungarns Verteidigungsaufgaben**

27. 04. 2021



General Ferenc Korom · Foto: Honvédelem.hu

General Ferenc Korom, Kommandeur der ungarischen Verteidigungsstreitkräfte, betonte auf der jährlichen Online-Konferenz zur Bewertung und Aufgabenstellung die vorrangige Rolle der nationalen Verteidigungsaufgaben. Die zunehmenden geopolitischen Spannungen in der Region verleihen den Worten des Generals ein besonderes Gewicht. Ungarn und die ungarischen Verteidigungskräfte stehen vor einem Jahr voller ernsthafter Sicherheits Herausforderungen.

Die Sicherheit Ungarns und Europas ist und bleibt durch die massenhafte illegale Migration bedroht. Ausgehend von den bestehenden Trends werden wir noch lange mit dem zunehmenden Migrationsdruck und dem damit verbundenen Terrorismus, der öffentlichen Sicherheit und – jetzt im Zusammenhang mit der Coronavirus-Epidemie – der öffentlichen Gesundheit zu kämpfen haben. Auch diejenigen, die weiterhin eine einwanderungsfreundliche Politik und Aktivitäten verfolgen – Brüssel, die einheimische Linke, Soros' Strohmannen und die Menschenhändlerbanden – sehen dies deutlich. Sie wollen, in enger Abstimmung miteinander, die Migration nicht stoppen, sondern organisieren

und steuern. Sie wollen den alten Kontinent mit Einwanderern überschwemmen, seine ethnischen und religiösen Proportionen verändern, seine christliche Kultur und seine nationale Vielfalt, mit anderen Worten, seinen Europäismus, beseitigen. Von all dem erhoffen sie sich wirtschaftliche und politische Vorteile: Im Austausch für die Stimmen der Einwanderer werden sie uns eine multikulturelle Gesellschaft, No-Go-Zonen und mehr soziale „Unterstützung“ geben. Das ist die reale Gefahr, auf die auch die ungarischen Verteidigungskräfte vorbereitet sein müssen. Wir Ungarn müssen die modernste, fähigste nationale Armee des Karpatenbeckens schaffen, damit wir die richtigen und engagierten Kräfte haben, um unsere Familien, unsere Heimat, unsere Werte und unsere Interessen zu verteidigen.

Die von der Masseneinwanderung verursachte Krisensituation führte zur Errichtung des Grenzzauns. Diese rechtliche und technische Grenzbarriere und die engagierte gemeinsame Arbeit der Polizei und der Verteidigungskräfte beim Schutz der Grenze dienen der Sicherheit Ungarns und ganz Europas. Nur dank der Maßnahmen, die von der Bevölkerung während der nationalen Konsultation unterstützt und von der Fidesz-KDNP-Mehrheit in der Regierung und im Parlament ergriffen wurden, ist von den Migrationsbedingungen, die wir 2015 erlebt haben, keine Spur mehr. Vergessen wir nicht den damals aus dem Ausland organisierten Migrantenstrom, die 400.000 Migranten, die ohne Ende und ohne Kontrolle ins Land kamen, den Anblick des Ostbahnhofs oder des nach Papst Johannes Paul II. benannten Platzes, die aggressiven Lagerbewohner, die sich frei bewegen.

Im Rahmen der Operation Joint Will führen rund 1.150 ungarische Soldaten mit mehr als 200 technischen Geräten täglich Grenzüberwachungs- und Grenzsicherungsaufgaben auf dem 242 Kilometer langen ungarischen Grenzabschnitt zwischen den Komitaten Bács-Kiskun und Csongrád-Csanád durch und unterstützen so die Polizei bei ihrer Arbeit. Die ungarischen Verteidigungskräfte verstärken den Grenzschutz mit Land-, Hunde- und Wasserpatrouillen, Drohnen, H145M-Hubschraubern und Geländewagen. Nachtsichtgeräte, Detektoren und Wärmekameras helfen den Beamten ebenfalls, ihre Aufgaben effektiv zu erfüllen.

Quelle: [Magyar Nemzet](#) (auszugsweise Übersetzung)

Aus: *UNSER MITTELEUROPA MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## 32) Der Balkan: Schild Europas und Pulverfass der Welt Von Fabio Bozzo

28. 04. 2021



Balkan & Griechenland · Bildquelle: Centro Machiavelli

Wenn wir uns die Balkanhalbinsel vorstellen, könnten wir sie allegorisch durch den Sucher eines Scharfschützen betrachten (keine beiläufige Vision angesichts der unruhigen Geschichte der Region), d.h. mit dem Feld, das durch zwei Linien geteilt ist, eine vertikale und eine horizontale. Die erste und älteste Teilung trennt den Westen vom Osten oder, genauer gesagt, die katholische Welt von der orthodoxen. Diese Grenze stammt aus der Zeit, als der letzte einheitliche römische Kaiser, Theodosius I. (347–395), beschloss, die kapitolinischen Herrschaftsgebiete endgültig in Pars Occidentalis und Pars Orientalis zwischen seinen beiden Söhnen Honorius (384–423) und Arcadius (377–408) aufzuteilen. Der Balkan, der damals eine völlig andere ethno-religiöse Zusammensetzung hatte als heute, wurde von der neuen Grenze durchzogen. Das Symbol der Grenze war der Fluss Drina, ein mittelgroßer Wasserlauf, der 346 Kilometer lang ist, bevor er in die Donau mündet. Von diesem Tag an wurde die Drina immer wieder zu einer flüssigen und oft blutverschmierten Grenze. In der Tat, abgesehen von zwei historischen Klammern (die osmanische war länger und die jugoslawische viel kürzer), hätte der fragliche Fluss zuerst die beiden oben genannten Reiche geteilt und dann, nach und nach, eine Reihe von Monarchien und Republiken, die einander entlang seiner Ufer folgten. Schließlich trennt die Drina auch heute noch Serbien von jener geopolitischen Collage, die sich Bosnien-Herzegowina nennt.

Die zweite interne Balkan-Linie im Zielfernrohr unseres imaginären Scharfschützen ist die Nord/Süd-Linie. Diese Grenze hat im Gegensatz zur vorherigen kein leicht erkennbares geografisches Element auf den Karten. Gleichzeitig ist sie aber auch aus historischer und anthropologischer Sicht von größerer Bedeutung. Sie ist nicht weniger als die Grenze zwischen der islamischen Welt und der europäischen Zivilisation. Das menschliche Element auf dem Balkan teilt eine Besonderheit mit dem der Iberischen Halbinsel, einem Land mit ähnlicher Geographie, das ebenfalls einen jahrhundertlangen Befreiungskampf von Norden nach Süden gegen die muslimischen Eindringlinge erlebte. Diese Besonderheit besteht darin, dass sich die für die levantinische/islamische Welt typischen ethno-kulturellen Merkmale tendenziell verstärken, je weiter man nach Süden geht, also in Richtung der Gebiete, die am längsten dem mohammedanischen Recht unterworfen waren. Sicherlich hatte die arabische Herrschaft in Spanien bemerkenswerte Unterschiede zur türkischen, aber der Islam mit seiner unglaublichen homologierenden Kraft machte alle eroberten Länder *manu militari* zu einem Teil der *umma*, der Gemeinschaft der moslemischen Gläubigen.

Gehen wir also davon aus, dass es zwei Reisende gibt. Der eine startet seine Reise von Katalonien aus in Richtung Andalusien, der andere, ausgehend von Budapest, in Richtung Griechenland. Beide werden das Gefühl haben, sich in einem rein europäischen Land zu befinden. Beide werden sich, abgesehen von der Präsenz seltener, aber wachsender moslemischer Enklaven auf dem Balkan, von Christen umgeben sehen. Aber beide werden auf ihrem Weg nach Süden eine Reihe von Veränderungen wahrnehmen. Einige werden externer Natur sein, da das mitteleuropäische Element zunehmend dem levantinish-mediterranen weicht. Andere werden klimatischer Natur sein, mit den entsprechenden Konsequenzen für menschliche Aktivitäten. Aber die Hauptmutation, progressiv und unaufhaltsam, wird kulturell sein.

Lassen wir die iberische Situation beiseite (die sehr ähnlich ist) und konzentrieren wir uns auf den Balkan. In Ungarn wird es unser Reisender mit einem im Wesentlichen mitteleuropäischen Volk zu tun haben, dessen Geschichte stark unter den Türkeneinfällen gelitten hat, das aber immer den Blick nach Norden gerichtet gehalten hat. Nach dem Eintritt in das ideale Band, das Kroatien, Siebenbürgen und die Wojwodina umfasst (das kleine Slowenien hat es im Laufe der Zeit geschafft, eine vage alpenländische und habsburgische Identität zu bewahren), wird unser Anthropologe beginnen, wesentliche Unterschiede zu bemerken. Das wirtschaftliche Niveau sinkt auf mysteriöse Weise, während Männer mehr das Bedürfnis verspüren, ihre Männlichkeit zu zeigen (nicht zufällig stammt das Wort Machismo aus dem hispanischen Umfeld). Dennoch wird sich der Anthropologe in dem untersuchten Territorialstreifen perfekt angepasst fühlen und nur wenige Phänomene lokaler Exotik bemerken.

Im weiteren Verlauf der Reise betritt man den eigentlichen Balkan, der den Großteil Serbiens, Südromänien, Bulgarien und das kleine Montenegro umfasst. Selbst wenn man die islamisierten Gebiete Bosniens und Albanien ausklammert (die als Teil der Umma ein Fremdkörper auf dem Balkan selbst sind), wird der moderne Marco Polo feststellen, dass sich die Dinge wirklich ändern, zumindest was die Gebiete fernab der großen Städte betrifft. Die Menschen sind deutlich ärmer, die Frauen kleiden sich altmodischer und nüchterner, und die Kultur der Ehre macht sich viel stärker bemerkbar als im Norden. Auf der einen Seite ist die Gastfreundschaft fast heilig geworden, auf der anderen Seite sind Verstöße, ob tatsächlich oder vermeintlich, Vorboten sehr ernster Konsequenzen. Die Küche ihrerseits verströmt heute einen starken türkischen Einfluss, während der teutonische Einfluss, der in Kroatien noch sichtbar war, fast verschwunden ist.

Aber machen Sie nicht den Fehler, serbisch-montenegrinische oder bulgarische Bergbewohner mit den Türken zu vergleichen. Die „anatolischen Gemeinsamkeiten“ sind das Ergebnis einer langen, gewaltsamen und grausamen Herrschaft, die diese Grenzvölker zu Märtyrern und zum blutenden Schutzschild Europas gegen die Vorfahren des IS machte, sowie eines der letzten Länder des Alten Kontinents, in dem das Christentum noch einen spirituellen Wert hat. Sie mit den Türken zu vergleichen, wäre daher eine Beleidigung.

Die nun müden Füße unseres Wander-Anthropologen machen sich schließlich bereit für die letzte Station, Griechenland. Im Vergleich zum Großteil der Balkanhalbinsel gibt es an ihrem Ende erhebliche Unterschiede. Nicht nur in der Sprache, deren hellenische Wurzel sich von der slawischen Wurzel des Serbokroatischen und Bulgarischen unterscheidet, ebenso wie von der neulateinischen Wurzel des Rumänischen oder der thrakisch-illyrischen Wurzel des Albanischen. Die Griechen sind nämlich unter den Balkanvölkern diejenigen, die aus geographischen Gründen eine größere maritime Kultur und damit verbundene Kontakte mit fremden Völkern entwickelt haben. Während das Hinterland vollständig balkanisch ist, haben sich die Küsten und Inseln tatsächlich viel mehr als der Rest der Region der Welt geöffnet und sind damit näher an Westeuropa herangerückt. Das bedeutet nicht, dass

Griechenland eine von den nördlich gelegenen Gebieten getrennte Einheit ist. Neben dem bereits erwähnten weniger entwickelten Hinterland teilen auch die Regionen Thessaloniki, Athen und die Inseln (einschließlich des Sonderfalls Zypern) die Essenz der balkanischen Geschichte und Identität: ein Grenzgebiet zu sein, unter der katastrophalen türkischen Herrschaft zu leiden und das Christentum als Identitätsverteidigung zu leben.

Diese hypothetische Reise durch den Balkan hat uns also ein Territorium von mittlerer Größe gezeigt, das aber religiöse, ethnische und kulturelle Unterschiede enthält, die dem indischen Subkontinent würdig sind. Diese Vielfalt ergibt sich zum Teil aus der meist bergigen Orographie und zum Teil aus historischen Rekursen. Diese Charakteristika haben den Balkan nicht nur zu einem ewigen Grenzland gemacht, sondern auch zu einer Art „Container“ für aufeinanderfolgende barbarische Invasionen, die nach einer Zwischenphase die jeweiligen Völker von Nomaden zu Sesshaften werden ließen. So gab es zwischen dem Untergang des Weströmischen Reiches und dem Jahr 1000 eine Abfolge von germanischen, slawischen, proto-türkischen und proto-ungarischen Bevölkerungen. Aus diesen bewaffneten Wanderungen entstanden eine Reihe von Königreichen und gelegentlich auch Imperien, die den Ursprung der heutigen Nationalstaaten der Halbinsel bilden. Die Griechen ihrerseits waren bereits die ethnische Basis des Byzantinischen Reiches, das, von Feinden umzingelt, den Großteil des Balkans verlor, aber das hellenische Mutterland und die heutige Westtürkei rettete. Bis zur katastrophalen Schlacht von Manzikert im Jahr 1071. In dieser historisch bedeutsamen Auseinandersetzung entrissen die Seldschuken den Oströmern den Großteil der anatolischen Halbinsel, also das wesentliche Hinterland des Reiches, kolonisierten und islamisierten es. Aber Konstantinopel überlebte.

Im Osten verstümmelt, von den Normannen aus Süditalien vertrieben und auf dem Balkan auf kaum mehr als Griechenland reduziert, fanden die Byzantiner dennoch die Kraft, sich zu erholen. Der tödliche Schlag würde nicht vom Islam kommen, wie es logisch gewesen wäre, sondern vom westlichen Christentum. Unfähig, die mohammedanische Bedrohung richtig einzuschätzen, haben sich in der Geschichte immer wieder Katholiken und Orthodoxe (und später auch Protestanten) gegenseitig abgeschlachtet, zum Vorteil des Islam. So kam es, dass die Europäer 1202 den Vierten Kreuzzug starteten, der, anstatt den christlichen Königreichen des Nahen Ostens zu helfen, es vorzog, Konstantinopel zu plündern, das byzantinische Reich in Stücke zu reißen und es durch ein sehr zerbrechliches lateinisches Reich zu ersetzen. Der ethnisch-religiösen Basis beraubt, brach es in weniger als 60 Jahren zusammen und wurde durch ein restauriertes byzantinisches Reich ersetzt, das nur noch ein Schatten seiner selbst war: eine Art „griechisches Königreich“, das aus einigen verstreuten Ländern bestand.

Der christliche Schild auf dem Balkan war zerbrochen, und für die türkischen Horden war der Weg nach Europa offen. Die Osmanen, weit weniger töricht als wir Westler, saßen nicht untätig herum. Noch bevor sie den Byzantinern den Todesstoß versetzt hatten, eroberten sie 1453 Konstantinopel und unterwarfen das heutige Bulgarien und Nordgriechenland. Die Verteidigung der verbliebenen christlichen Länder des Balkans wurde vom Königreich Serbien übernommen, das, zahlenmäßig unterlegen, eine schreckliche und umstrittene Niederlage in der Schlacht auf dem Amselfeld/Kosovo Polje (1389) erlitt. Die Osmanen waren nicht nur die erste islamische Weltmacht, sondern hatten es auch geschafft, in Europa Fuß zu fassen. Unter ihre Schläge fielen auch die verschiedenen rumänischen und albanischen Fürstentümer und das Königreich Ungarn. Diese Staaten leisteten immer wieder tapferen Widerstand gegen den islamischen Vormarsch, wurden aber letztlich besiegt und besetzt, und erst 1683 (zweite gescheiterte Türkenbelagerung Wiens) begann der Rückzug der Türken vom Balkan.

Es sei darauf hingewiesen, dass die entscheidende Schlacht bei Wien 1683 am 11. September stattfand. Dieser Tag gilt seither in der islamischen Umma als verfluchtes Datum, als Symbol der Ungerechtigkeit, das mit dem Blut der Ungläubigen gewaschen werden soll. Deshalb wurde der Angriff auf die New Yorker Zwillingstürme von Al-Qaida an diesem Datum durchgeführt, was zeigt, dass die mohammedanische herrschende Klasse ein viel solideres historisches Gedächtnis hat als die westliche Führung.

Und so musste sich die Region südlich von Belgrad und den Karpaten bis Mitte des 19. Jahrhunderts dem Gesetz von Istanbul unterwerfen. Es war eine dunkle Ära. Christen wurden als Untertanen zweiter Klasse behandelt, von zivilen und militärischen Ämtern im Staat ausgeschlossen und einer höheren Besteuerung unterworfen als die Mohammedaner. Die besten Ländereien wurden beschlagnahmt und an osmanische Adlige und türkische Kolonisten vergeben, industrielle Aktivitäten wurden unmöglich gemacht. Die zum Islam konvertierten Bevölkerungsgruppen hätten stattdessen die Rolle von regionalen Kapos übernommen, mit sozialen und steuerlichen Vorteilen. Daher die Konversion der Bosnier und der Mehrheit der Albaner (neben anderen kleinen verstreuten Gemeinschaften). *Dulcis in fundo* war die *devscirme* („Sammlung“ auf Türkisch), die „Blutsteuer“, ein barbarischer osmanischer Brauch, der darin bestand, eine bestimmte Anzahl von Kindern aus christlichen Familien auf dem Lande zu entführen, offensichtlich die schönsten und kräftigsten, um sie als muslimische Fanatiker zu erziehen und sie in die Janitscharen, die Elitetruppe der Sultane, aufzunehmen. Und das fast 500 Jahre lang, zumindest im größten Teil der Halbinsel.

Diese unmenschliche Behandlung führte zwangsläufig zu einem Dauerzustand von Aufständen, die bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts mit obszöner Brutalität unterdrückt wurden (die Massaker an Griechen und Bulgaren sind traurig berühmt). Nach endlosem Trauern erlaubte die osmanische Dekadenz den Balkanvölkern jedoch, ihre Freiheit wiederzuerlangen. Vom griechischen Unabhängigkeitskrieg 1821 bis zu den Balkankriegen 1912/13 wurde die Herrschaft der Sultane über unseren Kontinent nach und nach ausgehöhlt, so dass nur noch der heutige Teil der europäischen Türkei in islamischer Hand ist. In dieser wahren und richtigen „Rückeroberung des Ostens“ war die Rolle der Großmächte grundlegend, aber widersprüchlich. Auf der einen Seite war da das Russland der Zaren, das den führenden Staat der islamischen Welt zerstören, das orthodoxe Konstantinopel wiederherstellen, die Hegemonialmacht auf dem Balkan werden und den Ausgang zum Mittelmeer erreichen wollte. Alles in einer gut kalibrierten Mischung aus Imperialismus und kreuzfahrerischem Idealismus. Auf der anderen Seite stand das mitteleuropäische Reich der Habsburger. Auch die Herrscher von Wien hatten viele unerledigte Rechnungen mit Istanbul, doch sie kollaborierten bei dessen Vertreibung aus Europa. Allerdings war das österreichische und später österreichisch-ungarische Reich ein Reich mit einem viel empfindlicheren ethnischen Gleichgewicht als das zaristische, weshalb die Habsburger zu Recht befürchteten, dass ein Erwachen der Nationalitäten auf dem Balkan auf ihre eigenen Minderheiten übergreifen könnte. Deshalb (und aus Angst vor russischem Expansionismus) war Wien viel lauer als St. Petersburg, wenn es darum ging, gegen die Osmanen zuzuschlagen. Der dritte ausländische Akteur war Großbritannien und, in geringerem Maße, Frankreich. Die beiden westlichen Nationen litten, ähnlich wie Österreich, an einer Art Bipolarität. Einerseits schien das grausame osmanische Regime der im Wesentlichen aufklärerischen Mentalität Londons und Paris' unangenehm zu sein; andererseits ermöglichte die Furcht, dass der russische Bär zu mächtig werden könnte, den beiden Mächten, den endgültigen Zusammenbruch Istanbul bis zum Ersten Weltkrieg zu verhindern.

Ein Hauch von italienischer Farbe. Auch das nach der Wiedervereinigung liberale Italien leistete einen beachtlichen Beitrag zum Zusammenbruch des Osmanischen Reiches.

Zwischen 1911 und 1912 startete Italien nämlich ein koloniales Unternehmen gegen die Türkei. Obwohl die extreme Armut der meisten Bewohner des Königreichs die römische Führung berechtigten Vorwürfen des Hochmuts und des Minderwertigkeitskomplexes gegenüber den Mächten, die diesen Namen verdienen, aussetzte, bleibt es eine Tatsache, dass dieses Abenteuer ein Segen für die Balkanvölker war. In diesem Konflikt besiegten das italienische Heer, die Marine und eine neugeborene und abenteuerlustige Luftwaffe die osmanischen Streitkräfte ohne Einspruch, was der serbisch-griechisch-bulgarisch-montenegrinischen Koalition, die sich auf den Befreiungskampf vorbereitete, Zuversicht gab. Von diesem Sieg erhielt Italien den libyschen Sandkasten und die griechische Dodekanes. Auf diesen hellenischen Inseln wurde der Regimewechsel so begrüßt, dass es bis 1945, als sie an Griechenland übergingen, fast keine Spur von anti-italienischen Gefühlen gab. Ein weiterer italienischer Beweis dafür, dass man aus fragwürdigen Annahmen auch etwas Gutes herausholen kann.

Wir kommen zum Ersten Weltkrieg, dem geopolitischen Selbstmord Europas. Dieser Konflikt hatte zahlreiche Ursachen, bei denen die sogenannte Ostfrage nicht einmal die wichtigste war. Doch der Funke, der das (schon längst mit Benzin bespritzte) Holz in Brand setzte, kam ausgerechnet vom Balkan, mit dem tragischen Verbrechen von Sarajevo. Was dann kam, ist die Geschichte von vorgestern, mit den Wechselfällen des Alten Kontinents, verbunden mit den großen Ideologien des 20. Jahrhunderts und deren Nachwirkungen in den jugoslawischen Konflikten. Bei solch dramatischen Ereignissen (die die Geburt oder Wiederauferstehung verschiedener staatlicher Gebilde sahen) war das schwere kommunistische Erbe nicht das einzige. Es gibt ein anderes, älteres und heimtückischeres. Selbstverständlich ist es das osmanische, das durch die noch heute dem Glaubensbekenntnis Mohammeds treu ergebenen Bevölkerungen entstanden ist. Diese menschlichen Entitäten, insbesondere in Bosnien und im Kosovo, haben ein ohnehin schon komplexes geopolitisches Geflecht durcheinander gebracht.

Wie es der Zufall wollte, saß zwischen 1992 und 2000 ein Vertreter der radikalen Schickimicki- und Dritte-Welt-Linken namens Bill Clinton (1946-lebendig) im Weißen Haus, der es für klug hielt, stets islamische Gemeinschaften gegenüber christlichen, insbesondere serbischen, zu bevorzugen, um die für seine und seiner Frau Wahlkampf so nützlichen Lieferanten von Petrodollars aus dem Persischen Golf nicht zu verärgern. Das Ergebnis dieses Verrats an der westlichen Zivilisation (der die Orthodoxen zu Recht an den Vierten Kreuzzug erinnert) war die Schaffung von zwei Gebieten, die von einem Islam beherrscht werden, der ein fruchtbarer Boden für Radikalisierung ist, nämlich Zentralbosnien und Kosovo. Die Folgen von Clintons finsterem Verbrechen müssen sich erst noch voll entfalten, aber früher oder später werden Europa und sogar die USA die Rechnung bezahlen, und wir haben der Weisheit des amerikanischen Volkes in nicht geringem Maße zu danken, dass es verhindert hat, dass Bills „bessere Hälfte“ auf dem Stuhl sitzt, der einst ihrem Mann gehörte.

Wie kurzsichtig Clintons Management der Bosnien- und Kosovo-Krise war, lässt sich an den Ergebnissen ablesen. Bosnien ist eine unregierbare Collage, in der Islamisten von unfreundlichen Ländern wie Katar und Erdogans Türkei unterstützt werden, während die serbische und die kroatische Gemeinschaft auf die Gelegenheit warten, sich mit ihren jeweiligen Mutterländern wieder zu vereinigen. Der Kosovo hingegen ist zu einer Art Mafia-Staat mit teilweiser internationaler Anerkennung geworden, zu bevölkerungsreich, um von Serbien wieder aufgenommen zu werden (da er größtenteils albanisch und islamisch ist), aber zu arm, um auf eigenen Füßen zu stehen, ohne den Geldstrom, den der Westen und die Monarchien des Persischen Golfs ihm jedes Jahr geben.



Die Absurdität bzw. die Instabilität dieser Situation ist seit den 1990er Jahren offensichtlich. Doch erst im April 2021 schlug Slowenien in einem inoffiziellen Dokument eine vernünftige Grenzänderung vor. Diese Änderung sollte den aktuellen ethnisch-religiösen Gemeinschaften folgen, mit dem logischen Ziel, Staaten mit kompakten Nationalitäten zu schaffen und rechtliche Schattenkegel zu beseitigen. Dieser Vorschlag hat vorhersehbarerweise in ein diplomatisches Hornissennest gestochen, und zwar so sehr, dass die slowenische Regierung sofort jede Formalität des Vorschlags dementiert hat. Tatsache ist, dass die bloße Erwähnung des Themas einen Streit ausgelöst hat, was zeigt, dass ein roher Nerv getroffen worden ist.

Der Balkan ist auch heute noch ein Grenzgebiet und ein potentielles Schlachtfeld. Obwohl die Probleme zwischen westlichem und östlichem Christentum seit langem im Wesentlichen kultureller Natur sind, droht die islamische Bedrohung wie nie zuvor seit 1913. Nur die Instrumente der Invasion haben sich geändert, denn wir sind von osmanischen Armeen zu Terrorismus, Masseneinwanderung und der überhöhten Geburtenrate muslimischer Gemeinschaften übergegangen. Der Westen muss sich ein für alle Mal entscheiden, ob er sich auf die Seite seiner Henker stellt oder ein echtes Bündnis mit den Völkern eingeht, die seit Jahrhunderten die Hauptschläge der erzwungenen De-Europäisierung einstecken mussten.



**Fabio Bozzo**

Abschluss in Geschichte mit moderner und zeitgenössischer Adresse an der Universität Genua. Er ist Essayist und Autor von *Ucraina in fiamme. Le radici di una crisi annunciata* (2016), *Dal Regno Unito alla Brexit* (2017), *Scosse d'assestamento. „Piccoli“ conflitti dopo la Grande Guerra* (2020) und *Da Pontida a Roma. Storia della Lega* (2020, mit einem Vorwort von Matteo Salvini).



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [CENTRO MACHIAVELLI](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

### **33) Slowenien: Über 200.000 Arbeitsplätze gesichert**

01. 05. 2021



Premierminister Janez Janša · Foto: Büro des Premierministers

#### **Die Botschaft von Premierminister Janez Janša zum 1. Mai, dem Internationalen Tag der Arbeit und dem Fest des Heiligen Josef des Arbeiters.**

Wie viele Werte wir auch immer in der Arbeit entdecken mögen, wir dürfen nie die Wahrheit aus den Augen verlieren: Es ist nicht der Mensch um der Arbeit willen, sondern die Arbeit um des Menschen willen. Diese Worte von Papst Paul VI. sprechen uns besonders an diesem Tag der Arbeit an, an dem die Situation sowohl des globalen als auch des heimischen Arbeitsmarktes, die Herausforderungen der Wirtschaft und die Schwierigkeiten, denen sie infolge der Epidemie gegenübersteht, nur noch mit den schwierigsten Prüfungen in der Geschichte der Menschheit vergleichbar sind.

Im vergangenen Jahr habe ich eine Reihe von Unternehmen besucht und mich mit dem Management und den Mitarbeitern getroffen. Während wir im Kampf gegen das Virus den Schutz von Gesundheit und Leben immer an die erste Stelle gesetzt haben, kann ich Ihnen versichern, dass die Regierung in diesem Jahr alles getan hat, um die negativen Auswirkungen der Epidemie auf Wirtschaft und Arbeitsplätze zu minimieren. Wir sind uns der Verantwortung der Regierung in schwierigen Situationen wie dieser bewusst. Wir

werden weiterhin alles in unserer Macht stehende tun, um Unternehmen und Mitarbeitern zu helfen, auch wenn das Schlimmste der Gesundheitskrise vorüber ist.

Trotz der extrem schwierigen Situation ist es uns gelungen, das hohe Beschäftigungsniveau zu halten, das durch die Epidemie um weniger als 1,5 % gesunken ist. Bis heute wurden allein für mehr als 300.000 Beschäftigte mehr als 560 Mio. € aus dem Staatshaushalt für Maßnahmen gezahlt, die direkt dem Erhalt von Arbeitsplätzen dienen. Für die Zahlung von Arbeitnehmerbeiträgen, mehr als 558 Millionen € für mehr als 500.000 Arbeitnehmer. Wir haben mehr als 300 Millionen Euro für die Grundeinkommensunterstützung bereitgestellt. Durch diese Maßnahmen konnten mehr als 200 000 Arbeitsplätze gerettet werden. Nach der Methodik von Eurostat hat sich die Arbeitslosenquote im EU-Durchschnitt um 2 Prozentpunkte erhöht, in Slowenien um 0,5 Prozentpunkte, womit wir bei der Rettung von Arbeitsplätzen während einer Epidemie ganz oben in der europäischen Liga stehen. Das ist und bleibt die beste sozialpolitische Maßnahme für jedes Land.

Wir haben mit den acht Anti-Korruptionspaketen und durch Maßnahmen in anderen Gesetzen viel getan, um die Auswirkungen der Epidemie auf die Bürger, die Wirtschaft und andere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens zu minimieren. Wir haben mehr als 2,9 Milliarden Euro für den reibungslosen Betrieb und die Erholung von Unternehmen in allen Sektoren aufgewendet und die Situation der Schwächsten, der älteren Menschen und der Familien mit mehreren Kindern verbessert. Wir verstehen die Not derer, die durch die Epidemie ihren Arbeitsplatz verloren haben. Deshalb wurde im April dieses Jahres ein Solidaritätszuschlag an die Arbeitslosen gezahlt, von dem wir uns erhoffen, dass er ihre Situation zumindest etwas mildert, bis sie wieder arbeiten können.

Die Welt nach der Pandemie ist anders. Dinge, die wir gestern noch für selbstverständlich hielten, sind es heute nicht mehr. Die Herausforderungen, vor denen wir als Nation und als Menschheit stehen, sind größer denn je. Das veränderte Umfeld verlangt von uns in erster Linie ein Umdenken und in der Folge ein verändertes Handeln in allen Bereichen.

Die erfolgreichsten Länder werden diejenigen sein, die die Pandemiekrise als Chance begreifen. Slowenien bereitet sich mit aller Ernsthaftigkeit auf die Herausforderungen der Zeit vor. Schritt für Schritt gehen wir die größten Hindernisse für eine erfolgreiche Entwicklung an. Wir werden unlogische Bürokratie und bürokratische Hindernisse beseitigen, die gute Ideen ersticken und harte Arbeit belohnen. Nur so können wir verhindern, dass Menschen, vor allem junge Menschen, ins Ausland gehen und ihr Wissen zu Hause einsetzen. Deshalb haben wir bereits im letzten Jahr einen Strategischen Rat für Entbürokratisierung eingesetzt, der bereits erste konkrete Vorschläge zur Beseitigung bürokratischer Hindernisse vorgelegt hat, und die Regierung hat inzwischen einen Gesetzentwurf zur Entbürokratisierung verabschiedet und an die Nationalversammlung geschickt. Und das ist erst der Anfang.

Wir machen uns keine Illusionen, dass wir alle Probleme, die sich über die Jahrzehnte angesammelt haben, über Nacht und schnell lösen werden. Neben dem Entbürokratisierungsgesetz hat die Regierung auch ein Paket von Änderungen an fünf Steuergesetzen verabschiedet. Das Steuererleichterungspaket sorgt für ein stabiles und berechenbares steuerliches Umfeld, was sowohl für Investitionen als auch für den wirtschaftlichen Fortschritt wichtig ist. Es ist auch unsere konkrete Antwort auf die Warnungen vieler Unternehmen, dass sie Top-Talente aufgrund der anreizhemmenden Steuergesetze einfach nicht angemessen entlohnen können.

Der Strategische Rat für Digitalisierung und der Strategische Rat für Sozialpolitik haben ebenfalls ihre Arbeit aufgenommen. Fragen der sozialen Sicherheit sind für Länder auf der

ganzen Welt, einschließlich Slowenien, zu einer noch größeren Herausforderung geworden: Rentensysteme und ihre Nachhaltigkeit, Gesundheitssysteme und ihre Zugänglichkeit, neue Formen der Beschäftigung.

Es stimmt, dass die Länder im 20. Jahrhundert Sozialgesetze verabschiedet haben, aber jetzt stehen wir vor den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, d.h. Globalisierung, Digitalisierung und eine alternde Bevölkerung. Unsere Zukunft hängt davon ab, wie wir diese Themen angehen. Der Erfolg und die Wettbewerbsfähigkeit der slowenischen Wirtschaft, der Wert der Arbeit und der Arbeitsplätze und damit das Wohlbefinden der Bürger hängen davon ab.

Das Ziel der von mir geführten Regierung ist es, Bedingungen zu schaffen, die sicherstellen, dass jeder, der arbeitsfähig ist, einen anständigen Arbeitsplatz zu einem anständigen Lohn hat. Jeder, der arbeitet, muss genug verdienen, um ein anständiges Leben zu führen, für sich selbst und für diejenigen, die er unterstützt. Jede Arbeit, ob Lohnarbeit oder prekäre Arbeit, muss rechtlich geschützt sein. Zugang zum Arbeitsmarkt, Bildung und lebenslanges Lernen, gleicher sozialer Schutz und soziale Dienstleistungen für alle Arbeitnehmer unabhängig von ihrem Arbeitsvertrag, faire Arbeitsbedingungen, angemessene Ausbildung, die auf die Bedingungen des Arbeitsmarktes abgestimmt sein muss – das alles sind Rechte, die den Arbeitnehmern auch unter den neuen Arbeitsbedingungen garantiert werden müssen.

Wir sind uns bewusst, dass ohne eine florierende Wirtschaft alle unsere Bemühungen gute Absichten bleiben. Deshalb ist unsere größte Herausforderung in diesem Moment eine erfolgreiche wirtschaftliche, soziale und allgemeine Erholung für Slowenien.

Die Epidemie war und ist eine Tortur, bei der wir als Gesellschaft eine solidarische Verantwortung haben, um die Gesundheit unserer Lieben, Kollegen und Freunde zu schützen und als Land die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen und Arbeitsplätze zu erhalten, die die Grundlage für die weitere Entwicklung und die Garantie für das soziale Wohlergehen aller Bürger sind. Die von mir geführte Regierung ist sich dessen bewusst. Für uns sind die Worte, die wir bei der Vereidigung in der Nationalversammlung gesagt haben, eine Verpflichtung, die wir jeden Tag durch unsere verantwortungsvolle Arbeit für das Gemeinwohl und für den Wohlstand Sloweniens umsetzen. Wir laufen nicht vor der Verantwortung weg. Unsere Entscheidungen und alle Maßnahmen, die wir bisher getroffen haben, sprechen für uns.

Ihnen allen, vor allem denen, die von der eigenen aktuellen oder vergangenen Arbeit und dem eigenen Management leben, herzliche Glückwünsche zum 1. Mai, dem Internationalen Tag der Arbeit und dem Fest des Heiligen Josef des Arbeiters. Bleiben Sie gesund und mutig. Halten Sie die Hoffnung am Leben.

Quelle: [gov.si](http://gov.si)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

### 34) Von George Soros finanzierte Organisationen in Slowenien

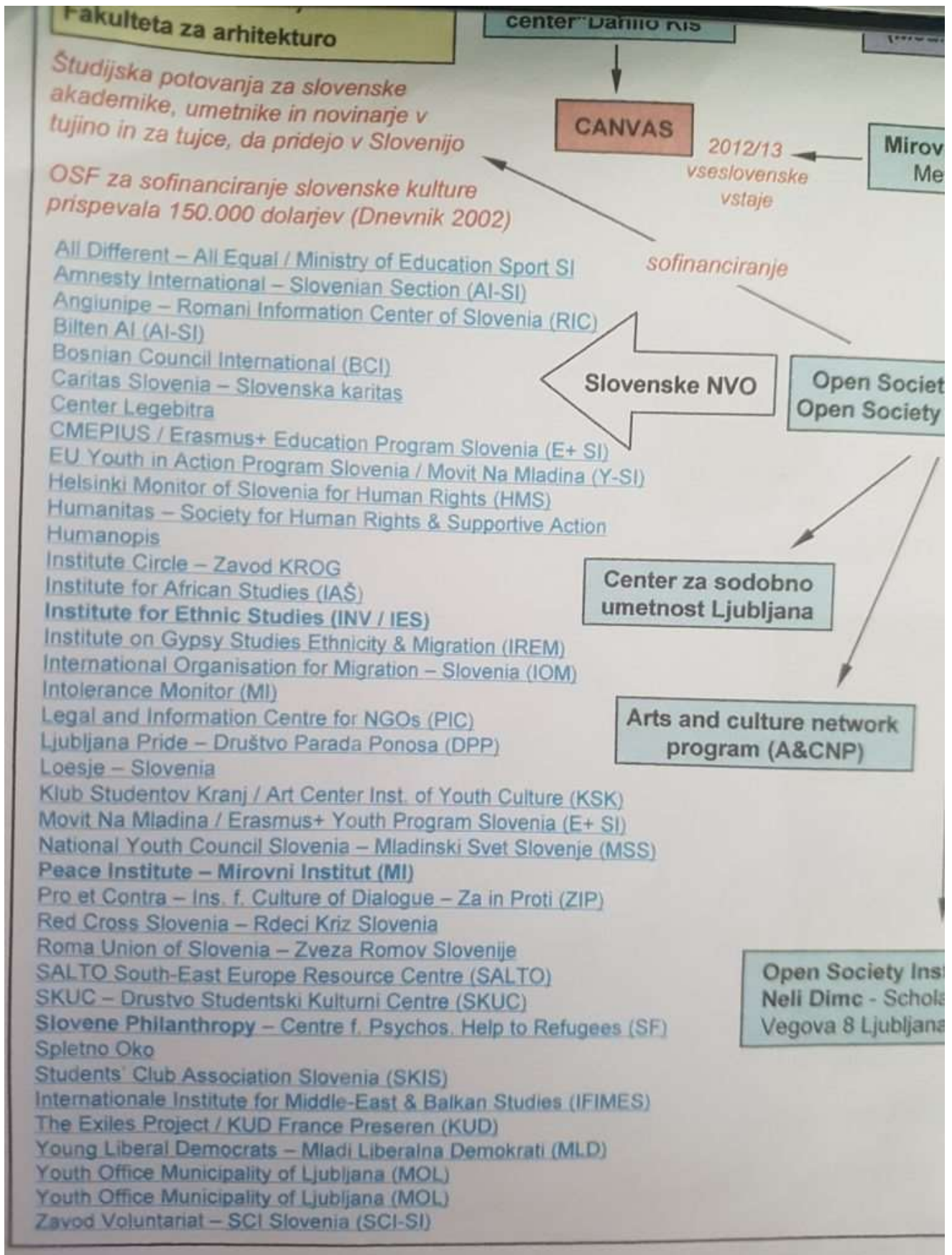
30. 04. 2021



Der Laibacher Bürgermeister Zoran Janković · Foto: Nova24TV-Archiv

**Dank der Hackergruppe DCLeaks wurden vor einiger Zeit erstmals Informationen über die Finanzierung slowenischer NGOs durch den amerikanischen Finanzspekulanten George Soros, hauptsächlich durch seine berüchtigte Open Society Foundation, öffentlich gemacht.**

Soros war schon bald nach der Unabhängigkeit in Slowenien aktiv. Berichten zufolge trug er zwischen 1992 und 2000 fast 150 Tausend US-Dollar zur Mitfinanzierung der slowenischen Kultur bei, finanzierte Studienreisen für slowenische Akademiker, Künstler und Journalisten ins Ausland und hatte ein starkes Interesse daran, Ausländer nach Slowenien zu bringen. In den 1990er Jahren war er bemüht, möglichst viele Flüchtlinge aus den Republiken des ehemaligen Jugoslawiens zu holen. Slowenien war ein wichtiger Teil seiner Vision von einem Europa ohne Nationen und Grenzen. Allein 1992 spendete er zum Beispiel 326 000 Dollar an die Open Society Foundation, um die Gehälter von Lehrern zu bezahlen, die die Kinder von Balkanflüchtlings unterrichteten.



Liste der slowenischen Organisationen, die von George Soros finanziert werden · Foto: Nova24TV

George Soros hat über seine Open Society Foundation und sein gleichnamiges Institut eine Reihe von slowenischen NGOs finanziert, darunter:

- Alle anders – Alle gleichberechtigt/Ministerium für Bildung und Sport,
- Amnesty International Slowenien,
- Anglunipe – Roma-Informationszentrum,
- AI-Bulletin,
- Bosnischer Internationaler Rat,
- Caritas Slowenien,
- Legebitra – Anwaltschaft für die Menschenrechte der LGBT-Gemeinschaft,
- CMEPIUS- und Erasmus-Studienprogramme,
- MOVIT – Institut für die Entwicklung der Jugendmobilität,
- Helsinki Monitor,
- Humanitas,
- Humanopis und
- KROG-Institut.

Auf der Liste stehen auch:

- das Institut für afrikanische Studien,
- der Verein Pride Parade,
- der slowenische Jugendrat
- das slowenische Rote Kreuz,
- Web Eye,
- Loesje Slowenien,
- die Internationale Organisation für Migration,
- das Institut für Roma-Studien,
- der slowenische Roma-Verein,
- der Verein Studentisches Kulturzentrum,
- Für und Wider (ZIP),
- Slowenische Philanthropie – Hilfe für Obdachlose,
- Junge Liberale Demokraten (MLD),
- Voluntariat Institute – SCI Slovenia,
- SKUC – Studentisches Kulturzentrum e.V.,
- Internationales Institut für Nahost- und Balkanstudien,
- Kulturverein France Prešern.

### **Soros-Gelder landeten auch in der Stadtverwaltung von Ljubljana/Laibach**

Open Society arbeitet auch eng mit dem Laibacher Bürgermeister, Zoran Janković, zusammen, da das Amt für Jugend, das unter der Schirmherrschaft der Stadtverwaltung arbeitet, ebenfalls ein Empfänger von Mitteln der Soros-Stiftung ist. Darüber hinaus gehören auch das Friedensinstitut, Media Preža, das serbische Kulturzentrum Danilo Kiš, das Zentrum für zeitgenössische Kunst in Laibach, das Digital Media Lab (Ljudmila) und die Multimedia-Zentren in Marburg und Koper zu den Empfängern von Soros-Geldern.

Es handelt sich dabei um NGOs, die zumeist auf die eine oder andere Weise mit den slowenischen Sozialdemokraten (SD) verbunden sind, die auch in Mazedonien eng mit Soros zusammenarbeiten, wo sie geholfen haben, die dortige rechtsgerichtete Partei zu stürzen und ihre Schwesterpartei, die SDSM, unter der Führung des neuen Mandatsträgers, Zoran Zaev, an die Macht zu bringen. Dazu muss man wissen, dass die Sozialdemokraten eine „reformierte“ kommunistische Partei sind, und dass ihre Vorsitzende Tanja Fajon (MdEP) zu den Abgeordneten gehört, die von Soros finanziell unterstützt werden.

Darüber hinaus haben diese NGOs familiäre und/oder freundschaftliche Verbindungen zu praktisch allen linken oder linksliberalen Parteien in Slowenien. So hat die Linkspartei, die viele Sympathisanten in der akademischen Welt, unter Künstlern und unter jungen Menschen hat, starke Verbindungen zu diesen NGOs. Die anderen linksliberalen Parteien sind in allen Fällen Marionettenparteien der politischen Linken, um Stimmen bei naiven Wählern zu sammeln, die „neue Parteien“, „neue Wege“ und/oder „neue Gesichter“ in der Politik wollen.

Der jüngste Stapel von Dokumenten, die von DCLeaks durchgesickert sind, belegt auch, warum die Medien des früheren slowenischen Regimes – mit wenigen Ausnahmen – nie kritisch über die Arbeit von George Soros berichten haben, der 1992 sogar gegen das britische Pfund intrigierte und es durch Finanzspekulationen abstürzen ließ, wodurch Millionen Engländer ihrer Altersvorsorge beraubt wurden.

Ein gutes Beispiel dafür sind die kommerziellen Fernsehsender POP TV und Kanal A, die im Besitz von Central European Media Enterprises sind, einer auf den Bahamas ansässigen Firma, die von Ronald Lauder, einem politischen Aktivist, gegründet wurde. Central European Media Enterprises ist in den Besitz des US-Multis Time Warner übergegangen, von dem Soros in den vergangenen zwei Jahren rund 4 Millionen Aktien gekauft hat. Ähnliche Verbindungen bestehen in den meisten anderen großen kommerziellen slowenischen und europäischen Medien.

### **Wer steht hinter der Hackergruppe DC Leaks?**

Und wer sind die Hacker der Gruppe DC Leaks, die sich darauf spezialisiert haben, die Öffentlichkeit über die verdeckte politische Arbeit des sogenannten Philanthropen und Menschenrechtsaktivisten George Soros zu informieren? DC Leaks wurde im Jahr 2016 gegründet. Seit ihrer Gründung ist die Gruppe für die Veröffentlichung geheimer E-Mails von bekannten US-Regierungsvertretern und Militärs verantwortlich. US-Geheimdienste vermuten, dass die Hacker von DC Leaks eng mit der russischen Cyberspionage-Gruppe Fancy Bear verbunden sind, zu der auch Mitarbeiter der ehemaligen politischen Geheimpolizei KGB gehören.

Quelle: [Nova24TV](#)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*



### 35) Slowenien: illegale Migranten werden jetzt härter angefasst Von Moja-Dolenjska

29. 04. 2021



Migranten- Foto: Matic Štojs Lomovšek

#### **Änderungen des Ausländergesetzes treten in Kraft:**

Eine Änderung des Ausländergesetzes ist in Kraft getreten, die die Bedingungen für den Aufenthalt von Ausländern in Slowenien verschärft. Die Nationalversammlung hat das Gesetz Ende März verabschiedet.

Das Gesetz führt den Begriff der „komplexen Krise“ ein und stellt neue Regeln für Asylbewerber auf.

Mit der Erklärung einer „komplexen Krise“ wird es möglich sein, die Anwendung der Bestimmungen des Gesetzes über den internationalen Schutz im Falle einer Änderung der Migrationssituation auszusetzen und damit den Zugang zum Asyl zu begrenzen. Eine solche Krise könnte von der Nationalversammlung mit mindestens 46 Stimmen ausgerufen werden.

Wie Innenminister Aleš Hojs erklärte, folgen die gesetzlichen Lösungen eng der Entscheidung des Verfassungsgerichts der Republik Slowenien vor zwei Jahren, das die Bestimmungen des Artikels 10b des Ausländergesetzes für verfassungswidrig befand und die Möglichkeit der Abweisung von Ausländern ohne individuelle Prüfung aufhob.

Die neuen gesetzlichen Lösungen werden von Pro-Migranten-NGOs kritisiert. Sie sind der Ansicht, dass die Einführung des Begriffs der „komplexen Krise“ im Widerspruch zur Internationalen Flüchtlingskonvention steht, die besagt, dass jeder das Recht hat, internationalen Schutz zu beantragen, und dass der Grundsatz der Nichtzurückweisung verletzt würde. Sie kündigen an, dass das Gesetz vor dem Verfassungsgericht erneut geprüft werden muss.

## Verschärfte Bedingungen für den Aufenthalt von Ausländern in Slowenien und für die Familienzusammenführung

Das Gesetz führt einige weitere Neuerungen ein, vor allem in Richtung einer Verschärfung der Bedingungen für den Aufenthalt von Ausländern in Slowenien. Unter anderem wird eine Anforderung an die Kenntnis der slowenischen Sprache auf dem Grundniveau für Ausländer, die zum ersten Mal ins Land kommen, und auf dem A2-Niveau für Ausländer, die schon mehrere Jahre in Slowenien leben, eingeführt. Die Bestimmungen über das Erfordernis der Kenntnis der slowenischen Sprache werden zwei Jahre nach Inkrafttreten der Novelle in Kraft treten.

Darüber hinaus werden die Bedingungen für die Familienzusammenführung verschärft. Ausländer können dieses Recht nun erst nach zwei Jahren Aufenthalt in Slowenien ausüben, bisher war es ein Jahr. Auch die Erstattung von berufsbedingten Ausgaben ist von den Mitteln zur Bestreitung des Lebensunterhalts ausgeschlossen. Diese Lösungen wurden ebenfalls von NGOs, die unter dem Banner der Pro-Soros-Parteien in Slowenien agieren, stark kritisiert.

Quelle: [Demokracija](#)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

### **36) Admiral gegen die NGOs: „Sie sind Piraten, die Italien bedrohen“** Von Konteradmiral a.D. Nicola De Felice

27. 04. 2021



Konteradmiral Nicola De Felice · Foto: Facebook

*„Diese NGOs, die an Ministerpräsident Draghi schreiben und sich auf das Seerecht berufen, wissen nicht, wovon sie reden, und sie haben jedenfalls kein Recht, illegale Einwanderer in Italien anzulanden“*

Das Seerecht der Vereinten Nationen (UNCLOS), das von mehr als 200 Ländern, darunter auch Italien, ratifiziert wurde, verlangt von NGO-Schiffen, das Recht des Küstenstaates zu respektieren, den Schutz seiner Grenzen gegen den Menschenhandel mit illegalen Einwanderern zu wahren.

NGO-Schiffe haben die Pflicht, sich mit dem für die Seenotrettung zuständigen Staat abzustimmen, was – wie es der Zufall will – nie Italien ist, sondern Libyen, Tunesien oder Malta. Nur diese Staaten sind für die Bekanntgabe des sogenannten ‚Place of Safety‘ (sicherer Hafen) zuständig. Darüber hinaus verlangen internationale Regeln keinesfalls die sofortige Ausschiffung von illegalen Einwanderern, außer in Fällen äußerster Notwendigkeit.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass illegale Einwanderer dafür bezahlen, an Bord der NGO-Schiffe gebracht zu werden, die ständig vor der libyschen Küste stationiert sind und die den Menschenhändlern vertraute Situation (pull factor) erzeugen: sie schicken den NGO-Schiffen gebrechliche Schlauchboote entgegen und erhöhen damit auf schändliche Weise die Zahl der Todesfälle auf See.

Die NGO-Schiffe sind ferner verpflichtet, die EU-Dublin-Verordnung einzuhalten, die den Flaggenstaat (Spanien im Falle von Open Arms, Deutschland im Falle von Sea Watch 3 und 4, Norwegen im Falle von Ocean Viking) dazu verpflichtet, Asylsuchenden internationalen Schutz zu gewähren.

Das bedeutet, dass die betreffenden Flaggenstaaten sich um die Asylbewerber kümmern und sie auf dem Seeweg oder per Luftbrücke abholen müssen.

Gegen all diese Missstände werden wir von der Lega am 8. Mai vor der spanischen Botschaft in Rom protestieren, zumal Spanien durch kostenfreie Verfügungstellung des Hafens von Burriana bei Valencia diesen NGO-Schiffen bewusst hilft: es ist der Hafen der modernen Piraten des 21. Jahrhunderts!

Quelle: [VoxNews](#)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

37) Interview mit Álvaro Peñas bei Trimarium.org.ua

02. 05. 2021



Álvaro Peñas · Bildquelle: El Correo de España

*Wir freuen uns, unseren Lesern ein Interview mit Alvaro Peñas präsentieren zu können, der bei El Correo de España und mehreren anderen Medienplattformen in Mittel- und Osteuropa (darunter UNSER MITTELEUROPA) schreibt.*

**Könnten Sie uns kurz etwas über die „Erinnerungspolitik“ in Spanien erzählen? Was waren die Hauptgründe für die Exhumierung von General Franco und wie hängt dies mit dem ideologischen Erbe des spanischen Bürgerkriegs zusammen?**



Demontage der Franco-Statue in Melilla

Das „Gesetz zur historischen Erinnerung“ wurde 2007 mit der sozialistischen Regierung von José Luis Rodríguez Zapatero geboren. Mit diesem Gesetz und anderen flankierenden Maßnahmen sollte jedes Symbol im Zusammenhang mit dem Franquismus entfernt werden: Namen von Straßen, Plätzen, Statuen, Denkmäler, etc. Dieses Gesetz wird seither angewendet und hat nicht nur die franquistischen Denkmäler beseitigt. In diesem Jahr wurde in Melilla eine Statue Francos entfernt, die letzte in Spanien verbliebene, die ihn 1923 als Kommandeur der Legion darstellte. Franco und seine Legionäre haben die Stadt vor einem Massaker durch die Mauren gerettet, das heißt, es ist eine Tatsache, die nichts mit dem Bürgerkrieg zu tun hat, aber sie haben dieses Gesetz angewandt, um die Statue niederzureißen. Auf den Balearen wurden im letzten Monat mehrere Straßen als „franquistisch“ entfernt, darunter auch jene, die den Admiralen Churruca, Gravina und Cervera gewidmet sind, die 1805, 1806 bzw. 1909 starben. Das Gesetz wird auch benutzt, um die Kreuze derer abzureißen, die von der republikanischen Seite getötet wurden. In Wirklichkeit versuchen das Gesetz, die gesamte Vergangenheit Spaniens auszulöschen, die nicht mit ihrer radikalen Ideologie übereinstimmt. Die derzeitige sozialkommunistische Regierung beabsichtigt, noch einen Schritt weiter als das „Gesetz zur historischen Erinnerung“ zu gehen und es zu einem Verbrechen zu machen, jegliche vom Franquismus durchgeführte Politik zu verteidigen, so dass ein Historiker mit einer Geldstrafe oder Gefängnis bestraft werden könnte, wenn er über historische Fakten spricht. Und das alles, während Straßen und Statuen z.B. den von den Komintern organisierten internationalen Brigaden gewidmet werden.



Das Tal der Gefallenen

Die Exhumierung Francos war eine der Aktionen, zu denen sich der derzeitige Präsident, Pedro Sánchez, verpflichtet sah und die Begründung war, dass das Valle de los Caídos (Tal der Gefallenen) die Grabstätten der Gefallenen des Bürgerkriegs (von beiden Seiten) beherbergen soll, jedoch nicht Francos Grabstätte. Das Tal war ein Symbol der Versöhnung, aber diese Regierung ergriff diese Maßnahme als Propagandamaßnahme, um die radikalen



Entfernung von Francos Überresten aus dem Tal der Gefallenen

Sektoren der Linken zu befriedigen und die Konfrontation zwischen Spaniern verschiedener Weltanschauung zu fördern. Es gibt in der Tat einige, die heute den Krieg gewinnen wollen, den sie vor achtzig Jahren verloren haben.

**Ist Franco ein Held für die spanische Bevölkerung im Allgemeinen? Einerseits hat er Spanien vor dem Kommunismus gerettet, andererseits sind die Folgen des Kommunismus nicht jedem so vertraut wie uns Osteuropäern.**



Ehemalige Grabstätte Francos

Franco wird immer wieder in der politischen Debatte verwendet, aber gleichzeitig ist er ein großer Unbekannter und das Ziel ist es, diese Periode der spanischen Geschichte immer weniger bekannt zu machen. Die historische Version, die per Gesetz durchgesetzt wird, ist, dass Franco einem demokratischen Regime ein Ende setzte. Es ist eine Version von Guten und Bösen, in der einige Verbrechen vergessen und andere bis zum Überdruß wiederholt oder übertrieben werden. In dieser Version kämpften die Sozialisten, Kommunisten und Stalin für die Verteidigung von Demokratie und Freiheit, und Franco ist ein Faschist, der das spanische Volk unterdrücken wollte. Es ist im Grunde das gleiche Narrativ, das während des Bürgerkriegs aufrechterhalten wurde. Es geht nicht um Geschichte, es ist reine Ideologie.

Tatsächlich haben wir hier in Spanien die Diktatur des Proletariats dank des Sieges der nationalen Seite nicht erlebt, und wie in weiten Teilen Westeuropas gibt es auch hier eine idealistische und sogar romantische Vision des Kommunismus. Die Tschetschenen, die politischen Morde, die Verfolgung der Katholiken oder die Massaker sind Themen, über die man nicht reden will. Ganz zu schweigen von den fast tausend Toten, die von der baskischen Separatistengruppe ETA verursacht wurden, einer marxistisch-leninistischen Organisation, deren politische Erben im Parlament sitzen und die Regierung unterstützen. Sie sagen uns, dass wir das Blatt in dieser Frage wenden müssen; ihr letzter tödlicher Angriff war 2009, aber sie erinnern uns jeden Tag an die Opfer der nationalen Seite im Bürgerkrieg.

## Was sind die Hauptargumente der Linken gegen Franco?



Francisco Franco

Franco ist das absolute Böse. Franco führt einen Staatsstreich gegen die Demokratie durch, obwohl es zwei Jahre zuvor die Linke war, die das tat. Franco bombardiert die Zivilbevölkerung, obwohl die ersten, die dies taten, die Republikaner in Nordafrika und Cabra im Jahr 1936 sind. Franco wird von den Diktatoren unterstützt, obwohl der Hauptunterstützer der Republik Stalin ist. Und so weiter. Es ist ein rein ideologisches Argument, das sich weigert, die Verantwortung der Linken im Bürgerkrieg zu akzeptieren. Und das gleiche gilt für die Nachkriegszeit, es gibt nichts Gutes an Francos Regime. Das Lustigste ist, dass diejenigen, die am meisten über Francos Diktatur reden, kein Problem damit haben, mit Symbolen der DDR zu posieren oder Lenin zu preisen.

## **Gibt es einen ideologischen oder historischen Kompromiss zwischen denen, die jede Seite des Konflikts im Spanischen Bürgerkrieg unterstützt haben?**

Angeblich sollte der Übergang zur Demokratie das Ende der während des Bürgerkriegs eröffneten Konfrontation markieren, aber die Wahrheit ist, dass dies nicht der Fall gewesen ist und die Wunden aus rein politischen Interessen wieder aufgerissen worden sind. Abgesehen davon, dass diese Politik kein Ende zu haben scheint, bleibt die Zukunft des Tals der Gefallenen abzuwarten, denn die Exhumierung Francos war nur der Anfang. Die Idee der Regierung ist es, dort ein Zentrum einzurichten, um zu erklären, was im Bürgerkrieg passiert ist, also ihre Version zu erzählen, es in einen zivilen Friedhof zu verwandeln und die Benediktinermönche, die es betreiben, zu vertreiben. Auch die Zukunft des 150 Meter hohen Kreuzes, dessen Abriss Podemos gefordert hat, wurde angesprochen, was laut den Sozialisten im Moment nicht zur Debatte steht. Der Hass gegen die katholische Religion ist in einem guten Teil der spanischen Linken immer noch präsent.



**In diesem Jahr haben die spanische Sozialistische Arbeiterpartei und Podemos die Enteignung von Grundstücken derjenigen erlaubt, die mehr als zehn Stockwerke besitzen. Bedeutet dies, dass Spanien das Schicksal Venezuelas erwartet, wenn diese Politik fortgesetzt wird?**

Diese Maßnahme wurde vorerst auf den Balearen ergriffen, wo die sozialistische Regierung mit Unterstützung von Kommunisten und Independentistas 56 Häuser für sieben Jahre gegen eine geringe Entschädigung der Eigentümer enteignet hat. Podemos wollte die gleiche Maßnahme auf die nationale Ebene übertragen, aber bisher wurde sie von den Sozialisten abgelehnt. Was sie begünstigt haben, sind Hausbesetzungen, ein Problem, das in Spanien zu einer echten Plage wird. Einige Maßnahmen unserer Regierung scheinen jedoch nach Venezuela zu gehören, wie z.B. die Kontrolle der Medien und des Justizwesens.



Treffen von Delcy Rodríguez und José Luis Abalos am Flughafen Madrid

Die direkte Beziehung zwischen Podemos und Chavista-Führern hat auch zu kompromittierenden Situationen für die Regierung geführt, wie z. B. der Besuch der venezolanischen Vizepräsidentin Delcy Rodríguez, der die Einreise in die Europäische Union untersagt ist, die sich aber mit einem sozialistischen Minister am Madrider Flughafen traf. Oder das unerklärliche Lösegeld in Höhe von 53 Millionen Euro für die der Maduro-Regierung nahestehende Fluggesellschaft Plus Ultra.

**Können wir sagen, dass die historische Erinnerungspolitik zu einer weiteren Polarisierung führen wird? Wenn ja, wird Spanien die Prozesse vermeiden können, die in den Vereinigten Staaten seit 2020 stattgefunden haben?**

Das ist richtig, und genau das wurde angestrebt, um Spannungen zu erzeugen und Konfrontationen zu provozieren. Das Schlimmste ist, dass dieses „Gesetz zur historischen Erinnerung“ die Unterstützung aller Parteien hatte, nicht nur der Linken, denn auch die liberale Rechte (Volkspartei – PP) und das Zentrum (Ciudadanos) haben es unterstützt. Nur

VOX hat die Aufhebung dieses Gesetzes gefordert. Gerade jetzt finden in Madrid Regionalwahlen statt. Der Wahlkampflogan der Kandidatin der PP, Isabel Díaz Ayuso, lautet „Kommunismus oder Freiheit“ und Pablo Iglesias von Podemos tritt zu den Wahlen an, um „den Faschismus zu stoppen“. Mit anderen Worten, sie sind zum Diskurs der Vergangenheit zurückgekehrt.

Leider wird die Situation immer schlimmer. Auch bei dieser Kampagne in Madrid kam es, wie schon bei früheren, zunehmend zu gewalttätigen Übergriffen von Antifaschisten gegen politische Veranstaltungen von VOX. Wir haben auch die Gewalt der pro-unabhängigen extremen Linken in Katalonien gesehen. Gewalt, die in vielen Fällen von Mitgliedern der Parteien, die regional und national an der Regierung sind, gefördert oder vom Innenministerium geduldet wird. Die Situation ist also sehr kompliziert. Selbst wenn es zu einem Regierungswechsel kommt, ist der Nährboden für Konfrontation und Gewalt geschaffen worden. Wir müssen berücksichtigen, dass Spanien ein echtes Labor für globalistische Politik ist und dass die erste Person, mit der sich unser Premierminister getroffen hat, George Soros war; somit ist ein Szenario wie das amerikanische nicht ausgeschlossen.

## **El Correo de España**

Dieser Beitrag erschien zuerst auf dem Internetportal [TRIMARIUM.ORG.UA](http://TRIMARIUM.ORG.UA) und in spanischer Übersetzung bei [EL CORREO DE ESPAÑA](http://ELCORREODEESPAÑA), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

Diese Themen wurde auf unsere Leitseiten gesetzt:

- A) Hat das Regionalmuseum in Krockow/Krokowa in der Nordkaschubei mit der Außenstelle des Westpreußischen Landesmuseums eine Zukunft?  
Von Dr. Jürgen Martens
- B) Ist das Regionalmuseum in Krockow/Krokowa - Außenstelle des Westpreußischen Landesmuseums – am Ende?  
Von Dr. Jürgen Martens

[http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810\\_Leitseiten\\_Krockow\\_Regionalmuseum.pdf](http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Krockow_Regionalmuseum.pdf)